

Nr. 96/2002
Sankt Augustin, Dezember 2002

Deutsch-Chinesisches Forum

“China am Beginn des 21. Jahrhunderts”

21. und 22. Oktober 2002

Tagungsort

Handelskammer Hamburg
Adolphsplatz 1
D – 20457 Hamburg

Ansprechpartner: Winfried Jung
Hauptabteilungsleiter
Afrika und Naher Osten, Asien und Lateinamerika
Tel: 02241/246348
E-Mail: winfried.jung@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Gliederung

Einleitung	1
Tagungsbericht Kristina Schwarz	3
Entwicklungsperspektive Chinas zu Beginn des 21. Jahrhunderts – Selbstbild, Errungenschaften, Herausforderungen und Gegenmaßnahmen Mei Zhaorong	16
Öffnung und Stabilität: Ein Blick auf Wirtschaft, Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt Markus Taube	23
Die Beschäftigungspolitik und die Sozialabsicherung Chinas Chen Jiagui	29
Vier Thesen zum Thema „Die Gesellschaft als Faktor des Wandels in China“ Georg Jarzembowski	35
Fundamentale Strukturänderungen beim Aufbau des Rechtsstaats Christiane Wendehorst Hans-Holger Herrnfeld	38 41
Verwirklichung gesellschaftlicher Fortschritte durch die Rechtsreform Xin Chunying	47
China in der Staatengemeinschaft: Rolle, Integration, Interessen und Prinzipien Carl-Dieter Spranger Yang Yanyi Volker Stanzel	51 57 63
Chinas Zukunft in der Weltgemeinschaft Volkmar Köhler	66
Autorenverzeichnis	68

Einleitung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat am 21. und 22. Oktober 2002 ihr 1. Deutsch – Chinesisches Forum durchgeführt. Als Tagungsort wurde Hamburg gewählt, weil diese Stadt eine lange und intensive Beziehung zu China hat und eine lebendige Partnerschaft mit der boomenden Hafenstadt Shanghai pflegt.

China, das mit 1,3 Milliarden Einwohnern bevölkerungsreichste Land der Erde, ist für die Bundesrepublik Deutschland wie für die gesamte Welt von herausragender politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Seit Beginn der Öffnungs- und Reformpolitik im Reich der Mitte ist die Zusammenarbeit auf allen Gebieten kontinuierlich intensiviert worden. Vor genau dreißig Jahren wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und China aufgenommen; in diesen Tagen vollzieht sich nach dem Parteitag der KP Chinas ein grundlegender Generationswechsel in der chinesischen Führungen. Der WTO-Beitritt Ende 2001 einerseits und die gewaltigen Entwicklungsunterschiede zwischen dem boomenden Küstenstreifen und den noch zurückgebliebenen Binnenprovinzen andererseits stellen das Land und seine Menschen vor enorme Herausforderungen in der nahen Zukunft. Der Transformations- und Wandlungsprozess ist auch nach 20 Jahren immer noch ergebnisoffen.

Daher sollen die bisherigen Reformen kritisch beleuchtet und über die Perspektiven für die künftige Reformpolitik diskutiert werden. Das Forum soll dazu Gelegenheit bieten, im gegenseitigen Austausch Lösungsansätze für diese schwierigen Probleme aufzuzeigen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung arbeitet seit Mitte der 80er Jahre mit Partnerinstitutionen in China zusammen. Anfangs war es das *Deutsch-Chinesische Management Institut CDMI* an der Nordwest-Universität in Xi'an (Provinz Shaanxi/ Zentralchina), mit dem auch heute noch zusammengearbeitet wird. Inzwischen ist die *Chinese Academy for Social Sciences CASS* in Peking Hauptpartner der Stiftung. Kooperationen finden mit deren Fachinstituten sowie mit einer Reihe weiterer regierungsberatender Einrichtungen und Expertengruppen statt. Seit 1996 verfügt die KAS über ein Projektbüro in Peking und seit Mitte 2001 über ein Zweigbüro in Shanghai, der Partnerstadt Hamburgs.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte mit ihren Programmen einen Beitrag zur weiteren friedlichen Entwicklung Chinas leisten, die Rechtsstaatlichkeit fördern, den Transformationsprozess und die weitere wirtschaftliche Öffnung unterstützen sowie den sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Wandel konstruktiv begleiten. Nicht zuletzt soll der politische Dialog über die internationalen Beziehungen Chinas und seine globale Verantwortung zu einem tieferen gegenseitigen Verständnis beitragen.

Vor diesem Hintergrund konzentrieren sich die Aktivitäten der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Volksrepublik China auf Themenbereiche wie:

- den Rechtsstaatsdialog,
- Fragen der sozialen Sicherung,
- die Wirtschaftstransformation,
- den außen- und sicherheitspolitischen Dialog,
- den gesellschaftlichen Wandlungsprozess und
- die Regionalentwicklung Westchinas.

Dabei nehmen die Fragen der Reform des Rechtswesens und die politikbegleitenden Dialoge zu außen- und sicherheitspolitischen Aspekten eine besonders wichtige Stellung ein.

Die Modernisierung des Verwaltungsrechts beispielsweise berührt einen ganz wichtigen Bereich im Verhältnis Staat – Bürger und ist damit ein zentraler Punkt beim Aufbau eines Rechtsstaates und der Verwirklichung von Demokratie. Durch die Beratung auf diesem Gebiet konnte die Stiftung bereits beachtenswerte Akzente setzen.

Mit den von beiden Seiten sehr hochrangig besetzten Veranstaltungen zur Außen- und Sicherheitspolitik hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Forum geschaffen, auf dem deutsche Positionen verdeutlicht und in den innerchinesischen Meinungsbildungsprozess eingebracht werden können. Dies Instrumente werden auch von unseren chinesischen Partnern sehr geschätzt, zumal etwas ähnliches von keiner anderen deutschen oder europäischen Institution angeboten wird.

Dass die Konrad-Adenauer-Stiftung in politischen Kreisen in der Volksrepublik China als vertrauensvoller und kompetenter Partner wahrgenommen wird, wird durch hochrangige die Teilnehmer an den verschiedenen Veranstaltungen belegt. Herausragend ist dabei der Dialog mit Vertretern des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei über moderne Volksparteien. Auch dieser Dialog unterstreicht die ernsthaften Modernisierungsbemühungen in China, die gerade in letzter Zeit ungewöhnlich dynamisch geworden sind.

Mit diesem Deutsch – Chinesischen Forum soll ein weiterer Akzent in unserer Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China gesetzt werden. Hierzu konnten eine Reihe von namhaften Persönlichkeiten aus China – an der Spitze der frühere Botschafter in Deutschland, S.E. Mei Zhaorong – begrüßt werden.

Mit diesem Dossier sollen die wichtigsten Beiträge zusammengefasst und auch denjenigen Interessenten zugänglich gemacht werden, die nicht an dem Deutsch-Chinesischen Forum teilnehmen konnten.

Winfried Jung
Leiter der Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit II

Klaus-Peter Hill
Referent,

Tagungsbericht

- Kristina Schwarz -

Zusammenfassung

Am 21. und 22. Oktober 2002 fand in Hamburg in Zusammenarbeit mit der Handelskammer Hamburg und unter der Schirmherrschaft der Botschaft der Volksrepublik China das Deutsch-Chinesische Forum mit dem Thema „China am Beginn des 21. Jahrhunderts“ statt.

Die Konrad-Adenauer Stiftung unterhält in der Volksrepublik China seit 1996 ein Projektbüro in Peking und baut seit Mitte 2001 ein weiteres Büro in Shanghai auf. Mittel- und langfristig ist die Konrad-Adenauer Stiftung bei den Transformations-, Demokratisierungs- und Modernisierungsprozessen beratend tätig. Das Deutsch-Chinesische Forum fand deshalb in Zusammenarbeit mit der Handelskammer Hamburg statt, weil Hamburg mit rund 230 chinesischen Firmen der mit Abstand bedeutendste China-Standort in ganz Europa ist. Rund 700 Hamburger Unternehmen unterhalten Handelsbeziehungen zur Volksrepublik China.

China gewinnt aufgrund seiner Bevölkerungszahl und seiner wachsenden Wirtschaftskraft zunehmend an politischem Gewicht in der Weltgesellschaft. Die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklung wird deshalb in den letzten Jahren verstärkt wahrgenommen und diskutiert. Mit der Öffnung der Volksrepublik China und deren Reformpolitik bezüglich mehr Demokratie, mehr Rechtsstaatlichkeit und der Liberalisierung der Wirtschaft sind mögliche Probleme und Belastungen ins Blickfeld gerückt, die die Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung gefährden können.

Vor diesem Hintergrund diskutierten chinesische und deutsche Experten die gesellschaftliche, wirtschaftliche, rechtliche und politische Entwicklung in der Volksrepublik China.

Der **erste Themenschwerpunkt** beschäftigte sich mit den chinesischen Perspektiven zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dies betrifft zum einen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, denen sich die Volksrepublik China stellen muss, und zum anderen das außenpolitische Engagement im Zeitalter der Globalisierung. Wichtig sind nicht nur die innenpolitischen Modernisierungsprozesse, sondern auch das Selbstverständnis, mit dem die Volksrepublik China nach außen hin auftritt.

Grundlegendes Thema des **zweiten Schwerpunktes** war die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Chinesischen Regierung. Durch die Transformation einer Planwirtschaft in eine sogenannte sozialistische Marktwirtschaft entstehen Probleme verschiedenster Art. So werden Arbeitskräfte durch die Schließung unrentabler Staatsbetriebe freigesetzt, die wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen, Wanderarbeiter drängen aus der Landwirtschaft in die Ballungsgebiete der Küstenregionen. Hinzu kommt die Notwendigkeit, ein funktionierendes Sozialsystem aufzubauen, das eine Versorgung der gegenwärtigen und zukünftigen Rentempfänger gewährleistet. Das zentrale Problem bildet dabei die Frage der Umsetzung und die Finanzierbarkeit der Transformationskosten.

Der **dritte Themenschwerpunkt** beschäftigte sich mit den gesellschaftlichen Veränderungen in der Volksrepublik China. Die wirtschaftliche Transformation verlangt eine gesellschaftli-

che Anpassung an die neuen Verhältnisse. Diskutiert wurde der Umbau des sozialistischen Modells in ein chinesisches Gesellschaftsmodell. Dabei wurde von einigen Experten bezweifelt, dass die wirtschaftliche Modernisierung ohne pluralistische Gesellschaftsordnung funktionieren könne.

Ein **vierter Themenschwerpunkt** setzte sich mit den Anstrengungen, die die Volksrepublik China im Hinblick auf die Entwicklung eines Rechtsstaates unternimmt, auseinander. Die Referenten informierten über die Neugestaltung des Rechtssystems, die unter anderem die Rechtsgebiete Arbeits-, Wirtschafts-, Verwaltungs- und Verfassungsrecht enthält. Hierbei bedient sich die Volksrepublik China des Rechtsvergleiches mit anderen Rechtssystemen und der Unterstützung durch die deutsche Regierung. Zeitgleich werden die Aus- und Fortbildung der Richter, die Rechtsangleichung und die Aufklärung der Bevölkerung vorangetrieben.

Der **fünfte Themenschwerpunkt** befasste sich mit Chinas Rolle in der Staatengemeinschaft. Die Diskussionsteilnehmer erläuterten das Selbstverständnis Chinas in der Gemeinschaft und das Bestreben nach Integration. Neben dem Engagement in internationalen Gremien wurden die sicherheitspolitischen Aspekte der chinesischen Außenpolitik besprochen.

Als **sechster und letzter Themenschwerpunkt** wurde in Form einer Podiumsdiskussion die Rolle Chinas in der Weltgemeinschaft umfassend abgehandelt.

In seinen einführenden Worten wies **Nicolaus W. Schües, Vize-Präsident der Handelskammer Hamburg und Vize-Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages**, auf die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und China hin.

Aus Sicht der Handelskammer Hamburg erläuterte er die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Hamburg und der Volksrepublik China. So sei Hamburg mit 230 chinesischen Unternehmen der bedeutendste China-Standort in ganz Europa. Rund 700 Hamburger Unternehmen unterhielten Handelsbeziehungen zu China. China sei mit 790.000 TEU der wichtigste Handelspartner des Hamburger Hafens. Im Jahr 2001 erzielte der Hamburger Hafen mit 92,4 Mio. t einen Wachstumsplus von 8,5 % gegenüber dem Vorjahr. Das Handelsvolumen des Landes Hamburg mit China steige kontinuierlich an. Die Einfuhr betrug 1999 5,3 Mrd. DM und im Jahr 2000 7,3 Mrd. DM. Die Ausfuhr des Landes Hamburg nach China betrug 1999 0,6 Mrd. DM und erreichte im Jahr 2000 1,03 Mrd. DM.

Mehr als 50 Hamburger Unternehmen seien über Repräsentanzen oder Joint Ventures allein in Shanghai, der Partnerstadt Hamburgs, vertreten. Shanghai sei dabei das wichtigste Industrie- und Wirtschaftszentrum Chinas und gelte daher als idealer Standpunkt für die Erschließung des chinesischen Marktes.

Auch weiterhin solle die Kooperation mit China ausgebaut werden. Dies geschehe nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im gesellschaftlichen Bereich. So richtete der Regierende Bürgermeister von Hamburg, Ole von Beust, 2002 ein chinesisches Zug an einem der Hamburger Gymnasien ein. Ein sogenanntes „China Cluster“ bietet unter anderem Hilfe für chinesische Unternehmen und deren Beschäftigte, z.B. durch Nachweis chinesischer Ärzte. Mit dem regelmäßig stattfindenden China Forum soll eine Plattform für Diskussionen im wirtschaftlichen und politischen Bereich geschaffen werden.

Dr. h. c. Josef Thesing, Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer Stiftung e.V., Sankt Augustin, verband seine Begrüßung mit einem kurzen Querschnitt der Arbeit der Konrad-Adenauer Stiftung in der Volksrepublik China. Sie sei, so **Dr. h. c. Josef Thesing**, ein wichtiger Bestandteil der internationalen deutschen Zusammenarbeit. Die Kon-

rad-Adenauer Stiftung unterstütze langfristig die Demokratisierungsansätze und den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel in China. Dabei setze sie politische Schwerpunkte wie die Förderung von politischem Pluralismus und politischer Partizipation als Voraussetzung der Entwicklung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Konsolidierung der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung, die Förderung der Rolle der Medien, des Dialoges der Kulturen und Religionen, der Menschenrechte, der Außen- und Sicherheitspolitik und der wirtschaftlichen und politischen Integration.

Aus diesem Grund habe die Konrad-Adenauer Stiftung 1996 ein Stiftungsbüro in Peking eröffnet. In Zusammenarbeit mit der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften CASS seien Bildungsveranstaltungen zu wirtschafts- und rechtspolitischen Themen sowie zu Themen der internationalen Politik veranstaltet worden. Seit Mitte 2001 etablierte die Konrad-Adenauer Stiftung eine Vertretung in Shanghai. Kooperationspartner sei das Institute for Foreign Trade (SIFT).

Als letzter Eröffnungsredner betonte **S.E. Ma Canrong, Botschafter der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin**, die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen China und Deutschland. Deutschland sei der größte Handelspartner Chinas innerhalb der EU. Das Handelsvolumen zwischen China und Deutschland betrug im Jahr 2001 23,52 Mrd. US-Dollar. Seit Aufnahme der deutsch-chinesischen Beziehungen vor 30 Jahren am 11. Oktober 1972 gäbe es zwischen beiden Ländern einen regen hochrangigen Besucheraustausch. Mechanismen zur Koordination und Kooperation auf unterschiedlichen Ebenen zwischen den Ministerien beider Länder seien errichtet worden. Insbesondere die gegenseitigen Besuche zwischen den Staatsoberhäuptern und Regierungschefs beider Länder hätten zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses und zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern beigetragen. In den Bereichen Wissenschaft, Technik, Kultur, Bildung und Umweltschutz herrsche ein reger Kontakt. So bestehen z.B. deutsch-chinesische Städtepartnerschaften und etwa 120 Partnerschaften zwischen Universitäten und Hochschulen. Deutschland sei zudem als Privatreiseland für Chinesen zugelassen.

I. Themenschwerpunkt: Chinesische Perspektiven am Beginn des 21. Jahrhunderts: Selbstverständnis, Leistungen, Herausforderungen und Konsequenzen

S.E. Mei Zhaorong, Botschafter a. D., Präsident des Chinese Peoples's Institute for Foreign Affairs CFIPA, Peking, gab in seinem Diskussionsbeitrag einen Überblick über die Aufgaben und Herausforderungen, denen sich China zu Beginn des 21. Jahrhunderts ausgesetzt sieht. Nach 1989 sei die weitere Öffnung Chinas und die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Die Reformpolitik der chinesischen Regierung unterliege dabei verschiedenen Voraussetzungen nach innen und nach außen, die beachtet werden müssten, um erfolgreich zu sein. Höchstes Gut sei die Stabilität. Sie werde zum einen dadurch erreicht, dass die wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben werde. So soll das GDP vom Jahr 2000 verdoppelt werden. Dies werde durch eine Schwerpunktsetzung in den Bereichen Landwirtschaft, technische Innovation, tertiärer Sektor, also im Dienstleistungsbereich, und in der Förderung von Wissenschaft und Technik erreicht. Dabei betont **S.E. Mei Zhaorong** die Notwendigkeit einer ausgeglichenen Entwicklung. Das bedeute, dass neben den Ballungszentren in den Küstenregionen Chinas die regionale Entwicklung besonders berücksichtigt werde. Das Verhältnis von Geschwindigkeit und Wirkung sei zu beachten. Um wirtschaftliche Entfaltung zu gewährleisten, werde zudem eine Anpassung der Rechtsentwicklung angestrebt. Er betont jedoch, dass sich China dabei auf seine eigenen Werte berufe. Dieses Selbstverständnis liege auch Chinas Außenpolitik zugrunde. Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung seien

nur in einem friedlichen internationalen Umfeld möglich. Die gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens, sowie der friedlichen Koexistenz bildeten als die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ die Grundlage der Politik. Die Volksrepublik China sehe sich als selbstbestimmtes souveränes Land, das als gleichberechtigter Partner in der internationalen Gemeinschaft wahrgenommen werden möchte. Der „chinesische sozialistische Weg“, den China dabei eingeschlagen habe, solle von der Staatenwelt respektiert werden, so wie China bereit sei, sich internationalen Regelwerken, wie z.B. denen des Umweltschutzes, unterzuordnen, bzw. bereit sei, sich in die Staatenwelt zu integrieren.

Im darauf folgenden Beitrag entwarf **Dr. Konrad Seitz, Botschafter a.D., Bonn**, zwei Bilder mit denen China aus dem Blickwinkel externer Beobachter wahrgenommen werde. Zum einen sei es das strahlende China für die Touristen mit seinem kulturellen und geschichtlichen Hintergrund und zum anderen sei es das Bild der Armut, die in großen Teilen Chinas immer noch herrsche. Seiner Meinung nach, habe China mit mehreren Problemen zu kämpfen, wobei die Überbevölkerung das größte sei und gleichzeitig Auslöser für weitere Probleme darstelle. Eines davon sei die Arbeitslosigkeit. Nach seiner Rechnung habe China einen Nettozuwachs an Arbeitnehmern von sieben Millionen pro Jahr, denen jährlich fünf Millionen Entlassungen aus dem Staatssektor gegenüberstünden. Hinzu kämen 200 Millionen Unterbeschäftigte aus der Landwirtschaft, von denen etwa 150 Millionen sogenannte Wanderarbeiter seien. Dies werfe die Frage nach einem sozialen Sicherungssystem auf.

Weitere Probleme seien die hohe Umweltzerstörung, resultierend aus veralteter Technik und die soziale Ungleichheit, die ein hohes Destabilisierungspotential in sich berge. Als letztes Problem benennt **Dr. Seitz** die weit verbreitete Korruption. Sie untergrabe zum einen die Legitimation der kommunistischen Partei und Sorge zum anderen für Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung.

Trotz aller Probleme und der Notwendigkeit der erfolgreichen Umsetzung der Reformpolitik zeigt sich **Dr. Seitz** von der Machbarkeit der Problembewältigung überzeugt. Er begründet dies zum einen mit den Reformansätzen. Richtungsweisend seien die vereinzelt Wahlen des Parteisekretärs auf kommunaler Ebene. Die Gesellschaft sei jung und bei positiver Entwicklung erwarte er eine Kaufkraftsteigerung. China beschreibe er als „Center of manufacturing“, d.h., es finde eine Produktionsverlagerung nach China statt (z.B. in der Hardwareproduktion oder in der Chipproduktion). Gleichzeitig entwickle sich eine eigene Produktion; moderne Forschungseinrichtungen und eine eigene Hochtechnologie entstünden. Zunehmend würden Entwicklungslabors nach China verlagert.

Dies biete Chancen für Deutschland. Der Export sei um 28% im Jahr 2001 gestiegen. China sei wichtigstes Exportland in Asien vor Japan und verzeichne hohe Investitionen.

In der sich anschließenden Diskussion unter Moderation von **Dr. Volkmar Köhler, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., Wolfsburg**, wies **Nikolaus W. Schües** darauf hin, dass der Beitrag der deutschen Wirtschaft in der Umwelttechnologie nicht zu unterschätzen sei. Ebenso erwähnte er das „Blue Chau Projekt“, dem Hafenausbau mit angrenzender Stadt in Shanghai, bei dem Hamburger Firmen beteiligt und die Handelskammer Hamburg beratend tätig seien. Auf die Frage von **Winfried Scharlau**, worauf sich der Optimismus bei der Problemlösungsfähigkeit stütze, antwortete **Dr. Konrad Seitz**, dass er keinen rationalen Beweis dafür habe, jedoch ein klarer Kurs der Regierung erkennbar sei. Nicht zu vergessen sei die hohe Arbeitsmotivation des chinesischen Volkes. **Prof. Dr. Oskar Weggel, Institut für A-**

sienkunde, Hamburg, hob als Begründung für die Problemlösungsfähigkeit die sogenannten weichen Faktoren hervor. Dies sei das richtige Wertesystem: Leistungsbewusstsein, Risikobewusstsein, Sparsamkeit und Tabufreiheit.

Auf die Frage nach der Diskrepanz zwischen dem wirtschaftlich entwickelten Osten und dem armen Westen antwortete **S.E. Mei Zhaorong**, dass die chinesische Regierung eine Politik der ausgewogenen Entwicklung des ärmeren Westens betreibe. Mit Verweis auf den Beitrag von **Dr. Konrad Seitz** widersprach er der Höhe des Arbeitskräfteüberschusses auf dem Land und erwähnte die Förderung der Kleinen und Mittleren Unternehmen, die die Großunternehmen ersetzen und neue Arbeitsplätze schaffen würden.

Dr. Volkmar Köhler verwies nochmals auf die Umweltproblematik und den hohen Energieverbrauch der Industrie sowie die Vernachlässigung des Humankapitals auch bzw. besonders im Westen Chinas. Wichtig sei eine Ausweitung der Entscheidungsräume der Unternehmen innerhalb des bestehenden Systems.

II. Themenschwerpunkt: Öffnung und Stabilität: Ein Blick auf Wirtschaft, Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt

Prof. Chen Jiagui, Vizepräsident des Chinese Academy of Social Sciences CASS, Peking, referierte in seinem Vortrag über die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der chinesischen Regierung. Ausgangspunkt sei die Höhe der Arbeitslosenzahl. Bei 7 % jährlichem Wachstum, so seine Rechnung, könnten 7-8 Millionen Arbeitnehmer absorbiert werden. 26 Millionen seien vom staatlichen Beschäftigungsmarkt freigesetzt worden. Noch 1998 betrug die Wiederbeschäftigungsrate 50 %, sie sank im Jahr 2000 auf 35 % und betrug 2002 noch 9 %.

Dies erfordere eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Zum einen geschehe dies durch die Reform des Wirtschaftssystems. Zum anderen würden Arbeitsplätze durch verschiedene Maßnahmen seitens der Regierung geschaffen. Die Maßnahmen beinhalteten zum einen die Errichtung von Arbeitsmarktpools, die Berufsberatung, die Errichtung von Netzwerken zwischen den verschiedenen Arbeitsmärkten und die Förderung beruflicher Ausbildung und Fortbildungsmaßnahmen. Des Weiteren bilde die Regierung Kapitalfonds für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Lohnzuschüsse. Daran solle nicht nur die Regierung, sondern auch Gewerkschaften und Verbände beteiligt sein. Zur Existenzgründung sollen Kleinkredite zur Verfügung gestellt werden. Kleine und Mittlere Unternehmen, die Arbeitsplätze schafften, würden von administrativen Abgaben befreit und von der Steuerpolitik begünstigt werden. Bisher, so **Prof. Chen Jiagui**, seien 66 % der freigesetzten Arbeitnehmer wieder vermittelt worden.

Zusätzlich zur Arbeitsmarktpolitik gelte es, ein soziales Sicherungssystem aufzubauen. Nach Einführung der sozialistischen Marktwirtschaft (im Sozialismus „gab“ es keine Arbeitslosigkeit) sei ein Umdenken bezüglich einer Arbeitslosen- und Rentenversicherung und der Sozialhilfe notwendig. Die Probleme, die dabei aufgeworfen würden, seien die Finanzierung der gegenwärtigen Rentenzahlung und die zukünftige Rentenversorgung. Hinzu käme die Frage, was unter dem Begriff Arbeitslosigkeit zu subsumieren wäre.

Thema des Diskussionsbeitrages von **Prof. Wang Xinkui, Präsident des Shanghai Institute for Foreign Trade SIFT, Shanghai**, war die Wirkung des Beitritts der VR China zur Welt handelsorganisation (WTO) im Jahr 2001 für den Arbeitsmarkt in China. 1990 lebten in China 1,1 Mrd., im Jahr 2000 bereits 1,2 Mrd. Menschen. Dies bedeute einen Bevölkerungszu-

wachs von 11,6 %, bzw. einen Zuwachs von jährlich 12 Millionen Menschen. Der Anteil der Stadtbevölkerung mache 455 Mio., der Anteil der Landbevölkerung 807 Mio. Menschen aus. Es bestünde ein Bedarf an 10 Mio. Arbeitsplätzen in den Städten. Allerdings würden durch die wirtschaftliche Umstrukturierung 6 Mio. Arbeitsplätze wegfallen. Daher kommt **Prof. Wang Xinkui** zu dem Resultat, dass etwa 30 Mio. neue Arbeitsplätze im Jahr in den Städten geschaffen werden müssen.

Die Probleme ergäben sich, so **Prof. Wang Xinkui**, durch den Beitritt zur WTO. Die Produktivität werde durch Marktallokation steigen, so dass die Beschäftigungspolitik nicht allein durch Wirtschaftswachstum gelöst werden könne. Hinzu käme eine höhere Wanderungsbewegung der Landbevölkerung in die Städte. Durch den Druck zur Technologieanpassung entstehe eine Wettbewerbsverschärfung, die eine weitere Arbeitsplatzvernichtung zur Folge hätte. Die Überlegung richte sich also dahin, inwieweit dieser Entwicklung durch Dezentralisierung der wirtschaftlichen Zentren entgegen gewirkt werden könne.

Prof. Dr. Markus Taube, Institut für Ostasienwissenschaften, Gerhard-Mercator-Universität, Duisburg, sieht langfristig einen Aufstieg der wirtschaftlichen Entwicklung in der VR China. Er begründet dies mit der Tatsache, dass die Direktinvestitionen in China am höchsten seien und eine moderate Außenverschuldung bestehe. Zudem sei die VR China die viertgrößte Außenhandelsnation. Kurzfristig jedoch befinde sich China in einer kritischen Situation. Er sehe eine „Delle der Entwicklung“, da die Rechnung für die Transformationserfolge noch offen sei. Seiner Meinung nach handele es sich bei der VR China um keinen homogenen Wirtschaftsstandort. Kritisch betrachtet er die Arbeitsmarktsituation und das Finanzierungsproblem der sozialen Absicherung. Durch die regionale Disparität zwischen Ost und West bestünden Gravitationskräfte, die zu Lasten der anderen Standorte gingen. D.h., dass sich das Kapital, die Direktinvestitionen und somit der Fluss von Personen auf die Ballungsgebiete konzentriere. Das Bankensystem sei zudem durch sogenannte faule, bzw. notleidende Kredite in Höhe von 30 % des Kreditportfolios belastet. Auch hier seien erhebliche Geldmittel erforderlich, um das Bankensystem zu sanieren. Schließlich gibt **Prof. Dr. Taube** zu bedenken, dass für Staatsbetriebe staatliche Bürgschaften vergeben würden, was dazu führe, dass sie günstigere Kredite erhielten als kleine und mittlere Unternehmen. Er empfiehlt die Restrukturierung des Staatsunternehmenssektors und damit einhergehend den Aufbau eines Kapitalstocks für soziale Sicherungssysteme und eine Arbeitsmarktpolitik. Diese hohen Transformationskosten seien offen und belasteten die wirtschaftliche Entwicklung erheblich.

In der folgenden Diskussion machte **Prof. Dr. Oskar Weggel** auf die Problematik aufmerksam, wie mit der „überschüssigen“ Landbevölkerung umzugehen sei und fragte, welche Auswirkung die Ein-Kind-Politik der chinesischen Regierung auf die Familiensicherung hätte. Schließlich sei das bisherige Gesellschaftssystem auf die Versorgung der älteren Generationen durch die jungen Generationen ausgerichtet. Neben der Beschwörung der Wachstumsformel und dem Aufbau eines anonymen Sicherungssystems kam der Vorschlag, Hilfe von außen in Form hoher Handelsbilanzdefizite für die USA oder die EU zu leisten, da bisher keine ausreichende Binnennachfrage vorhanden sei. Weiterhin wurde deutlich gemacht, dass die VR China auf ein Sozialsystem mit hoher Selbstbeteiligung hinsteuere.

Dr. Konrad Seitz betonte als Reaktion auf den kritischen Vortrag von **Prof. Dr. Markus Taube**, dass auch die Gegenkräfte zu den Problemen im Land zu beachten seien. So verwies er auf das wachsende ausgebildete Humankapital und die steigende Produktivität. Zudem gäbe es in China ein hohes Sparaufkommen. Auch **Prof. Chen Jiagui** wies die Kritik zurück. Er war der Meinung, der Binnenmarkt sei gar nicht so schwach und begründete dies mit dem hohen wirtschaftlichen Wachstum trotz der Wirtschaftskrise in Asien. Die Stabilität Chinas

habe zudem zur Erholung der Asienkrise beigetragen. Das Bankensystem betreffend führte er aus, dass die Höhe der Kreditrate von 30 % zu hoch angesetzt sei, bzw. in der Vergangenheit so hoch war, jedoch wieder gesenkt werden konnte. Jedes Land habe Banken mit „faulen“ Krediten. Im übrigen sei China das reichste Land. Kein Land besäße alle Bodenschätze im Staatseigentum.

III. Themenschwerpunkt: Die Gesellschaft als Faktor des Wandels in China

Zu Beginn dieses Themenschwerpunktes gab **Prof. Li Pengcheng, Direktor des Philosophischen Institutes der CASS, Peking**, einen Überblick über die gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten 20 Jahren. Nach dem Ende der Kulturrevolution sei auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas 1978 die Erneuerung und Modernisierung der Gesellschaft beschlossen worden. Es begann der Aufbau der Wirtschaft, eine langsame Öffnung nach außen und die Ausrichtung der Politik an der Praxis. Zehn Jahre später, auf dem 14. Parteitag 1987, habe die chinesische Regierung die Neuausrichtung und Umwandlung der Planwirtschaft zur einer sozialistischen Marktwirtschaft, bzw. zu einer Marktwirtschaft sozialistischer Ausrichtung beschlossen. Die Wahl der Dorfvorsteher sei zugelassen worden und inzwischen auf die Gemeindeebene ausgeweitet worden. Im Hinblick auf Hongkong und Taiwan habe man sich auf das Konzept der „zwei Systeme in einem Land“ festgelegt.

In seinem Diskussionsbeitrag führte **Prof. Jia Gaojian, Direktor der Parteihochschule des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Peking**, seine Überlegungen zur gegenwärtigen Transformation in China aus. China befinde sich sozusagen in einer doppelten Transformation. Ausgehend von der Unterscheidung zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsform befinde sich die sozialistisch geprägte Gesellschaft in China zum einen in einer wirtschaftlichen Transformation. Das beinhalte den Wandel von einer landwirtschaftlichen zu einer technologisch und industriell determinierten Gesellschaftsform, die übergehe in eine moderne Informationsgesellschaft, wie sie teilweise heute in China schon bestehe. Zum anderen vollziehe sich in China eine gesellschaftliche Transformation, nämlich ein Modellwechsel vom russischen zum chinesischen Modell. Es handele sich um die Kombination, bzw. die Übernahme einzelner Aspekte verschiedener Gesellschaftsformen in ein sozialistisches System chinesischer Prägung. Beide, also wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation gehören seiner Meinung nach untrennbar zusammen. Die Herausforderung, der sich die chinesische Regierung gegenüber sehe, sei der erfolgreiche Umbau der chinesischen Gesellschaft.

Dr. Georg Jarzembowski MdEP, Koordinator der EVP-ED Fraktion für Chinesische Angelegenheiten, Brüssel, begann seinen Vortrag einleitend mit der Feststellung, dass eine Gesellschaft der Zusammenschluss von Menschen aus unterschiedlichen Gründen sei, seien es nun religiöse, kulturelle oder andere. Gäbe sich eine Gesellschaft eine Regierung und sei sie territorial begrenzt, handele es sich um ein Staatswesen. Dieses politische System unterliege in China einem tiefgreifenden Wandel. Dabei zitiert er Jiang Zemin's These von den „drei Vertretungen“. Dies bedeute im Einzelnen, dass die Partei die Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte Chinas, die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur Chinas und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung Chinas repräsentiere.

Er bezweifelt, dass die Subsumption der freien Wirtschaft unter den Sozialismus möglich sei und hält es für widersprüchlich, den Wegfall des Monopols der wirtschaftlichen Betätigung zu vollziehen und gleichzeitig am politischen Machtmonopol festhalten zu wollen. Er mahnt zudem die Religions- und Kulturfreiheit an. So hält er die Unterdrückung der Falun Gong als

religiöse Bewegung für unangemessen und fordert Informationsfreiheit und den Wegfall der Zensur des Internet. In einer offenen Gesellschaft seien ein pluralistisches Rundfunk- und Printmedienwesen unabdingbar. Er kommt zu dem Schluss, dass eine Trennung zwischen dem politischen System des Sozialismus und der marktwirtschaftlichen Öffnung auf Dauer nicht möglich sei.

Univ.-Prof. Dr. Hans-Jürgen Rösner, Geschäftsführender Direktor, Seminar für Sozialpolitik Universität zu Köln, vertrat in seinem Diskussionsbeitrag die These, dass ein sogenanntes Chinesisches Modell nicht existiere. Es handele sich vielmehr um ein vorsichtiges Tasten in die Zukunft und um eine Reaktion auf Geschehnisse, die nicht von der Partei kontrolliert würden. Vielleicht gäbe es am Ende des Transformationsprozesses ein chinesisches Modell, im Moment erkenne er jedoch noch keines. Vielleicht wäre es sogar besser auf Modelle zu verzichten. Schließlich werde die Gesellschaftsform von mehreren Seiten beeinflusst und es bestünde Unsicherheit in der Art der Reaktion. Seine These lautet deshalb, dass China vor der Herausforderung der gesellschaftlichen Anpassung stehe. Als zentrales Problem greift er die Binnenwanderung auf. Er vermisse ein konkretes Konzept für eine regionale Entwicklungspolitik. Fördere man nicht die Infrastruktur und die Entstehung eines Mittelstandes, bestünde die Gefahr, dass unregierbare Ballungszentren entstehen und eine Überalterung in den ländlichen Gebieten stattfinde. Eine wirtschaftliche Entwicklung in den dann entstandenen Armutsregionen würde sehr viel schwerer fallen. Aus diesem Grund schlägt er eine Modernisierung der Landwirtschaft vor. Schon jetzt würden Ackerflächen aufgrund fehlender Anreize zunehmend nicht mehr bebaut. Damit einhergehend **sieht Prof. Dr. Hans-Jürgen Rösner** die Gefahr der Blockadehaltung durch Überforderung seitens der Betroffenen.

In der sich anschließenden Diskussion wurde bemerkt, dass das politische System immer aus verschiedenen Gründen eine Gesellschaft manipulieren wolle. Von chinesischen Teilnehmern wurde eingeworfen, dass es sich bei Falun Gong um einen Kult handele, der die Menschen negativ beeinflusse. Die Anhänger würden zu ihren Gunsten die Gutmütigkeit des Westens missbrauchen. Es handele sich nicht um eine Einschränkung der Religionsfreiheit, die chinesische Regierung sehe sich lediglich gezwungen, die Bevölkerung zu beschützen. Abschließend akzeptierte man jedoch verschiedene Ansichten bezüglich der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in China. Sie seien gut und würden helfen, den richtigen Weg zu finden. Es sei jedoch zu bedenken, dass schrittweise Reformen notwendig seien, um nicht ein Chaos heraufzubeschwören.

IV. Themenschwerpunkt: Fundamentale Strukturänderungen beim Aufbau des Rechtsstaates

Dieser von **Prof. Dr. Dr. h.c. Rolf Stober, Direktor des Instituts für Recht der Wirtschaft der Universität Hamburg**, moderierte Themenblock hatte den Aufbau des Rechtsstaates in der VR China zum Thema.

Prof. Yin Chunying, Direktorin des Rechtsinstitutes der CASS, Peking, erläuterte, dass man begleitend zur wirtschaftlichen Entwicklung in der VR China dabei sei, das Rechtssystem grundlegend neu zu gestalten. Die strukturellen Änderungen beträfen zum einen verfassungsrechtliche Regelungen wie das Verhältnis zwischen Staat und Regierung und die Verwaltung und zum anderen die Zivilgesetzgebung. Das Rechtssystem gelte als der Garant der wirtschaftlichen Entwicklung und diene als Eckpfeiler des Aufbaus des sozialistischen Systems. Um internationale Verpflichtungen eingehen zu können, würden rechtliche Angleichungen vorgenommen. Rechtssicherheit, die Vereinfachung gesetzlicher Regelungen

und das Schaffen eines Rechtsbewusstseins innerhalb der Bevölkerung seien ebenfalls im Interesse der chinesischen Regierung.

Bei der bisherigen Arbeit sei man allerdings auf strukturelle Probleme gestoßen. So fehle es an der Abstimmung bei der Anwendung der bestehenden Gesetze, die auf lokalen Patriotismus und den Einfluss des Gewohnheitsrechts zurückzuführen sei. Hinzu komme die fehlende Kompatibilität der verschiedenen erlassenen Gesetze, die daher rühre, dass man aus verschiedenen Rechtssystemen Gesetze übernehme.

Weiteren Ausführungen zum Aufbau des Rechtssystems widmete sich **Li Fei, Direktor des Forschungszentrums Kommission für Gesetzgebung im Nationalen Volkskongress, Peking**. Zuständig für Gesetzentwürfe sei der ständige Ausschuss des Nationalen Volkskomitees und die zuständigen Fachausschüsse.

Bisher habe man Kommunalwahlen zugelassen. Die autonomen Gebiete haben Gesetzgebungsbefugnisse. Ebenso sei z.B. eine Strafprozessordnung oder das Handelsgesetz erlassen worden. Im Rahmen der Gesetzentwürfe gäbe es Fachanhörungen, bzw. eine Nachfrage bei gesellschaftlichen Gruppen. Die Fachausschüsse betrieben internationalen Rechtsvergleich. So seien zum Beispiel alle deutschen Gesetze auf CD im Forschungszentrum vorhanden. Die Verwaltung sei nun dem Gesetz unterstellt und ein Beschwerdeverfahren eingerichtet worden. Im Übrigen sei die Juristenausbildung vereinheitlicht worden. Um zum Richteramt zugelassen zu werden, müssten Juristen nun eine Qualifikationsprüfung ablegen. Prozesskostenhilfe könne in bestimmten Fällen beantragt werden. In der VR China seien ca. 19.000 Notare zugelassen. Eine Schiedsgerichtsbarkeit gäbe es z.B. im Arbeitsrecht.

Prof. Dr. Christiane Wendehorst, Direktorin des Deutsch-Chinesischen Instituts für Rechtswissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen, problematisierte in ihrem Diskussionsbeitrag das Verhältnis zwischen Mensch und Gesetz. Früher hätten Gegensätze zwischen dem Konfuzianismus und der Legislative, also zwischen der Personenherrschaft und dem formalen Gesetz bestanden. So wären Gesetze zwar gewollt, aber abhängig von Personen gewesen. Während sich zwar der Staat den Gesetzen unterzuordnen habe, so die Diskussion Ende der 70er Jahre in China, sei damals das Verhältnis des Menschen zum Gesetz unklar gewesen. Sie veranschaulichte dies mit den Begriffen „rule of law“, also der Unverfügbarkeit des Rechts, und „rule by law“, also der Anwendung des Rechts als Instrument zur Erreichung politischer Ziele.

Seit dieser Zeit hätten jedoch rasante Entwicklungen stattgefunden. So gäbe es jetzt verwaltungsrechtlichen Rechtsschutz, seit 1994 ein Staatshaftungsrecht und ein Gesetzgebungsgesetz. Obwohl sie feststellt, dass es seit 2002 ein einheitliches Staatsexamen gäbe, sieht sie Handlungsbedarf in der Ausbildung, bzw. der Rechtsfortbildung. Hinzu käme das fehlende Rechtsbewusstsein, das zur Anwendung der Gesetze notwendig sei. Der Betroffene müsse Kenntnis seiner subjektiven Rechte haben. Es gelte, das Gesetz im Gegensatz zu anderen Wertmaßstäben zu stärken.

Dr. Hans-Holger Herrfeld, Referat für Internationale Beziehungen, Bundesministerium der Justiz, Berlin, referierte in seinem Vortrag über die Arbeitsfelder, in denen Deutschland die VR China berate. Auf Anstoß des deutschen Bundeskanzlers sei 1999 mit der VR China ein Rechtsstaatsdialog ins Leben gerufen worden. Er beinhalte Beratungen und Unterstützung zu den Rechtsstaats-elementen, also dem Verhältnis des Bürgers zum Staat, der Bürger untereinander und der institutionellen Bereiche untereinander. Im Einzelnen beträfe dies die Verhältnismäßigkeit. China hätte die Unterstützung des Rechtsstaatsdialoges bei Gesetzen

in Anspruch genommen, die Eingriffe in die Rechte der Bürger bedeuteten. Im Rahmen des Rechtsstaatsdialoges hätten die Konrad-Adenauer Stiftung und die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit bezüglich gesetzlicher Handlungsinstrumente im Verwaltungsrecht beratend zur Seite gestanden. Ebenso habe Deutschland die chinesische Regierung bei dem Entwurf des Verwaltungsprozessrechtes, im Besonderen bezüglich der Kontrollinstrumente, der Überprüfbarkeit gesetzlicher Regelungen, der Prüfungskompetenzen und Ermessens- und Entscheidungsbefugnisse beraten. Beratung sei auch in Bezug auf die Gewährleistung und den Schutz der Menschenrechte und die gesetzliche Ordnung für die soziale Marktwirtschaft erfolgt. Dies schloss, **so Dr. Hans-Holger Herrfeld**, Fragen über Rechtssicherheit, privates Wirtschaftsrecht, die Schaffung von Handelskammern und Berufsverbänden und die zivile Gerichtsbarkeit ein. Außerdem seien Beratungen zur Effizienz der Gerichtsbarkeit, zur Privatautonomie und dem Vertragsrecht, zur Anspruchsdurchsetzung durch Zwangsvollstreckung (dort hätte es aufgrund von Korruption Probleme gegeben), zur Weisungsfreiheit, bzw. Unabhängigkeit der gerichtlichen Instanzen durchgeführt worden. Schließlich hätte es eine Zusammenarbeit in Fragen der Aus- und Fortbildung der Richter und der Stärkung des Rechtsbewusstseins auf Seiten der Bürger gegeben.

In der folgenden Diskussion wurde die Frage gestellt, was getan werde, um ein Rechtsbewusstsein in der Bevölkerung zu fördern. **Prof. Xin Chunying** beantwortete die Frage dahingehend, dass eine Aufklärungskampagne gestartet worden sei und eine Vermittlung von Rechtswissen durch Gruppen namhafter Rechtsgelehrter in Form von Vorträgen in verschiedenen Städten stattfände. Des weiteren wurde über die richterliche Aus- und Fortbildung diskutiert.

V. Themenschwerpunkt: China in der Staatengemeinschaft: Rolle, Integration, Interessen und Prinzipien

Dieser Themenschwerpunkt eröffnete den zweiten Tag des Deutsch-Chinesischen Forums. Das Tagesprogramm wurde moderiert von **Dr. Hans-Wilhelm Vahlefeld, Hamburg**.

In seinem Beitrag zeigte **S.E. Yang Chengxu, Botschafter a.D., Beiratsmitglied des CPIFA, Peking**, sein Unverständnis über Theorien von der Bedrohung durch China oder eines Zusammenbruchs Chinas. In Chinas Interesse liege die internationale Integration und ein friedliches Umfeld für die Entwicklung. Aus diesem Grund sei die Politik die der Deeskalation, das Anstreben gut nachbarschaftlicher Beziehungen, innere und äußere Stabilität. Dies sei notwendig, um alle Kräfte auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren zu können.

Konkretisiert wurden diese Ausführungen durch den Beitrag von **Yang Yanyi, Stellvertretende Leiterin der Politischen Abteilung des Außenministeriums, Peking**. Innenpolitisch gelte es, den Lebensstandard anzuheben. Außenpolitisch betreibe die VR China eine Politik der Einflusssteigerung. Es gelte Voraussetzungen zu schaffen, die den Wettbewerb ermöglichen. Aus diesem Blickwinkel sei der Beitritt Chinas zur WTO und die Kooperation in der ASEAN Freihandelszone zu sehen.

Sicherheitspolitisch handele die VR China nach den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und strebe in erster Linie einen regionalen asiatischen Frieden an. Innerhalb der aktiven Verteidigungsstrategie verteidige es seine territoriale Integrität und strebe eine Lösung des Taiwanproblems an. China übe Toleranz gegenüber anderen Staaten bei gleichzeitiger Beibehaltung eigener Werte und der Entwicklung der eigenen Demokratie. Im Rahmen der defensi-

ven Verteidigungsstrategie sei die VR China gegen Expansion und Wettrüsten. Die Terrorismusbekämpfung müsse sich internationalem Recht unterstellen.

Carl-Dieter Spranger, Bundesminister a.D., Berlin, sieht die Entwicklungen in der VR China positiv. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung seien mehr persönliche Freiheiten erlaubt worden und habe eine Ökonomisierung des Denkens stattgefunden. Die wirtschaftliche Förderung auf allen staatlichen Ebenen sei oberstes Ziel. Ebenso erkenne er eine aktivere Rolle in der Entwicklungsländern und die Bereitschaft zu einer Betätigung in den internationalen Gremien. Er legt gleichzeitig nahe, den nationalen Stolz und die Disziplin Chinas zu beachten. Die wirtschaftlichen Reformen würden umgesetzt und westliche Ungeduld sei somit unangebracht. Im Hinblick auf die entwicklungspolitischen Projekte seien diese fruchtbar gewesen. China solle die Chance zur fairen Kooperation nutzen.

Letzter Redner in diesem Themenblock war **Dr. Volker Stanzel, Leiter der Politischen Abteilung 3, Auswärtiges Amt, Berlin**. Es stelle sich die Frage, wie China damit umgehe, dass nach und nach amerikanische Truppen um China stationiert seien. Seiner Einschätzung nach befände sich China auf Seiten der USA. Nach dem 11. September 2001 hätten sich die Beziehungen stark verbessert und China habe den USA eine Kooperation in der Bekämpfung des Terrorismus angeboten. Es bestehe Einigkeit über eine Bedrohung.

Weiterhin gibt er zu Bedenken, dass chinesische Studenten weltweit ausgebildet werden. Allein in Deutschland lebten ca. 10.000 chinesische Studenten. Dies habe eine immense Auswirkung auf die Gesellschaft. Es wachse das Verständnis für das Funktionieren und die Mechanismen der Staaten. Zudem verfüge China über eine modern denkende Elite. Informationen seien über die Medien, wie das Internet abrufbar. China sei Ideengeber und leiste unverzichtbare konstruktive Beiträge im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Es suche eine Balance in der Durchsetzung der eigenen Interessen und der eigenen Integration in die globale Welt.

In der folgenden Diskussion wurde Bedauern darüber geäußert, dass der Parteitag der KPCh verschoben worden war. Dennoch wurde die Frage gestellt, was von der neuen Führungsgeneration für die Zukunft zu erwarten sei. Die chinesischen Teilnehmer dieser Diskussionsrunde versicherten eine Kontinuität der innenpolitischen Entscheidungen und die Wahrung von Stabilität und Frieden. Es handele sich um einen glatten Generationenwechsel an der Spitze der chinesischen Regierung.

VI. Themenschwerpunkt: Chinas Zukunft in der Weltgemeinschaft

Dieser Themenschwerpunkt wurde in Form einer Podiumsdiskussion behandelt. **Reinhard Stuth, Staatsrat, Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund**, betrachtet China aus der Sicht Hamburgs zum einen als wirtschaftlichen Faktor. China sei ein unverzichtbarer Teil globaler Wissenschaftsnetze. Zum anderen sei China ein politischer Faktor. Die Stabilität der Zusammenarbeit zwischen China und Europa sei wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung. Schließlich sei China interessant als kultureller Faktor. Beispielhaft zu nennen sei die alte chinesische Kultur oder die traditionelle Medizin.

Für **Dr. Volkmar Köhler, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., Wolfsburg**, sei während der Diskussion die Bezugnahme auf ökonomische Argumente auffallend gewesen. Bemerkenswert sei die Tatsache, dass China seit 1991 die internationale Umweltpolitik akzeptiere und entsprechend gesetzlich umgesetzt habe. Kennzeichnend an den Beziehungen zwischen

China und den USA sei die „kooperative Rivalität“, die Köhler als Paradoxon bezeichnet. Weiterhin verwies er auf das außenpolitische Engagement Chinas z.B. im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit.

Prof. Dr. Oskar Weggel, Institut für Asienkunde, Hamburg, ist der Meinung, dass China im Begriff sei, „ein stinknormaler Staat“ zu werden. Dies betreffe die Demokratieentwicklung, das wachsende Wohlhaben und das Entstehen eines Mittelstandes und nicht zuletzt die Gewährung partizipativer Rechte. Er macht eine Einschränkung, indem er auf die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung und die Möglichkeit für Bruchstellen in der chinesischen Gesellschaft (Modernisierung bei gleichzeitigem Festhalten an der Tradition) und die abgestufte Demokratisierung hinweist. Seiner Meinung nach werde China keine Weltmacht im hergebrachten Sinne werden und entwirft das Bild von Gulliver. Die wirtschaftliche Interdependenz werde immer stärker. Des Weiteren erkenne er Autonomiebestrebungen in der Privatwirtschaft, den Regionen, und im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft eine Zurückdrängung des staatlichen Einflusses. Bezüglich der Wirtschaft befinde sich China in einer „zwar – aber“ Situation. Zwar sei auf der einen Seite ein starkes wirtschaftliches Wachstum vorhanden, aber auf der anderen Seite eine Schwächung durch die Finanzierung der sozialen Sicherung möglich. China stelle ebenso keine Gefahr dar, weder militärisch noch kulturell noch wirtschaftlich. Für China biete sich die Chance der Einbindung in die internationalen Regelwerke.

S.E. Mei Zhaorong, Botschafter a.D. Präsident CPIFA, Peking, hält die Angst vor China für unverständlich. Dies trafe ebenso auf die Überbewertung der Probleme und die Behauptung zu, China sei krisengeschüttelt. China versuche lediglich, den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen. Bezüglich des Terrorismus biete China den USA Unterstützung an, jedoch nicht uneingeschränkt, wie sich in der Arbeit im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erkennen lasse.

Prof. Chen Jiagui, Vizepräsident der CASS, Peking, sieht China vor strategischen Aufgaben. So sei das volkswirtschaftliche Wachstum beizubehalten und die Herausforderungen einer relativ komplizierten sozialistischen Marktwirtschaft anzunehmen. Zum Industrialisierungsgrad Chinas bestehe Uneinigkeit, ob China am Anfang, in der Mitte oder bereits am Ende der Industrialisierung angekommen sei. Er persönlich sei der Meinung, dass sich China in der Mitte des Industrialisierungsprozesses befinde. China sei jedoch in keinem Fall die verlängerte Werkbank der Industrienationen.

Huang Danhua, Generalsekretärin des Jugendverbandes der KPCh, Peking, kam kurz auf die Jugend in China zu sprechen. Sie sei einverstanden mit der Politik, ehrgeizig und fleißig.

VII. Schlusswort

Wilhelm Staudacher, Generalsekretär der Konrad-Adenauer Stiftung e.V., Stankt Augustin, begann sein Schlusswort mit dem Dank an alle Teilnehmer und Organisatoren des Deutsch-Chinesischen Forums.

China fasziniere und fordere gleichzeitig heraus. Im Rahmen der internationalen Kooperation Chinas habe Deutschland ein hohes Konto an immateriellem Kapital, das es zu nutzen gelte. Bisher seien diese Fähigkeiten, ebenso wie die kulturelle Dimension, unterschätzt worden. Aus diesem Grund schlägt er mehr Austausch, z.B. in Form von Städtepartnerschaften, das Bilden persönlicher Netzwerke oder die Vernetzung von Thinktanks vor. Gesellschaftliche

Innovationsfähigkeit sei für Entwicklung und internationale Kompetenz wichtiger als militärische Stärke. Wie Dr. Konrad Seitz richtig angemerkt habe, sei das menschliche Potential wichtig für die Entwicklung in China. Ein wesentlicher Aspekt dabei sei das gegenseitige Lernen im Dialog. Aus der Sicht Deutschlands bestehe das Angebot zur Kooperation und zum Austausch von Erfahrungen in Themen der Systemtransformation und der rechtsstaatlichen Entwicklung.

Entwicklungsperspektive Chinas zu Beginn des 21. Jahrhunderts - Selbstbild, Errungenschaften, Herausforderungen und Gegenmaßnahmen

- Mei Zhaorong -

Zuerst möchte ich im Namen des Instituts des Chinesischen Volks für Auswärtige Angelegenheiten der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Veranstaltung dieses Deutsch-Chinesischen Forums unsere Anerkennung zum Ausdruck bringen und uns bei unserem Gastgeber herzlich dafür bedanken, uns eingeladen und ein sorgfältiges Arrangement getroffen zu haben. Ich bin der Überzeugung, dass das Forum „China am Beginn des 21. Jahrhunderts“ durch den aufrichtigen Meinungs austausch und die gewissenhaften Diskussionen zwischen beiden Seiten sicherlich zur Vermehrung des gegenseitigen Vertrauens zwischen China und Deutschland, zur Weiterentwicklung der Beziehungen der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern beitragen und dazu dienlich sein wird, dass wir gemeinsame Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens, der Stabilität und der Entwicklung der Welt unternehmen.

Es war kein Zufall, dass China Anfang der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts damit begann, die Reform und Öffnung einzuführen, gemäss den landesspezifischen Gegebenheiten den Weg des Sozialismus chinesischer Prägung einzuschlagen und die Modernisierung unbeirrbar durchzuführen.

Erstens hat man die Lehre aus der Geschichte der Neuzeit gezogen. Es ist allen bekannt, dass die chinesische Nation in der Geschichte glanzvolle Beiträge zur Zivilisation der Menschheit geleistet hat. Den Aufzeichnungen in den Dokumenten zufolge besaß China mehr als 170 von den 300 wichtigsten Erfindungen, Innovationen und bedeutenden wissenschaftlich-technologischen Errungenschaften vor der Ming-Dynastie (1368-1644). Aber seit den letzten Jahren der Ming-Dynastie ist Chinas Entwicklung wegen der Selbstisolationpolitik der feudalen Herrscher in China in den Bereichen Gesellschaft, Wirtschaft sowie Wissenschaft und Technik schrittweise zurückgeblieben. In der Mitte des 19. Jahrhunderts bot die wirrköpfige und korrupte Qing-Dynastie der Mandschurei den westlichen Großmächten günstige Chancen für Aggressionen. Im Jahre 1840 brach der Opium-Krieg aus. Großbritannien hat das Tor Chinas mit Kanonenbooten aufgesprengt, seitdem ist China zu einer Halbkolonie herabgesunken und das chinesische Volk war allerlei Schikanen ausgesetzt. Bis zur Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 haben die Großmächte China mehr als 1,100 ungleiche Verträge aufgezwungen. Sun Yatsen, der Vorläufer der chinesischen demokratischen Revolution, bat europäische und amerikanische Staaten um ihre Hilfe für China bei der Etablierung der kapitalistischen Demokratie, aber die westlichen Großmächte, um China aufzuteilen, unterstützten die chinesischen Militärmachthaber. Im Jahre 1937 hat Japan den Aggressionskrieg gegen China entfesselt, mehr als das halbe China besetzt und dem chinesischen Volk nie dagewesene Verluste an Leben und Vermögen zugefügt. Aus der überhundertjährigen schmerzlichen Geschichte, in der man der Unterdrückung und Ausbeutung anderer ausgeliefert war, hat das chinesische Volk 2 wesentliche Lehren gezogen: Erstens muss man die Unabhängigkeit, die Souveränität und die territoriale Integrität des Vaterlandes verteidigen, wenn man überleben und sich entwickeln will. Zweitens führt die Selbstisolation zur Rückständigkeit, während die Zurückgebliebenen geschlagen werden. Man muss alle fortschrittlichen Dinge in der Welt kennen lernen und studieren und durch die Modernisierung das Land stark machen. Das ist die historische Abstammung dessen, dass China nun die Reform und Öffnung durchführt, die Modernisierung betreibt und die unabhängige und selbständige Außenpolitik des Friedens verfolgt.

Zweitens ist dies ein Ergebnis der Zusammenfassung der positiven und negativen Erfahrungen während der 30jährigen Entwicklung des Neuen China. In der Zeit kurz nach der Gründung der Volksrepublik China stand das Neue China vor den wichtigsten Aufgaben der Wiederbelebung und Entwicklung der Wirtschaft, der Verbesserung des Lebens der Bevölkerung und der Konsolidierung der revolutionären Staatsmacht. Aber die westlichen Länder mit den USA an der Spitze betrieben die Politik der politischen Isolierung, wirtschaftlichen Blockade und militärischen Einkreisung gegenüber China. Hinzu kam für uns der Mangel an Erfahrungen in Bezug auf den Wirtschaftsaufbau, so sahen wir uns gezwungen, ein Bündnis mit der damaligen Sowjetunion einzugehen und das Entwicklungsmuster der Sowjetunion als Beispiel heranzuziehen. Dennoch hat China auch in jener Zeit das unabhängige und selbständige Bewusstsein beibehalten, nicht darauf verzichtet, nach einem eigenen Entwicklungsweg in der Praxis zu tasten und widersetzte sich dem Versuch der Sowjetunion, China unter Kontrolle zu bringen, und bekämpfte diesen entschieden.

Seit 1949 bis in die 70er Jahre hinein haben wir bemerkenswerte Erfolge beim Wirtschaftsaufbau erzielt, aber auch Fehler begangen und Rückschläge erlitten. Insbesondere die innere Unruhe während der „Kulturrevolution“ in den Jahren 1966-1976 trieb die chinesische Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs, während die Wirtschaften mancher Länder und Regionen im selben Zeitraum eine sprunghafte Entwicklung erlebt haben. Der scharfe Kontrast hat uns zutiefst erschüttert und das ganze chinesische Volk nachdenklich gestimmt. Gerade vor diesem Hintergrund hat die chinesische Führung mit Deng Xiaoping an der Spitze die historische Entscheidung getroffen, den Wirtschaftsaufbau zum Mittelpunkt zu machen und nach innen die Reform sowie nach außen die Öffnung einzuleiten. Im Jahre 1979 hat man dann die Theorie über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung aufgestellt, was bedeutete, das sowjetische Modell endgültig über Bord zu werfen und den Entwicklungsweg in Anpassung an die chinesischen Gegebenheiten einzuschlagen. Außerdem hat man im Jahre 1992 die Richtlinie festgelegt, die Planwirtschaft durch den Aufbau des sozialistischen Marktwirtschaftssystems zu ersetzen.

Das oben Genannte zeigt, dass die Durchführung der Reform und Öffnung und der Modernisierung in China eine historische Notwendigkeit ist und den Aufforderungen des Volks sowie der Weltströmung Rechnung trägt.

Die Reform- und Öffnungspolitik in den letzten über 20 Jahren hat die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte Chinas tatkräftig gefördert, die umfassende Landesstärke erheblich gesteigert, das Lebensniveau der Bevölkerung merklich erhöht und das Antlitz Chinas tiefgreifend verändert

Erstens ist das Bruttoinlandsprodukt in der Zeit von 1978 bis 1998 um das 5,4fache gestiegen, was einer durchschnittlichen Jahreswachstumsrate von 9,7% entsprach. Während der Periode des 9. Fünfjahresplans von 1995 bis 2000 wuchs die Wirtschaft im Jahresdurchschnitt um 8,3%. Im Jahre 2001 erreichte das Bruttoinlandsprodukt 1,100 Milliarden US\$ und Chinas Gesamtwirtschaftsvolumen stieg auf Platz 6 in der Welt. Besonders zu erwähnen ist, dass wir mit 7% des Ackerbodens der Welt 22% der Weltbevölkerung ernährt haben und über den Eigenbedarf Getreide übrig haben. Die Zahl der Armen in China ist bereits von 250 Millionen im Jahre 1978 auf 30 Mio. gesunken.

Zweitens hat sich ein Gefüge der Öffnung nach außen nach allen Himmelsrichtungen, auf mehreren Ebenen und in erweiterten Bereichen herausgebildet. Die außenwirtschaftlichen und Außenhandelsbeziehungen entwickelten sich schnell. Im Jahre 1978 betrug das Im- und Exportvolumen lediglich 20,6 Milliarden US\$ und belegte damit den 32. Platz in der Welt. Im

Jahre 2001 erreichte es 509,8 Milliarden US\$, das war mehr als 20mal so viel, damit wurden wir die sechstgrößte Handelsnation der Welt. Bis August 2002 hat China insgesamt über 410,000 Projekte mit Investitionen ausländischer Geschäftsleute genehmigt, die Summe der vereinbarten ausländischen Investitionen betrug über 800 Milliarden US\$ und die tatsächlich eingegangene Summe der ausländischen Investitionen erreichte 430 Milliarden US\$. Bis Ende Juni 2002 betragen die staatlichen Devisenreserven Chinas 242,8 Milliarden US\$. Nach 14 Jahren Anstrengungen ist China endlich der Welthandelsorganisation beigetreten, dies demonstriert die Entschlossenheit Chinas, an der Öffnung nach außen festzuhalten und ist ein Zeichen dafür, dass die beiderseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen China und den anderen Ländern der Welt in eine neue Etappe eintreten wird.

Drittens haben sich tiefgreifende Veränderungen in Bezug auf das Eigentumssystem vollzogen. Die ursprünglich einseitige Gemeineigentumsstruktur wurde bereits durch eine Struktur, in der das Gemeineigentum den Hauptteil bildet und daneben verschiedenartige Eigentumsformen sich gemeinsam entwickeln, abgelöst. Zur Zeit hat der staatliche Sektor ungefähr einen 30%igen Anteil an der Volkswirtschaft, der kollektive Sektor etwa 40% und die Einzel-, die Privatwirtschaft sowie Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung 30%.

Viertens ist das sozialistische Marktwirtschaftssystem bereits in groben Zügen etabliert worden. Der Warenmarkt hat sich im Wesentlichen herausgebildet. Verschiedenartige Faktorenmärkte, wie zum Beispiel der Kapitalmarkt, der Technologiemarkt, der Informationsmarkt sowie der Immobilienmarkt etc. befinden sich alle in rasanter Entwicklung. Wir haben eine Reihe Gesetze ausgearbeitet, die der Marktwirtschaft entsprechen, und die fundamentale Rolle des Marktes bei der Allokation der Ressourcen ist merklich verstärkt worden. Das System der mittelbaren Makrosteuerung mittels wirtschaftlicher Instrumente, wobei die Politik in den Bereichen Bankwesen, Finanzen, Steuern und Einkommensverteilung den Schwerpunkt bilden, spielt in der Wirtschaft eine immer wichtigere Rolle.

Fünftens wurde im Bereich des Verteilungssystems das System des ursprünglichen egalistischen Kantinenessens und der eisernen Reisschüssel gebrochen und in ein System verwandelt, in dem die Verteilung nach der Arbeitsleistung im Vordergrund steht, dem Leistungsprinzip Priorität eingeräumt und die Gerechtigkeit mit berücksichtigt wird.

Das Ergebnis in den letzten über 20 Jahren hat gezeigt, dass unser Weg erfolgreich und korrekt ist. Chinas Erfolg lässt sich auf die Erfahrungen auf verschiedenen Gebieten zurückführen. In meinen Augen sind die folgenden Erfahrungen die 3 wichtigsten davon:

- (1) Man muss von den spezifischen Gegebenheiten des eigenen Landes ausgehen und den eigenen Weg gehen. Es ist notwendig, von den Erfahrungen des Auslandes zu lernen, aber man muss sie in Verbindung mit der Realität des eigenen Landes akzeptieren oder ablehnen beziehungsweise anwenden und darf sie auf keinen Fall blind übernehmen und kopieren.
- (2) Man muss das dialektische Verhältnis zwischen Reform, Entwicklung und Stabilität richtig behandeln. Es gilt, auf die Koordinierung und Einheit zwischen der Dynamik der Reform, dem Entwicklungstempo und der Belastbarkeit der Gesellschaft zu achten und sicheren Schrittes vorwärts zu schreiten.
- (3) Die politische Reform sollte mit der wirtschaftlichen Reform einhergehen, und beide sollten einander ergänzen. Wie die wirtschaftliche Reform muss man auch die politische Reform gemäss den landesspezifischen Gegebenheiten durchführen. Mit der Entwicklung

der Wirtschaft, der ständigen Vervollständigung der Rechtsordnung und der stetigen Erweiterung der Demokratie entspricht die Behauptung, dass China nur die wirtschaftliche Reform, aber keine politische betriebe, nicht der Tatsache.

3. Nach der vorzeitigen Verwirklichung der strategischen Ziele für die ersten beiden Schritte der Vervierfachung des Bruttoinlandsproduktes im Jahre 2000 im Vergleich zu 1980 sind wir nun gerade dabei, das strategische Ziel für den dritten Schritt zu verwirklichen, nämlich das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2010 im Vergleich zu 2000 noch einmal zu verzweifachen und bis Mitte des 21. Jahrhunderts das Pro-Kopf-Niveau einer entwickelten Nation im mittleren Feld zu erreichen

Um die oben genannten strategischen Ziele zu erreichen und die im Laufe der Entwicklung angehäuften hervorstechenden Probleme zu lösen, wird China in den kommenden 5-10 Jahren die strategische Regulierung der Wirtschaftsstruktur beschleunigen, das sozialistische Marktwirtschaftssystem weiter vervollkommen und die Öffnung nach außen ausbauen, was bereits im 10. Fünfjahresplan, welcher seit 2001 durchgeführt wird, zum Ausdruck kommt. Herausragende Schwerpunkte dabei sind: Festigung und Verstärkung der Basisstellung der Landwirtschaft, einschließlich der Optimierung der Struktur der Agrarprodukte und der Regulierung der regionalen Struktur der Landwirtschaft; Intensivierung der industriellen Umstrukturierung einschließlich der beschleunigten technischen Umgestaltung der Unternehmen und der tatkräftigen Entwicklung der High-Tech-Unternehmen; Erhöhung des Anteils des tertiären Bereiches an der Volkswirtschaft und Entwicklung der Industrien wie die IT, das Bankwesen, der Tourismus und die kommunalen Dienstleistungen; Förderung der wissenschaftlich-technischen Fortschritte und Innovationen und Durchführung der Strategie, das Land durch Wissenschaft und Technik stark zu machen; Umsetzung der großangelegten Erschließung der Westgebiete und Förderung der koordinierten Entwicklung der Regionen.

Im Laufe der Durchführung werden wir auf die Einheit zwischen Geschwindigkeit und Effekt achten, das heißt, unter der Voraussetzung des gesteigerten Effektes eine relativ schnelle Entwicklung zu verwirklichen. Das voraussichtliche Ziel der durchschnittlichen Jahreswachstumsrate der Wirtschaft liegt bei etwa 7%. Es gilt, die Regulierung der Industriestruktur mit der der Eigentumsstruktur, der regionalen Struktur und der Struktur zwischen Stadt und Land zu verbinden. Man muss die Reform und Öffnung mit wissenschaftlich-technologischen Innovationen gleichsetzen, das heißt, wir müssen durch systembezogene Innovationen und wissenschaftlich-technische Innovationen die grundlegende Veränderung des Wirtschaftssystems und des Modus des Wirtschaftswachstums weiter realisieren. Es gilt, weiter auf die koordinierte Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zu achten, nämlich, den Aufbau der materiellen Zivilisation mit dem Aufbau der geistigen Zivilisation zu verbinden und das rechtmäßige Regieren mit dem Regieren nach der Moral zu verbinden.

4. Die Reform und Öffnung sowie die Modernisierung bedürfen eines günstigen internationalen Umfeldes, deshalb wird China weiter die unabhängige und selbständige Außenpolitik des Friedens verfolgen

Unsere grundlegenden Aufgaben sind: die nationale Souveränität und die territoriale Integrität zu verteidigen und die große Sache der Wiedervereinigung des Vaterlandes voranzutreiben; ein langfristig stabiles internationales Umfeld zu schaffen und zum Frieden, zur Stabilität und der gemeinsamen Entwicklung der Region und der ganzen Welt beizutragen. Im Laufe der Verwirklichung der obigen Ziele wird China in Anpassung an die Entwicklung und Veränderung der Lage seine Außenpolitik ständig regulieren, aber manche grundlegende Prinzipien werden unverändert bleiben, das sind: an der Unabhängigkeit und Selbständigkeit festhalten,

von den grundlegenden Interessen des chinesischen Volks und der anderen Völker der Welt ausgehen, nach Recht und Unrecht der Dinge seinen Standpunkt und seine Politik entscheiden und mit keiner Großmacht ein Bündnis eingehen; den Hegemonismus und die Machtpolitik bekämpfen, die Demokratisierung der internationalen Beziehungen befürworten und die Bewegung der Welt zur Multipolarität unterstützen; die 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz zum grundlegenden Kriterium für die Anleitung der zwischenstaatlichen Beziehungen machen, die Vielfalt der Welt anerkennen und das Recht aller Länder darauf respektieren, das Gesellschaftssystem, die Entwicklungsstrategie und die Lebensweise zu wählen, die den Gegebenheiten der jeweiligen Länder entsprechen; internationale Streitigkeiten durch Friedensverhandlungen beilegen, das heißt, alle internationalen Streitigkeiten und regionalen Konflikte durch gleichberechtigte Konsultationen beilegen; die Gewaltanwendung oder die Drohung mit der Gewalt bei kleinstem Anlass bekämpfen; Gleichberechtigung, gegenseitiger Nutzen und gemeinsame Entwicklung, um nach Möglichkeiten eine friedliche und stabile, gerechte und vernünftige neue internationale politische und wirtschaftliche Ordnung zu errichten.

In der Gegenwart ist die internationale Lage kompliziert und das Kräfteverhältnis in erheblichem Masse unausgeglichener. Dass die eine Supermacht mit Hilfe ihrer unübertrefflichen Stärke den Unilateralismus durchsetzt, ist besorgniserregend. Die Gegenmaßnahme Chinas dazu lautet: im internationalen Sicherheitsbereich bekämpfen wir die alte Sicherheitsvorstellung, welche auf Militärbündnissen basiert und die Verstärkung der Streitkräfte als Methode sieht. Wir treten dafür ein, das Denkmuster des Kalten Krieges wegzuwerfen und eine Sicherheitsvorstellung neuen Typs zu etablieren, deren Kern im gegenseitigen Vertrauen, beiderseitigen Vorteil, der Gleichberechtigung und der Zusammenarbeit besteht. Wir befürworten es, die Sicherheit durch gegenseitiges Vertrauen zu erreichen, die Zusammenarbeit durch beiderseitigen Vorteil anzustreben und durch Zusammenarbeit nach der gemeinsamen Prosperität zu streben, um unsichere Faktoren von Grund auf abzubauen. Angesichts der Chancen und Herausforderungen, die die rasante Entwicklung der wirtschaftlichen Globalisierung mit sich bringt, ist China fest entschlossen, sich aktiv am Globalisierungsprozess zu beteiligen und gleichzeitig darauf zu achten, Nutzen zu vermehren und Schaden zu reduzieren, damit die Beteiligung an der Globalisierung zur Triebkraft für die Entwicklung und Fortschritte Chinas und der Welt und keine Ursache wird, welche zum sich verschärfenden Gefälle zwischen Arm und Reich führt und Krisen auslöst. Im Interesse eines friedlichen und stabilen internationalen Umfeldes setzt sich China für die Entwicklung der Beziehungen der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Ländern der Welt ein. Erstens gilt es, gutnachbarschaftliche Beziehungen mit den umliegenden Ländern zu festigen und zu entwickeln. Zweitens bemüht es sich um die Erhaltung stabiler und gesunder Beziehungen mit den Großmächten, dazu gehören die Verbesserung und Entwicklung der sino-amerikanischen Beziehungen auf der Grundlage des Festhaltens am Ein-China-Prinzip und der strengen Einhaltung der drei gemeinsamen Communiqués zwischen China und den USA; gemäß dem "Vertrag über die Gutnachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit" zwischen China und Russland werden wir die strategischen Beziehungen der Kooperation zwischen China und Russland weiter vertiefen, das sind also kooperative Beziehungen neuen Typs, die sich durch Blockfreiheit, Konfrontationsfreiheit auszeichnen und nicht gegen Dritte gerichtet sind; auf der Basis des gegenseitigen Respekts, der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils sowie der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten sind die Beziehungen der allseitigen Zusammenarbeit zwischen China und Europa weiter voranzutreiben; es gilt, unter der Voraussetzung des Festhaltens an einer korrekten historischen Auffassung und gemäß dem Prinzip, Japan dazu zu mahnen, den Weg der friedlichen Entwicklung zu gehen, partnerschaftliche Beziehungen mit Japan aktiv zu entwickeln. Drittens gilt es, den Zusammenschluss und die Kooperation mit den Entwicklungsländern zu verstärken, ihre legitimen Rechte und Interessen zu unterstützen und widerzuspiegeln.

5. Der Weg, den China einschlägt, ist weder der Sozialismus nach dem Modell der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropas noch der westliche Kapitalismus, sondern ein Weg des Sozialismus chinesischer Prägung, der den landesspezifischen Gegebenheiten Chinas entspricht

China deckt eine Fläche von 9,6 Mio. qkm, es zählt 1,3 Milliarden Menschen und hat 56 Nationalitäten. Die Entwicklung der Regionen ist sehr unausgeglichen, China ist das größte Entwicklungsland der Welt und zugleich eine im Aufbruch befindliche Großmacht.

Was den Entwicklungsweg Chinas anbelangt, haben die Länder der Welt uns alle möglichen Rezepte ausgestellt, und unsere Praktiken fanden sowohl Lob als auch Kritik. Wir halten daran fest, von den landesspezifischen Gegebenheiten Chinas auszugehen, den eigenen Weg einzuschlagen und die Richtigkeit unseres Wegs mit der Praxis zu prüfen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass das Wissen der Außenwelt über China noch recht defizitär ist. Es gibt sogar verschiedene Auffassungen, die der Realität nicht entsprechen. Manche haben nach einigen Erscheinungen China mit der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropa verwechselt, das ist ein Missverständnis in Bezug auf die Auffassung von China. Wenn es um die Stärke Chinas geht, existieren diverse Diskussionen. Wir sind der Ansicht, dass China in einer recht langen Zeit immer noch ein Entwicklungsland bleiben wird, da sein Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt trotz der weltweit aufsehenerregenden Errungenschaften in den letzten mehr als 20 Jahren lediglich etwas über 800 US\$ beträgt. Wenn von der Entwicklungsperspektive Chinas die Rede ist, erklären manche Leute mit dem Denkmuster des Kalten Krieges kategorisch, dass der dynamische Aufbruch Chinas eine Bedrohung für den Westen darstellen würde und fabrizierten die sogenannte "Theorie über die Gefahr Chinas". Andere übertreiben dagegen die verschiedenartigen Probleme und Schwierigkeiten, mit denen China in der Entwicklung konfrontiert ist und prophezeien, dass China zusammenbrechen könnte. Beide Auffassungen scheinen diametral entgegengesetzt zu sein, sind aber in der Tat unbegründet. Man muss darauf hinweisen, dass China sich von der Armut und Rückständigkeit loslösen, die Existenzbedingungen seines Volks verbessern, nach einer gleichberechtigten Stellung unter den Völkern der Welt streben und es vermeiden will, wieder den Schikanen der Großmächte ausgeliefert zu sein, wenn es mit ganzem Einsatz um seine Stärkung ringt. Das dient weder der Expansion noch dem Ringen um Interessensphären, noch weniger dient es dazu, nach der Hegemonialstellung zu streben. Wenn sich die Wirtschaft Chinas kontinuierlich und gesund entwickelt, die chinesische Wirtschaft mit der Weltwirtschaft gekoppelt ist und China die unabhängige und selbständige Außenpolitik des Friedens verfolgt, wird das nicht nur dafür sorgen, dass die Wirtschaft Chinas prosperiert und das Volk ein noch schöneres Leben führt, sondern auch eine noch breitere Perspektive für die verstärkte Zusammenarbeit mit dem Ausland ermöglichen, der Erhaltung des Weltfriedens und der Förderung der Entwicklung der Weltwirtschaft dienlich sein, für die Welt ist dies eine frohe Botschaft.

Selbstverständlich wissen wir nur zu gut, dass Chinas Weg nach vorne uneben ist, wir sind mit zahlreichen Herausforderungen im Inland und in der Welt konfrontiert, die Aufgaben sind schwierig und der Weg ist lang. Aber wir haben bereits einen Entwicklungsweg gefunden, der unseren landesspezifischen Gegebenheiten entspricht. Die Arbeit in den mehr als 20 Jahren hat eine solide materielle Basis geschaffen, man konnte Erfahrungen in Bezug auf die Überwindung verschiedenartiger Schwierigkeiten sammeln, so sind wir voller Zuversicht darin, die Schwierigkeiten und Hindernisse auf dem Weg vorwärts zu besiegen und das geplante Ziel zu erreichen. In diesem Prozess werden wir stets nach der Entfaltung freundschaftlicher Austauschbeziehungen mit allen Ländern der Welt suchen und die Zusammenarbeit zum beider-

seitigen Vorteil fördern, dabei hoffen wir, die Sympathie, das Verständnis und die Unterstützung aller Völker zu gewinnen.

Öffnung und Stabilität: Ein Blick auf Wirtschaft, Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt

- Markus Taube -

Nach drei Jahrzehnten einer auf zentralverwaltungswirtschaftlichen Prinzipien basierenden Wirtschaftsordnung wurde in der VR China Ende der 1970er Jahre ein ordnungspolitischer Richtungswechsel initiiert. Ausgehend von dem (gescheiterten) Versuch, durch einen partiellen Einbau marktwirtschaftlicher Institutionen die Leistungsfähigkeit des zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnungssystems zu steigern, wurde letztlich ein Prozess angestoßen, der auf eine vollständige Transformation der bestehenden Zentralverwaltungswirtschaft in eine marktwirtschaftliche Ordnung abzielte (Qian 2000). Gleichzeitig wurde eine Öffnung zum Weltmarkt betrieben, mit der die chinesische Volkswirtschaft aus ihrer bis dato bestehenden Isolation herausgeführt und in die internationale Arbeitsteilung eingebunden werden sollte.

Der Beitritt Chinas zur WTO ist vor diesem Hintergrund letztlich als nicht mehr und nicht weniger als eine wirtschaftspolitische Agenda zur umfassenden Liberalisierung des ökonomischen Geschehens zu bewerten. Als solcher stellt er einen logischen, „abschließenden“ Schritt im chinesischen Transformationsprozess vom Plan zum Markt dar und sendet ein glaubwürdiges Signal aus, dass China die Einrichtung und Aufrechterhaltung einer auf den Prinzipien der Nicht-Diskriminierung und Transparenz basierenden Wirtschaftsordnung zum Leitprinzip ihrer Wirtschaftspolitik erhoben hat.

Mit dem WTO-Beitritt wird jedoch keineswegs auf einen Schlag eine reife Marktwirtschaft etwa deutschen Gepräges entstehen. Auf absehbare Zeit werden „Baustellen“ zurückbleiben, auf denen marktwirtschaftliche Ordnungsstrukturen noch nicht vollständig etabliert sind und die zentralstaatliche Einflussnahme sehr stark bleiben wird. Der Grad der Umsetzung von marktgeleiteten Wirtschaftsprozessen wird zwischen verschiedenen Branchen stark divergieren. Ausländische Unternehmen, die sich z.B. im chinesischen Konsumgüterbereich engagieren, werden Rahmenbedingungen antreffen, die viel dichter am globalen Standard liegen, als solche, die sich z.B. in der Automobilindustrie betätigen. Insbesondere in zahlreichen „Querschnittsdienstleistungen“, die für alle Branchen relevant sind und von Finanzdienstleistern, Anwaltskanzleien, etc. angeboten werden, werden ausländische Unternehmungen noch geraume Zeit gegenüber ihren chinesischen Konkurrenten diskriminiert werden.

Mit der Öffnung zum Weltmarkt und dessen Preiszusammenhang werden sich zudem die relativen Preise ein weiteres Mal massiv verändern, was eine radikale Umgestaltung der Industriestrukturen zur Folge haben wird (Taube 2002). Die durch die Übernahme von Weltmarktpreisen und den Wegfall von Einfuhrzöllen (in China und bei Chinas Handelspartnern) induzierten Veränderungen der innerchinesischen Produktionsstrukturen werden aber nicht unbedingt mit den potentiellen Wachstumsmärkten in China zusammenfallen. So wird z.B. die chinesische Kfz-Produktion durch die dramatische Senkung der Einfuhrzölle eine erhebliche Wettbewerbsverschärfung erfahren. Der Markt für Automobile wird jedoch deutlich wachsen und kann von daher trotz der Kostennachteile ein Vor-Ort-Engagement aus strategischen Gesichtspunkten sinnvoll erscheinen lassen.

Die positiven wie negativen Auswirkungen des chinesischen WTO-Beitritts werden nicht nur in Hinblick auf die verschiedenen Branchen der Volkswirtschaft sehr unterschiedlich verteilt sein, sondern aufgrund der stark divergierenden Regionalstrukturen auch die einzelnen chinesischen Regionen sehr unterschiedlich betreffen.

Die VR China verfügt nicht über einen homogenen Wirtschaftsraum, sondern weist vielmehr extreme regionale Disparitäten auf. Es besteht ein starkes Gefälle von den Küstenregionen hin zu dem weiter westlich gelegenen Hinterland. Grundsätzlich gilt, dass

- die ökonomische Leistungserbringung (absolut und pro Kopf)
- Kaufkraft
- der technologische Stand der Industrie
- die Infrastruktur
- der Zustrom an Direktinvestitionen
- die Einbindung in den Welthandel
- die Existenz marktwirtschaftlicher Institutionen

mit wachsender Entfernung vom Küstenstreifen rasch abnimmt (Boilot, J. / Michelon, N. 2000; Fan G. / Wang X. / Zhang L. 2001; Taube, M. / Ögütçü, M. 2002). Das industrielle Ballungszentrum im südchinesischen Perfluss-Delta ebenso wie der Großraum Shanghai stellen leistungsfähige Wirtschaftszentren mit einem reifen *industrial fabric* und z.T. hoher Kaufkraft dar. Die westchinesischen Gebiete befinden sich demgegenüber noch immer in einem sehr rückständigen Entwicklungsstadium.¹ Es besteht zu befürchten, dass sich in Folge des WTO-Beitritts selbstverstärkende Prozesse ausbilden, denen gemäß die bereits am weitesten entwickelten Gebiete des chinesischen Küstenstreifens am meisten von der weltwirtschaftlichen Öffnung profitieren werden, während das westliche Hinterland in seiner Entwicklung (zumindest relativ, u.u. aber auch in absoluten Größen) zurückfällt.

Während der chinesische WTO-Beitritt somit in längerer Sicht unzweifelhaft positive Wohlfahrtswirkungen haben wird, werden durch ihn in kurzer bis mittlerer Perspektive schwerwiegende Probleme aufgeworfen bzw. weiter verschärft.

Überschuldete Banken und marode Staatsunternehmen

In der alten zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnung stellten das Bankensystem und der staatliche Unternehmenssektor die Säulen der chinesischen Volkswirtschaft dar. Heute bezeichnen sie gemeinsam das Damokles-Schwert, das an seidenem Faden über der chinesischen Volkswirtschaft und der gesamtgesellschaftlichen Stabilität hängt. Die Kreditportefeuilles der großen chinesischen Geschäftsbanken sind in einem Maße mit notleidenden bzw. nicht wieder einbringbaren Krediten belastet, das dem der südostasiatischen Finanzakteure zum Ausbruch der Asienkrise entspricht. Hinter diesen „faulen“ Krediten steht ein Heer von maroden Staatsunternehmen, welche zwar einerseits ineffizient wirtschaften und in einem freien Marktwettbewerb nicht konkurrenzfähig wären, andererseits aber nicht geschlossen oder von ihren Finanzierungsquellen (d.h. den chinesischen Geschäftsbanken) abgeschnitten werden können, da die hiermit induzierte Massenarbeitslosigkeit nicht über hinreichende Sozialversicherungsnetze aufgefangen werden könnte.

Der chinesische Banken- und der staatliche Unternehmenssektor bilden somit eine Schicksalsgemeinschaft, die in eine Entwicklungs-Sackgasse hinein manövriert worden ist, aus der sie nur noch mit radikalen – d.h. schmerzhaften – Maßnahmen herausgeführt werden können.

¹ Nach Regierungsangaben leben in China ca. 60 Mio. Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Unter Anlegung des Weltbank-Standards, bei dem Armut als die Verfügbarkeit von weniger als einem US\$ pro Person und Tag (nach Kaufkraftparität) definiert wird, leben in der VR China aber gut 230 Mio. Menschen oder 19% der Bevölkerung in Armut. World Bank (2000).

Eine Sanierung des chinesischen Bankensektors würde derzeit Aufwendungen in Höhe von ca. 30-60% des chinesischen BIP erforderlich machen (OECD 2002).² Damit wäre jedoch nur der bereits existierende Bestand an „faulen“ Krediten aus den Bilanzen getilgt. Gleichzeitig müßte aber auch sichergestellt werden, dass nicht sofort wieder neue „faule“ Kredite akkumuliert werden. Dies aber würde bedeuten, dass dem Großteil der chinesischen Staatsunternehmen keine neuen Kredite mehr gewährt werden dürften, was zwangsläufig auf einen Massenkonzurs hinauslaufen würde. Dies aber würde zu einem sprunghaften Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit und steigender sozialer Instabilität führen.

Arbeitslosigkeit und soziale Stabilität

Das chinesische Arbeitslosenproblem ist dreifach gelagert: (1) kommt es im Zuge der Überführung des staatlichen Unternehmenssektors in gewinnorientierte Unternehmungen zu einer Umwandlung von versteckter in offene Arbeitslosigkeit; (2) führt die Aufhebung von protektionistischen Schutzvorkehrungen und Finanzsubventionen zwangsläufig bei zahlreichen Unternehmen zur Aufdeckung von Wettbewerbsnachteilen, die die Aufgabe von Geschäftsmodellen und die Freisetzung von nicht mehr produktiv einsetzbaren Arbeitskräften zur Folge hat;³ (3) wird in den nächsten Jahrzehnten eine durch die Ein-Kind-Politik herbeigeführte spezifische demographische Struktur arbeitsmarktwirksam, dergemäß China gezwungen sein wird, jährlich netto acht bis neun Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, da mehr Jugendliche in den Arbeitsmarkt hineindrängen als Personen in Ruhestand treten.

Die Brisanz der Arbeitsmarktlage wird in ihrem Gefahrenpotenzial für die soziale Stabilität dadurch verschärft, dass ein hinreichendes Sozialversicherungssystem nicht vorhanden ist. Die erst in den letzten Jahren begonnene Umstellung eines betriebsgebundenen Sozialversicherungssystems auf ein einheitliches gesamtgesellschaftliches System befindet sich noch in einem sehr frühen Entwicklungsstadium. Breite Bevölkerungsgruppen sind noch gar nicht erfasst und die bereits bestehenden Sozialversicherungsnetze kranken an einer Unterkapitalisierung sowie hohen Aussenständen bei Unternehmen, die nicht in der Lage und bereit sind, ihre anteiligen Sozialversicherungsleistungen einzuzahlen.

Mittelfristig besonders brisant wird die Lage im Bereich der Altersabsicherung, die durch die demographische Schiefelage vor strukturellen Finanzierungsproblemen steht. Nach Kalkulationen der Unternehmensberatung McKinsey wird die vom Staat zu tragende Deckungslücke in der Rentenversicherung im Jahr 2005 15 Mrd. US\$ erreichen und dann auf 110 Mrd. US\$ im Jahr 2010 ansteigen (o.V. 2002). Das Problem wird sich aber noch weiter verschärfen: Während das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentenbeziehern Ende der 1990er Jahre noch bei 10 zu 1 lag, wird es im Jahr 2050 erwartungsgemäß auf 3 zu 1 fallen.

Wirtschaftspolitische Steuerungskapazität

Im Vergleich zu den vorangehenden Jahrzehnten hat die chinesische Regierung ihre makroökonomische Steuerungskapazität zum Ausgang der 1990er Jahre deutlich steigern können. Eine größere Durchsetzungskraft gegenüber den Gebietskörperschaften, die Auflösung einer

² Mit der Einrichtung von *Asset Management Company* sind bereits erste Schritte zur Bereinigung der Kreditportfolios der vier großen staatlichen Geschäftsbanken unternommen worden. diese Gesellschaften sind vom Finanzministerium mit einem Grundkapital von 10 Mrd. Yuan ausgestattet worden und sollen den Geschäftsbanken uneinbringbare Forderungen zum Nominalwert abkaufen. Durch Umstrukturierung und Verkauf der Vermögenswerte der verschuldeten Unternehmen, die Umwandlung der Schulden in handelbare Wertpapiere, Börsennotierungen etc. hofft man bis zu 30% der Außenstände eintreiben zu können. Die uneinbringlichen Restbeträge sollen dann von dem Finanzministerium und der Zentralbank getragen werden.

³ Die Weltbank geht z.B. davon aus, dass die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften von 348 Mio. Personen im Jahr 1998 auf 168 Mio. im Jahr 2005 fallen wird (World Bank 1997).

tiefgreifenden Konfrontation zwischen Reformern und konservativen Kräften, sowie eine deutliche Verbesserung der institutionellen Grundlagen der makroökonomischen Steuerung haben eine grundsätzliche Verstetigung der Wirtschaftspolitik ermöglicht und die frühere schnelle Abfolge von *boom-* und *bust-*Perioden abgelöst (Naughton 2001, Taube 2003). Dieser institutionellen Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerungskapazität steht jedoch ein Missverhältnis zwischen dem Krisenpotenzial und der zur Neutralisierung desselben verfügbaren Ressourcen gegenüber.

Das wichtigste Mass zur Bestimmung der der Regierung zur Verfügung stehenden Ressourcen stellt der Staatshaushalt und als Knappheitsindikator die Staatsverschuldung dar. Folgt man den offiziellen Angaben, so bietet die chinesische Staatsverschuldung keinen Grund zur Besorgnis. Mit einer Neuverschuldung von knapp unter drei Prozent und einer Gesamtverschuldung von ca. 23 % des BIP würde China die Maastricht-Kriterien erfüllen. Diese Werte geben jedoch nicht das gesamte Bild wider. Um ein realistisches Bild zu erlangen, müßten die in den außerbudgetären Fonds akkumulierten Verbindlichkeiten, der im Bankensektor aufgelaufene Abschreibungsbedarf, die zur Kapitalisierung der den großen Geschäftsbanken beigeordneten Auffanggesellschaften („Asset Management Corporation“) aufgelegten Schuldverschreibungen, die sich im Sozialversicherungsbereich akkumulierende Deckungslücke etc. mit in die Kalkulation einbezogen werden. Geschieht dies, so liegt die Gesamtverschuldung eher in einer Größenordnung von über 100% des BIP.

Das chinesische Stabilitätsdilemma ist in Abb. 1 noch einmal veranschaulicht. Banken und Staatsunternehmen sind in einer Schicksalsgemeinschaft gefangen und können nur gemeinsam saniert werden. Die notwendige Umstrukturierung des staatlichen Unternehmenssektors verschärft jedoch das die soziale Stabilität gefährdende Arbeitslosenproblem. Der WTO-Beitritt, demographische Strukturen und Strukturwandlungsprozesse erhöhen die Brisanz der Lage an verschiedenen Stellen. Alle Massnahmen, die darauf abzielen, diesen Krisen-Nexus zu durchstossen, also die Auslösung der „faulen“ Kredite und Rekapitalisierung des Bankensektors genauso wie der Aufbau einer sofort (!) zu massiven Auszahlungen befähigten Sozialversicherung, führen zwangsläufig zu einer bedeutenden Ausweitung der Staatsverschuldung und destabilisieren Gesellschaft und Ökonomie von dieser Seite.

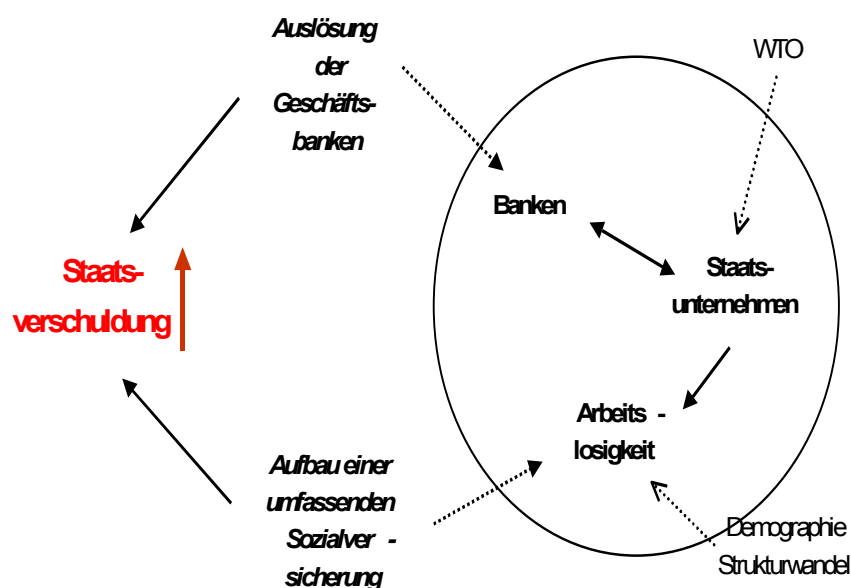


Abb. 1: Das Chinesische Stabilitätsdilemma
Eigene Darstellung.

Angesichts dieser angespannten Stabilitätsproblematik des chinesischen Staates wird ersichtlich, weshalb behauptet wird, China müsse hohe Wachstumsraten aufrechterhalten, um einen Kollaps des Gesamtsystems zu vermeiden (z.B. o.V. 2002). Es ist der Gedanke, aus den Problemen „herauswachsen“ zu können. Durch eine Stabilisierung der Problembereiche (z.B. des Gesamtvolumens notleidender Kredite) auf dem gegenwärtigen Niveau soll bei gleichzeitigen Wachstum produktiver Kräfte und der Akkumulation positiver Vermögenswerte das gesamtwirtschaftliche Krisenpotenzial relativ gesenkt werden.⁴

In der Zusammenschau zeigt sich somit ein sehr fragiles Verhältnis zwischen weltwirtschaftlicher Öffnung und wirtschaftlicher (und gesamtgesellschaftlicher) Stabilität in China. Die volle Einbindung in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung ist eine notwendige Massnahme, um den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess Chinas weiter voranzubringen und langfristig das Wohlfahrtsniveau der Gesellschaft zu heben. Aber die positiven und negativen Impulse, die von dem WTO Beitritt ausgehen, streuen in regionaler und zeitlicher Hinsicht sehr unterschiedlich auf die einzelnen Branchen und Regionen Chinas. Dies bedeutet, dass in kurzer Sicht Gewinnern des WTO-Beitritts zahlreiche Verlierer gegenüberstehen werden. Hierdurch wird die Stabilität des gesamtgesellschaftlichen Gefüges erheblich belastet. Erschwerend kommt hinzu, dass der WTO-Beitritt bereits bestehende strukturelle und institutionelle Defizite weiter verschärft. Im Bereich des Banken- und Finanzsystems, des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung gerät die VR China immer stärker in Gefahr, in eine schwerwiegende, über das Wirtschaftssystem hinausgreifende Krise hineinzulaufen.

Literatur

- Boilot, J. / Michelon, N. (2000). The New Economic Geography of Greater China. In: China Perspectives, 30: 18-30.
- Fan Gang / Wang Xiaolu / Zhang Liwen (2001). Zhongguo ge diqu shichanghua jincheng xiangdui zhishu 2000 nian baogao [Jahresbericht 2000 zum Index des Fortschritts der Etablierung einer Marktwirtschaft in den Regionen Chinas], www.neri.org.cn/company/neri/eindex.htm, download May 2002.
- Naughton, B. (2001). Changing Horses in Mid-Stream? Explaining Changing Political Economy Regimes in China. Paper presented at the Conference „Japan and China Economic Relations in Transition“ January 18-19, 2001, Tokyo.
- Nippa, Michael (Hg.) (2003). Organisation und Führung des China-Geschäfts deutscher Unternehmen. Rahmenbedingungen – Erfolgsfaktoren – Erfahrungsberichte, Heidelberg, Berlin: Physica.
- OECD (2002). China in the World Economy: the Domestic Policy Challenges, Paris: OECD.
- o.V. (2002). Out of puff. A survey of China. In: The Economist, 15.6.2002.
- Qian Yingyi (2000). The Process of China's Market Transition (1978-1998): The Evolutionary, Historical, and Comparative Perspectives. In: Journal of Institutional and Theoretical Economics, 156: 151-171.
- Taube, M. (2002). Implications of China's Entry in the WTO on the Global Economy: A German Perspective. In: Friedrich, Stefan (Hg.) (2002). China in the WTO and her economic relations with the European Union, Shanghai: Konrad Adenauer Foundation.
- Taube, M. (2003). Erscheinungsformen und Bestimmungsgründe makroökonomischer Zyklen in der VR China. Planungs-, Transformations-, Konjunkturzyklen, Teil II:

⁴ Positiv sei erwähnt, dass auf der ausenwirtschaftlichen Ebene China mit Devisenreserven im Umfang von beachtlichen 212,2 Mrd. US\$ (dies entspricht dem Gegenwert von mehr als 10 Monatsimporten, Daten für Ende 2001), hohen Leistungsbilanzüberschüssen und einer – zumindest nach offiziellen Angaben – geringen kurzfristigen Auslandsverschuldung sehr stabil positioniert ist und auch mit einer WTO-induzierten Ausweitung der Importströme kein sichtbares Krisenpotenzial aufweist.

- Makroökonomische Zyklen in einer Transformationsökonomie (1978-1999). In: Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwirtschaft Nr. 65, Duisburg.
- Taube , M. / Ögütçü, M. (2002). Main Issues on Foreign Investment In China's Regional Development: Prospects And Policy Challenges. In: Taube , M. / Ögütçü, M. (Hg.) (2002). Foreign Direct Investment in China's Regional Development. Prospects and Policy Challenges, Paris: OECD, 17-52.
- World Bank (2000): World Development Report 2000 / 2001, Washington, D.C.: World Bank.
- World Bank (1997): China 2020: Development Challenges in the New Century, Washington, D.C.: World Bank.

Die Beschäftigungspolitik und die Sozialabsicherung Chinas

- Chen Jiagui -

Ich fühle mich sehr geehrt, anlässlich des 30. Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Deutschland zur Teilnahme am Deutsch-Chinesischen Forum nach Hamburg, einer blühenden und schönen Hafenstadt Deutschlands, kommen zu können. Das Thema meines heutigen Vortrags ist die Beschäftigungspolitik und die Sozialabsicherung Chinas.

Seit der Reform und Öffnung behält die chinesische Wirtschaft stets ein schnelles Wachstum bei. Trotz der schlechten Konjunktur der Weltwirtschaft in diesem Jahr ist das Bruttoinlandsprodukt von Januar bis September um 7,9% gestiegen, voraussichtlich wird das BIP für das ganze Jahr die Größenordnung von 10 Billionen Renminbi erreichen, die Jahreswachstumsrate wird bei etwa 8% liegen.

Dennoch gibt es auch noch viele Probleme im Laufe der Wirtschaftsentwicklung Chinas. Die zunehmende Zahl der Freigesetzten und Arbeitslosen und der große Beschäftigungsdruck sind eines der hervorstechenden Probleme. Heute möchte ich Ihnen einige Informationen zu den beiden Themen Beschäftigung und Sozialabsicherung geben und einige persönliche Ansichten dazu äußern.

1. Die chinesische Regierung legt großes Gewicht auf das Beschäftigungsproblem

Die chinesische Bevölkerung macht 21% der Weltbevölkerung aus, die Arbeitskräfteressourcen 26% der Welt, aber unsere Natur- und Kapitalressourcen erreichen nicht einmal 10% des Gesamtvolumens der Welt. In den Jahren zwischen 1978 und 2001 ist die Gesamtbevölkerungszahl Chinas netto um 314 Millionen gestiegen, das entsprach einer jährlichen Zunahme von 13,64 Millionen im Durchschnitt. Die Nettoszah der Berufstätigen ist um 330 Millionen gestiegen, das bedeutete 14,35 Millionen im Jahresdurchschnitt. Seit dem Eintritt ins neue Jahrhundert müssen jedes Jahr über 22 Millionen Leute in den Städten und Gemeinden beschäftigt werden. Wenn die Wirtschaft die Jahreswachstumsrate von 7-8% beibehält, können unter der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur 7 bis 8 Millionen Leute aufgenommen werden, mit einer Lücke von 14 bis 17 Millionen steht man also unter erheblichem Beschäftigungsdruck.

Von 1998 bis Ende Juni 2002 haben Staatsunternehmen in ganz China 26,11 Millionen Arbeiter freigesetzt, 91% davon betraten das „Wiederbeschäftigungsdienstleistungszentrum“ und die Gesamtzahl der wiederbeschäftigten Freigesetzten in den vergangenen Jahren beträgt 17,26 Millionen. Zur Zeit gibt es immer noch 4,63 Millionen Freigesetzte der Staatsunternehmen, 4,12 Millionen davon sind vom Wiederbeschäftigungsdienstleistungszentrum aufgenommen worden und sichern sich ihr Leben durch den Bezug der Grundlebensunterhaltungskosten für freigesetzte Arbeiter der Staatsunternehmen. Zugleich stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen in den chinesischen Städten und Gemeinden in den letzten Jahren drastisch an, sie ist von 4,2 Millionen im Jahre 1993 auf 6,81 Millionen im Jahre 2001 gestiegen und die registrierte Arbeitslosenquote kletterte von 2,6% auf 3,6%. In der ersten Jahreshälfte 2002 erreichte die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Städten und Gemeinden 7,33 Millionen, die Arbeitslosenquote lag bei 3,8% und wird am Jahresende voraussichtlich bei über 4% liegen.

In der Gegenwart und einer längeren Zeit in Zukunft wird China nach wie vor mit einer kritischen Beschäftigungslage und einem ernsten Beschäftigungswiderspruch konfrontiert sein.

Die heftige Beschäftigungskonkurrenz stellt die Wiederbeschäftigung der Freigesetzten und Arbeitslosen in eine recht herausragende Stellung. Seit 1998 ist die Wiederbeschäftigungsrate für Freigesetzte der Staatsunternehmen von Jahr zu Jahr gesunken, so betrug sie 1998 50%, 1999 42%, 2000 35%, 2001 30% und in der ersten Jahreshälfte 2002 9%. Untersuchungen zufolge sind 51% der Freigesetzten der Staatsunternehmen über 3 Jahre freigesetzt, 50% sind länger als ein Jahr arbeitslos, ihr Durchschnittsalter liegt bei 40, 40% haben ein Bildungsniveau unter dem Rang der Unterstufe der Mittelschule und 50% sind Anlernlinge oder keine registrierten Techniker. Diese Leute sind kaum konkurrenzfähig auf dem Arbeitsmarkt, ihnen mangeln die Minimalbedingungen dafür, selber nach einem Beruf zu suchen, und bilden die am schwierigsten zu beschäftigenden Gruppen.

Für China, das sich gerade mit der Modernisierung beschäftigt und im Transformationsprozess seines Wirtschaftssystems befindlich ist, stellen die Erweiterung der Beschäftigung und die Förderung der Wiederbeschäftigung ein heikles und dringend zu lösendes Problem für die Regierungen aller Ebenen dar. Die im September 2002 einberufene „Nationale Arbeitskonferenz für die Wiederbeschäftigung“ forderte uns dazu auf, die Arbeit in Bezug auf die Beschäftigung und Wiederbeschäftigung auf die hohe Warte der Erhaltung der stabilen Gesamtsituation für Reform und Entwicklung sowie der Realisierung der langfristigen Herrschaft und dauerhaften Stabilität des Staates zu heben und sie als eine langfristige strategische Aufgabe und eine wichtige politische Aufgabe unablässig fest anzupacken. Gegenwärtig gilt es insbesondere, die Wiederbeschäftigung der Freigesetzten und Arbeitslosen der Staatsunternehmen zum Schwerpunkt der Schwerpunkte der gesamten Beschäftigungsarbeit zu betrachten.

2. Praxis und Effekt der aktiven Beschäftigungspolitik Chinas

Um das Problem der Beschäftigung und der Wiederbeschäftigung besser zu lösen, vertieft China einerseits die Reform des Wirtschaftssystems und des Beschäftigungssystems, damit der Markt schrittweise eine fundamentale Rolle bei der Allokation der Arbeitskräfteressourcen spielt, andererseits schafft es durch ein relativ schnelles Wirtschaftswachstum ein lockeres Umfeld für die Erweiterung der Beschäftigung und die Verwirklichung der Wiederbeschäftigung. Die marktorientierte Reform des Beschäftigungssystems und ein schnelles Wirtschaftswachstum haben die Gesamtzahl der Arbeitsplätze erhöht und sichergestellt, dass China das Problem der Beschäftigung der meisten neuen Arbeitskräfte und der Wiederbeschäftigung der freigesetzten Arbeiter relativ gut gelöst hat.

Was die Freigesetzten der Staatsunternehmen und die städtischen Arbeitslosen, die schwer wiederzubeschäftigen sind, betrifft, so hat die chinesische Regierung in den letzten Jahren die Erfahrungen des Auslandes in Bezug auf die Durchführung einer aktiven Beschäftigungspolitik als Beispiel herangezogen und in Übereinstimmung mit den spezifischen Gegebenheiten Chinas eine Reihe wichtiger Maßnahmen und Vorzugsbehandlungen ergriffen. (1) Die Beschäftigungsdienstleistungen tatkräftig entwickeln. Ein effizienter Arbeitsmarkt ist in der Lage, das Angebot an und die Nachfrage nach Arbeitskräften organisch miteinander zu verbinden, dabei spielen die Arbeitsvermittlung und Berufslenkung eine wichtige Rolle. Überall in China macht man aktiv Arbeitsvermittlung und Berufslenkung als Hauptinhalte der Beschäftigungsdienstleistungen. (2) Verstärkung der Planung und des Aufbaus von infrastrukturellen Einrichtungen wie dem Netzwerk der Arbeitsmärkte und Bemühungen um die Verbesserung der Qualifikation und Erhöhung des Niveaus der im Berufsdienstleistungssektor Tätigen. In den wichtigsten Städten sind zur Zeit bereits die vierschichtigen Dienstleistungsnetzwerke auf den Ebenen der Städte, Bezirke, Strassen und Kommunen aufgebaut worden. (3) Tatkräftige Unterstützung und Entwicklung verschiedenartiger Berufsausbildungen, zum Beispiel arbeitspostenbezogene Ausbildung, Ausbildung für Existenzgründungen, Ausbildung für spe-

zielle Projekte und so weiter. Die Berufsausbildung ist der Hauptinhalt der aktiven Beschäftigungspolitik, je nachdem, wie es den an der Ausbildung teilnehmenden Freigesetzten und Arbeitslosen steht, veranstaltet die Regierung aktiv Ausbildungskurse mit Marktpotential und gewährt eine gewisse finanzielle Unterstützung. (4) Innovationen bezüglich der Beschäftigungsinhalte und -formen werden angespornt, die flexible Beschäftigung und die „irreguläre Beschäftigung“ unterschiedlicher Formen werden mit aller Kraft vorangetrieben. (5) Die Regierung kauft gemeinnützige Arbeitsplätze, gewährt Beschäftigungszuschüsse, ermutigt die Unternehmen zur Beschäftigung von Freigesetzten und Arbeitslosen und reduziert in angemessener Weise das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit. (6) Den Kapital-Input in die Wiederbeschäftigungsarbeit verstärken. Neben den Mitteln aus dem Haushalt haben gesellschaftliche Kräfte wie Gewerkschaften, Frauenverbände, Unternehmen und so weiter auch erhebliche Summe investiert. (7) Unterstützung für Existenzgründungen. Die Regierungen und Abteilungen aller Ebenen haben freigesetzten Arbeitern und Arbeitslosen, die Existenzgründungen machen und selbständig nach einem Beruf suchen, Hilfe und Unterstützung in unterschiedlichen Formen gewährt, und zwar hinsichtlich der Ausbildung, der Projekte und des Zurverfügungstellens von Räumen. Die Arbeitskonferenz für die Wiederbeschäftigung im Jahre 2002 verlangte von den Regierungen aller Ebenen, einen Bürgschaftsfonds für Kleinkredite zu gründen, um Freigesetzten und Arbeitslosen zur Existenzgründung zu verhelfen.

Zugleich hat China eine Reihe Vorzugspolitik gegenüber Freigesetzten und Arbeitslosen gewährt, wenn sie Existenzgründungen machen oder als Einzelwirtschaftsführer tätig sind. (1) Die Steuerermäßigungs- und -befreiungspolitik. Wenn Freigesetzte Dienstleistungen für die Einwohner der Wohnviertel anbieten, kommen sie im Rahmen der vorgeschriebenen Steuerposten in der festgelegten Frist in den Genuss vorzüglicher steuerpolitischer Maßnahmen, dazu gehört die Befreiung von den Gewerbesteuern, den Einkommenssteuern, den Steuern für Erhaltung und Aufbau der Städte und den Zuschlägen zu den Erziehungskosten. (2) Vorzugspolitik in Bezug auf die gewerbliche Registrierung. Wenn Freigesetzte als Individuen den Betrieb des Gewerbes oder die Gründung privater Unternehmen beantragen, genießen sie im ersten Geschäftsjahr die Ermäßigung oder Befreiung von den administrativen Gebühren für die Verwaltung der Industrie und des Handels. Freigesetzte Arbeiter, die im Dienstleistungssektor für die Bewohner der Wohnviertel tätig sind, werden in den ersten 3 Jahren von den administrativen Gebühren für die Verwaltung der Industrie und des Handels befreit. (3) Vorzugspolitik hinsichtlich der administrativen Gebühren. Freigesetzte Arbeiter, die Dienstleistungen für die Bewohner der Wohnviertel anbieten, werden in den ersten 3 Jahren von den administrativen Gebühren für die Verwaltung der Industrie und des Handels befreit. Wenn freigesetzte Arbeiter als Individuum den Betrieb des Gewerbes, des häuslichen Handwerkes oder die Gründung privater Unternehmen beantragen, sollten die für die Industrie, den Handel, den Städtebau und so weiter zuständigen Behörden die einschlägigen Formalitäten rechtzeitig erledigen und die Antragsteller im ersten Geschäftsjahr von administrativen Gebühren wie zum Beispiel für die Verwaltung der Industrie und des Handels befreien. (4) Vorzugskreditpolitik. Die betroffenen Geschäftsbanken und Kreditgenossenschaften sollten Beschäftigungseinheiten wie mittelständische Unternehmen, Dienstleistungsunternehmen für Arbeit und Beschäftigung und so weiter, die freigesetzte Arbeiter der Staatsunternehmen aktiv aufnehmen, und freigesetzte Arbeiter, die in der Einzelwirtschaft tätig sind oder sich zur Gründung von Dienstleistungsunternehmen zusammenschließen, aktiv unterstützen, indem sie diese mit Krediten versorgen.

Für die Arbeit der Beschäftigung und Wiederbeschäftigung haben die oben genannten Maßnahmen der aktiven Beschäftigungspolitik eine positive Rolle gespielt. Von 1998 bis zur ersten Jahreshälfte 2002 konnten 17,26 Millionen freigesetzte Arbeiter der Staatsunternehmen wiederbeschäftigt werden, das waren 66% aller Freigesetzten im gleichen Zeitraum. Ohne die

aktive Arbeitspolitik wären viele von dieser Gruppe gezwungen, aus dem Arbeitsmarkt „auszutreten“, und langzeitige Empfänger der Fürsorge und Hilfe im Rahmen der Sozialversicherungen und des Sozialfürsorgesystems geworden. Das würde die Zahlung des Sozialabsicherungsfonds unter noch größeren Druck setzen und die gesellschaftliche Stabilität gefährden. Zwar mangelt es zur Zeit noch an allgemein anerkannten Schlussfolgerungen aus den Auswertungen der Ergebnisse der aktiven arbeitspolitischen Maßnahmen unterschiedlicher Typen. Als ganzes betrachtet zeitigte die aktive Arbeitspolitik dennoch bemerkenswerte Ergebnisse für die Überwindung der mittelfristigen und Langzeitarbeitslosigkeit und der Arbeitslosigkeit bei besonderen Gruppen.

3. Aufbau eines Sozialabsicherungssystems chinesischer Prägung

Bei der Beschäftigungs- und Wiederbeschäftigungsarbeit verbindet China einerseits das Vorantreiben der aktiven Wiederbeschäftigungspolitik mit der Regulierung der makroökonomischen Politik und treibt als ein Ganzes die marktorientierte Reform sowie das Wirtschaftswachstum voran, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, andererseits verbindet es die Durchführung der aktiven Beschäftigungspolitik mit der Vervollkommnung des Sozialabsicherungssystems, um den freigesetzten Arbeitern und Arbeitslosen das Existenzminimum zu gewährleisten, dadurch konnte vermieden werden, dass die chinesische Gesellschaft nicht wegen der großen Anzahl der Freigesetzten und Arbeitslosen in Unruhe gerät. Die Gesellschaft bleibt stabil und verschiedenartige Reformmaßnahmen werden reibungslos durchgeführt.

Bereits seit Ende der 80er Jahre hat China begonnen, die Reform des traditionellen Sozialabsicherungssystems, das die Arbeitseinheiten als das eigene Ressort verstand, zu erforschen. Zahlreiche im theoretischen Bereich Tätige haben eine Unmenge Forschungsarbeit geleistet. Viele Experten von der Chinesischen Akademie für Geisteswissenschaften haben auch unermüdliche Anstrengungen dazu unternommen, dazu zählten auch die systematischen Untersuchungen, die eine Gruppe unter meiner Leitung dank der Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Reform des chinesischen Sozialabsicherungssystems und zur aktiven Beschäftigungspolitik angestellt hatte, und viele von dieser Gruppe gemachte nützliche Vorschläge. Bis zum Ende der 90er Jahre haben sich der wesentliche Rahmen und das System der Sozialabsicherung auf den Gebieten Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung sowie Sozialhilfe herausgebildet.

Vor der Einführung der Reform und Öffnung gab es auch in China kein Arbeitslosenversicherungssystem, da Arbeitslosigkeit in sozialistischen Ländern theoretisch gelehnt wurde. Erst mit der Festlegung der Reformziele der sozialistischen Marktwirtschaft und der Erscheinung von Freigesetzten und Arbeitslosen hat die chinesische Regierung den Aufbau des Arbeitslosenversicherungssystems auf die Tagesordnung gesetzt, nun sind das System des grundlegenden Lebensunterhalts für freigesetzte Arbeiter der Staatsunternehmen, das Arbeitslosenversicherungssystem und das System des Existenzminimums für die städtische Bevölkerung (kurz das System der "drei Absicherungslinien" genannt) etabliert worden. Dadurch ist das fundamentale Leben der meisten Freigesetzten gesichert und zahlreiche Freigesetzte konnten über unterschiedliche Wege wiederbeschäftigt werden. Von 1998 bis 2001 hat China durch das "Dreifache Eindrittelsystem" 84,7 Milliarden Yuan aufgebracht und sie für die "drei Absicherungslinien", die Rente und die Krankenkosten ausgegeben. Davon hat der zentrale Haushalt 4,3 Milliarden Yuan ausgegeben und die lokalen Haushalte 21 Milliarden Yuan. Im Jahre

2002 sind die Ausgaben aus dem zentralen Haushalt auf 13,9 Milliarden Yuan geklettert, das war 1,83mal so viel wie 1998.

Seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts hat China auch das traditionelle Renten- und Krankenabsicherungssystem reformiert und die Entscheidung getroffen, das System der Betriebsrentenversicherung und der fundamentalen medizinischen Betreuung für städtische Arbeiter zu errichten, das durch die "Verbindung der einheitlichen Planung der Gesellschaft mit dem Individualkonto" gekennzeichnet ist. In den Jahren zwischen 1997 und 2002 hat die chinesische Regierung nacheinander eine Reihe politischer Maßnahmen und Verordnungen ausgearbeitet, wie die "Entscheidung über die Errichtung des einheitlichen Basisrentenversicherungssystems für die Belegschaft der Unternehmen", die "Entscheidung über die Errichtung des Basiskrankenversicherungssystems für städtische Arbeiter", "Bestimmungen über das Existenzminimum der städtischen Bevölkerung", "Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung", "Provisorische Bestimmungen über die Erhebung und Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge" und so weiter sowie den Gesamtrahmen eines neotypischen Sozialabsicherungssystems, insbesondere eines Sozialversicherungssystems, in groben Zügen geschaffen. Bis Ende 2001 waren 140 Millionen Leute in der Basisrentenversicherung, (über 21 Millionen mehr als im Jahre 1998), davon waren 10,802 Millionen aktive Beschäftigte und 33,81 Millionen Pensionierte und solche, die mit vollen Dienstbezügen in den Ruhestand traten. 72,86 Millionen waren in der Basiskrankenversicherung und 103,55 Millionen in der Arbeitslosenversicherung. In den 4 Jahren von 1998 bis 2001 wurden über 710 Milliarden Yuan Rente an Pensionierte und mit vollen Dienstbezügen in den Ruhestand Getretene ausgegeben, davon waren 86,1 Milliarden Yuan Zuschüsse aus dem zentralen Haushalt. Der Anteil der gesellschaftlich ausgezahlten Rente ist von 35% 1998 auf 98% 2001 gestiegen. Der Umfang der Einnahmen und Ausgaben des Arbeitslosen- und Krankenversicherungsfonds erweitert sich ständig. 2001 betragen die Einnahmen des Krankenversicherungsfonds 38,4 Milliarden Yuan, die Ausgaben lagen bei 24,4 Milliarden Yuan. Die Einnahmen des Arbeitslosenversicherungsfonds betragen 18,7 Milliarden Yuan, die Ausgaben 15,7 Milliarden. Von 1998 bis 2001 ist die Zahl der durch das Existenzminimum aufgefangenen städtischen Bevölkerung stieg von 1,84 Millionen auf 11,7 Millionen. In den 4 Jahren wurden insgesamt 11,55 Milliarden Yuan Absicherungsgelder vergeben, davon waren 3,5 Milliarden Yuan Zuschüsse aus dem zentralen Haushalt, 2002 waren es 4,6 Milliarden Yuan. Ende Juni 2002 waren 19,31 Millionen Städter Bezieher des Existenzminimums, der Input aus dem zentralen Haushalt übertraf die Marke von 10 Milliarden Yuan.

Seit Mitte der 90er Jahre haben die Wirtschaft und Gesellschaft Chinas eine tiefgreifende Entwicklung und Veränderung erlebt, diese Umwandlungen prägen die Arbeit und das Leben eines jeden Chinesen ganz tief. Die Durchführung der aktiven Beschäftigungspolitik und die Etablierung des Sozialabsicherungssystems als eine wichtige Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Übereinstimmung mit den Chinaspezifischen Gegebenheiten und für eine bestimmte Zeitperiode spielen eine äußerst wichtige Rolle in diesem Prozess historischer Umwandlungen. Selbstverständlich befindet sich China noch im Anfangsstadium der Etablierung der sozialistischen Marktwirtschaft, der neu gegründete Grundrahmen des neotypischen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialabsicherungssystems ist noch unvollständig, so gehen zum Beispiel die Meinungen zur Bewertung des "Individualkontos" in der Basisrenten- und Basiskrankenversicherung weit auseinander. Manche politische Maßnahmen und Verordnungen werden nicht ganz korrekt in die Tat umgesetzt. Zum Beispiel kommen nur 18,4% der Freigesetzten und Arbeitslosen in den Genuss der Vorzugpolitik der Steuerbefreiung und -ermäßigung. lediglich 7,6% kamen in den Genuss der Kleinkredite. All diese Probleme bedürfen der schrittweisen Lösung im Prozess weitergehender Vertiefung der Reformen. Die 2001 in der Provinz Liaoning versuchsweise eingeleitete umfassende Reform der Sozialabsiche-

zung ist so ein Versuch, das Sozialabsicherungssystem zu vervollständigen. Wir müssen begleitende Untersuchungen anstellen und ihre Rolle, Wirkungen sowie Bedeutung für den Aufbau des landesweiten Sozialabsicherungssystems erforschen.

Damit möchte ich meinen Vortrag abschließen. Ich hoffe, Ihr Interesse und Ihre Beachtung geweckt zu haben und beim Austausch und bei der Zusammenarbeit zwischen China und Deutschland im Bereich der Beschäftigung und des Sozialabsicherungssystems behilflich sein zu können.

Vier T h e s e n zum Thema „Die Gesellschaft als Faktor des Wandels in China“

- Georg Jarzembowski -

Vorbemerkungen

Noch vor einigen Jahren hätte eine derartige Podiumsrunde wohl mit einem längeren ideologischen Streitgespräch über den Begriff „Gesellschaft“ begonnen. Dies dürfte heute nicht unbedingt erforderlich sein.

Für meine Ausführungen gehe ich von einer Begrifflichkeit aus, die unter „Gesellschaft“ unterschiedliche Gruppen von Menschen in einem Gemeinwesen versteht, die sich aus wirtschaftlichen, religiösen, politischen oder sonstigen Gründen vorübergehend oder auf Dauer zusammengefunden haben.

Als Christdemokrat bin ich konsequenterweise der Auffassung, dass der einzelne Mensch und die einzelne gesellschaftliche Gruppe, der sich der Einzelne angeschlossen hat, frei von jeglichem staatlichem Druck sein müssen, den Wandel in einer Gesellschaft, aber auch den Wandel in einem Staatswesen zu beeinflussen.

1. T h e s e: Aufgeschlossene Parteimitglieder drängen auf den Wandel des politischen Systems.

Das Selbstverständnis der Kommunistischen Partei Chinas hat sich bereits in den letzten Jahren radikal verändert. Aus Anlass des 80. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei verkündete Staats- und Parteichef Jiang Zemin in seiner Rede am 1. Juli 2001 die These von den sogenannten „Drei Vertretungen“ (sange daibiao). Die Partei repräsentiere die Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte Chinas, die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung Chinas.

Neuerdings erlaubt und fördert die Kommunistische Partei Chinas sogar die Parteimitgliedschaft von Privatunternehmern.

Zudem hat die Kommunistische Partei inzwischen das private Eigentum sowohl an Grund und Boden wie auch an Wirtschaftsunternehmen zugelassen. Das spektakulärste Zeichen für letztere Entwicklung ist die Börse in Shanghai.

Bei Wahlen zu Gemeindevertretungen dürfen sich sogar unabhängige Kandidaten zur Wahl stellen und gewählt werden.

Mit diesen Entwicklungen haben führende Mitglieder der Kommunistischen Partei prinzipiell das Monopol auf die staatliche Lenkung der Wirtschaft sowie auf unterster Ebene auch auf die staatliche Willensbildung aufgegeben.

Allerdings schrecken selbst aufgeschlossene Mitglieder der Kommunistischen Partei, die der alleinige politische Faktor in China bleibt, noch davor zurück, andere wirklich unabhängige Parteien zuzulassen. Gerade mit der Aufnahme von Unternehmern in die Kommunistische Partei, versucht diese ihren Alleinvertretungsanspruch aufrecht zu erhalten. Doch wenn der Generalsekretär erklärt, die Kommunistische Partei Chinas müsse die breiten Bevölkerungs-

schichten vertreten, gibt er letztlich indirekt zu, dass die Vertretung kleinerer Bevölkerungsgruppen anderen Organisationen überlassen bliebe.

2. T h e s e: Marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsmanager fordern mehr Freiheit in der Wirtschaft.

Bereits heute kontrollieren Joint-Ventures und Privatunternehmen mindestens ein Drittel der Wirtschaft der Volksrepublik. Ferner räumen Parteimitglieder ein, dass neue Arbeitsplätze keineswegs in den Staatsbetrieben entstehen werden, deren Umgestaltung aus Furcht vor der Freisetzung enormer Zahlen von Arbeitnehmern vorläufig gestoppt worden ist. Für die Schaffung neuer Arbeitskräfte setzt die Kommunistische Partei auf die weitere Schaffung von Privatunternehmen und Joint-Ventures.

Doch mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO entsteht ein weiterer politisch-wirtschaftlicher Druck auf die Umstrukturierung der Staatsbetriebe – insbesondere durch das Verbot von wettbewerbsverzerrenden Subventionen - und auf die Zulassung privatwirtschaftlich geführter Unternehmen in China. Da zudem für die Entwicklung marktwirtschaftlich geführter Unternehmen der Zufluss ausländischen Kapitals - das in breitem Maße bereitsteht - erforderlich ist, fordern Wirtschaftsmanager ein offenes und dereguliertes Wirtschaftssystem, den Stop der Gängelung der Unternehmen durch staatliche Bürokratien sowie die effektive Bekämpfung der Korruption in der Volksrepublik China.

3. T h e s e: Religiöse Gruppen fordern Religions- und Kulturfreiheit.

Auch wenn sie in China als kriminelle Organisation eingestuft wird, so muss doch die „Falun Gong“-Bewegung als eine gesellschaftlich-religiöse Breitenbewegung gesehen werden, zumal sie sich - anders als die kleinen Gruppen der protestantischen und katholischen Bewegungen - als eine spezifisch chinesische Art einer religiösen Betätigung darstellt. Selbst wenn sie wohl zum Teil durch ihre außerhalb Chinas befindliche Zentralorganisation gesteuert wird, so ist die „Falun-Gong“-Bewegung doch durch ihre inhaltliche Verbindung von buddhistischen und taoistischen Grundlehren eine auf breite Zustimmung der Bevölkerung stoßende Bewegung. Unabhängig von spektakulären Aktionen – wie der vorübergehenden Verbreitung ihrer Auffassung in regionalen Kabelfernsehsystemen – wird die Falun Gong-Bewegung kaum durch staatliche Repressionen unterbunden werden können. Vielmehr fordert die staatliche Repression dieser religiösen Gruppe deren Anhänger nur heraus, auch politische Forderungen neben denen nach Religions- und Kulturfreiheit zu erheben.

Wie die ersten halboffiziellen Gespräche der Pekinger Regierung mit Vertretern des Dalai Lama andeuten, könnte die chinesische Regierung tatsächlich zur Einräumung gewisser religiöser und kultureller Freiheiten zumindest in Teilen Chinas bereit sein.

Als Christdemokrat fühle ich mich an dieser Stelle aufgefordert, meine Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, dass die Unterdrückung der dem Vatikan sich zugehörig fühlenden Katholischen „Untergrundkirche“ inakzeptabel ist. Eine Religionsgemeinschaft wie die Katholische Kirche muss im Rahmen der Religionsfreiheit die Möglichkeit haben, ihre inneren Angelegenheiten wie die Berufung von Bischöfen als Teil der Weltkirche unter der Führung des Papstes zu regeln.

4. T h e s e: Die Nutzer des Internets fordern faktisch die Informationsfreiheit in China.

In absoluten Zahlen dürften die chinesischen Bürger bereits Platz 3 in der Nutzung des Internets erreicht haben. Mit dem Zugang zum Internet ist zu einem erheblichen Teil bereits das Informationsmonopol der Kommunistischen Partei über Rundfunk und Zeitungen ausgehöhlt.

Auch wenn immer wieder unter Hinweis auf Baufälle von Internet-Cafés und unter Hinweis auf separatistische sowie terroristische Tendenzen im Internet die staatlichen Institutionen in China den Internetzugang zu kontrollieren versuchen, so wird es ihnen auf Dauer nicht gelingen. Dies gilt umso weniger als die Kommunistische Partei die Nutzung des Internets für die Ausbildung der jüngeren Generation an Schulen und Universitäten fördert und sogar verbreitern will. Im Rahmen natürlich zulässiger Beschränkungen wie etwa des Jugendschutzes, muss der Zugang zum Internet als Teil der Informationsfreiheit unbeschränkt bleiben.

Zumal da sich die Internetnutzung letztlich durchsetzen wird, sollte in China auch eine pluralistische Öffnung von Rundfunk- und Zeitungswesen gestattet werden.

Schlussbemerkungen:

Wie die Einzelthesen belegen, befindet sich die Gesellschaft im Wandel von einer autoritär geführten Gesellschaft zu einer pluralistischen Gesellschaft.

Diese sich immer stärker pluralistisch entwickelnde Gesellschaft drängt zugleich auf den Wandel des Staatswesens. Das Staatswesen, das die Wirtschaft in China bereits in Richtung eines wettbewerbsorientierten und liberalisierten Wirtschaftsraumes entwickeln lässt, sollte sich auch im politischen Bereich den Entwicklungen nach den konstitutiven Grundfreiheiten für ein Gemeinwesen aktiv öffnen – von der Religions- und Kulturfreiheit über die Informationsfreiheit hin zu einem pluralistischen Parteiensystem.

Fundamentale Strukturänderungen beim Aufbau des Rechtsstaats

- Christiane Wendehorst -

Die Problematik des chinesischen Rechtsstaatsbegriffs lässt sich nicht auf eine einzige Formel bringen. Aber wenn man diese Problematik mit wenigen Worten charakterisieren möchte, dann scheint doch eines zentral zu sein: Die Frage nach dem Verhältnis zwischen Mensch und Gesetz. Ich möchte im folgenden drei Facetten dieses Verhältnisses kurz beleuchten, die jeweils zugleich eine fundamentale Strukturänderung beim Aufbau des Rechtsstaats bedeuten.

1. Gesetzesherrschaft versus Personenherrschaft

Jahrhunderte- und jahrtausendlang war das Problem auf den Gegensatz zwischen Herrschaft durch Personen (*ren zhi*) und Herrschaft durch Gesetze (*fa zhi*) zugespitzt. Die heftige Auseinandersetzung zwischen Konfuzianern einerseits und Legisten andererseits erlebte in der Zeit vom 5. bis 3. vorchristlichen Jahrhundert einen Höhepunkt. Dabei musste die konfuzianische Gedankenwelt, die auf den Elementen der Hierarchie und Harmonie sowie der Vorstellung vom guten Menschen aufbaute, für eine Herrschaft durch moralisch vorbildliche Personen eintreten, während die Gegenansicht das gesamte Staatswesen durch strenge Gesetze ordnen wollte. Die konfuzianische Tradition und ihre Vorstellung vom *ren zhi*, also von der Personenherrschaft, sollte im traditionellen chinesischen Rechtsdenken letztlich die Oberhand behalten. Zwar kennt dieses traditionelle Rechtsdenken durchaus Gesetze (*fa*), jedoch stehen diese zur vollen Disposition der jeweils Herrschenden, sind im wesentlichen auf Strafrecht beschränkt und gegenüber überlieferten Verhaltensnormen (*li*) von untergeordneter Bedeutung. Nach einer relativ kurzen Phase westlich-orientierter Gesetzgebungstätigkeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde der Gedanke der Personenherrschaft und des Personenkults – wenn auch unter ganz anderen Vorzeichen – unter Mao Zedong wieder absolut dominierend, was durch Maos berühmte Worte „*Wu fa, wu tian*“ („Ich bin ohne Gesetz und ohne Himmel.“) anschaulich belegt wird.

Erst in der Ära Deng Xiaoping zeichnete sich eine Wende an. Nachdem in der Volksrepublik China die Debatte um den Vorrang von *ren zhi* oder *fa zhi* öffentlich geführt wurde und den Jahren von 1979 bis 1981 einen neuen Höhepunkt erreichte, setzte sich endgültig der Gedanke durch, dass das Staatswesen durch Gesetze zu ordnen sei, denen sich prinzipiell auch die Regierenden unterzuordnen haben. Die negativen Konnotationen, die stets mit Gesetzesrecht (*fa*) im Gegensatz zu überlieferten Verhaltensnormen (*li*) verbunden waren, wurden zunehmend zurückgedrängt und machten einem neuen Gesetzesoptimismus Platz.

2. Instrumentalität versus Unverfügbarkeit des Rechts

Waren die Vorzüge einer Gesetzesherrschaft gegenüber einer Personenherrschaft grundsätzlich festgestellt, blieb damit das Verhältnis zwischen Mensch und Gesetz doch immer noch in vielen Punkten unklar. Für Konfliktstoff sorgte und sorgt vor allem die weitere Frage, inwieweit das Recht instrumentellen Charakter trägt und für die rechtsetzenden Organe des Staates beliebig verfügbar ist. Sehr anschaulich wird dieses Problem anhand der vielen Diskussionen zwischen chinesischen und westlichen Juristen, ob man den chinesischen Rechtsstaatsbegriff *fa zhi guo jia*, wie er auch in der chinesischen Verfassung verankert ist, in englischer Sprache nun als *rule of law* oder als *rule by law* übersetzen soll. Zwischen beiden Übersetzungen besteht nämlich inhaltlich ein kleiner und sehr feiner Unterschied: Während der Begriff *rule of law* eine gewisse Unverfügbarkeit des Rechts impliziert und individuelle Rechtspositionen des einzelnen betont, reduziert der Begriff *rule by law* – jedenfalls bei böswilliger Betrachtung

tung durch westliche Juristen – das Recht auf ein opportunes Instrument zur Erreichung politischer oder wirtschaftlicher Ziele.

Dieser Gegensatz liegt gelegentlich wie ein Schatten über jedem Dialog, der zwischen chinesischen und westlichen Juristen über Fragen der Rechtsstaatlichkeit geführt wird, und wird bei solchen Dialogen gerne entweder negiert oder aber überbetont. Wie dem auch immer sei: Die *rule of law / rule by law*-Debatte sollte jedenfalls nicht den Blick darauf verstellen, dass das chinesische Rechtssystem innerhalb kürzester Zeit Entwicklungen durchgemacht hat, die in westlichen Rechtssystemen mehrere Jahrhunderte gedauert haben. Aus dem Kreis der möglichen Beispiele möchte ich hier nur den Bereich des verwaltungsrechtlichen Rechtsschutzes erwähnen, als dessen wichtigste Entwicklungsschritte das Verwaltungsprozessgesetz von 1989, das Staatshaftungsrecht von 1994, das Verwaltungsstrafgesetz von 1996 oder das Verwaltungswiderspruchsgesetz von 1999 hervorzuheben sind. Auch wenn in der Praxis hier noch viele Defizite bestehen mögen, bleibt der Paradigmenwechsel doch unverkennbar.

3. Geschriebener versus gelebter Rechtsstaat

Ich möchte hier das Augenmerk vor allem auf eine dritte Dimension des Verhältnisses zwischen Mensch und Gesetz lenken, die sich in den letzten zwei Jahrzehnten immer mehr als problematisch herauskristallisiert hat. Sie betrifft nicht – wie noch zu Zeiten der Debatte zwischen Personenherrschaft und Gesetzesherrschaft – eine *Unterbewertung* des Gesetzes, sondern seine *Überbewertung* im Verhältnis zum Faktor Mensch.

In der Volksrepublik China gibt es derzeit sicherlich nicht zu wenig Gesetze, eher im Gegenteil. Die Vielzahl der auf einen Sachverhalt anwendbaren Normen, die oft von unterschiedlichen rechtsetzenden Organen auf unterschiedlichen Ebenen formuliert werden und sich nicht selten widersprechen, hat u.a. im Jahre 2000 zum Erlass des Gesetzgebungsgesetzes (*lifa fa*) geführt. Inwieweit dieses Gesetz in der Lage ist, die auftretenden Normenkonflikte zu lösen, wird sich in der Praxis allerdings erst noch erweisen müssen. Die Gesetze der Volksrepublik China sind als solche vielfach auch keine schlechten Gesetze. Die wichtigsten Regelwerke entsprechen in Systematik und Gehalt sehr wohl internationalem Niveau, und die Rechtsvergleichung zeigt, dass sich einiges, was wir Deutsche gerne als unverzichtbares Merkmal einer rechtsstaatlichen Ordnung betrachten, dem Buchstaben nach im Rechtssystem mancher EU-Mitgliedstaaten ebenso wenig findet.

Grundproblem des chinesischen Rechts ist vielmehr, dass es weder genug Menschen gibt, die dieses Recht in Justiz und Verwaltung fachgerecht anwenden können, noch genug Menschen, die in seinem Bewusstsein leben und zur Kontrolle und Durchsetzung des Rechts von unten in der Lage sind. Das drängendste Problem beim Aufbau des Rechtsstaats ist also nicht mehr so sehr ein Problem der prinzipiellen Akzeptanz des Rechts als Ordnungsinstrument oder ein Problem der Qualität der Gesetze, sondern vielmehr ein Bildungsproblem.

Was zunächst diejenigen Menschen betrifft, die das Recht anwenden müssen, so kann das Gesagte exemplarisch anhand der Richterschaft verdeutlicht werden. Bis zum Erlass des Richtergesetzes von 1995 war juristisches Fachwissen keine Voraussetzung für die Einstellung als Richter. Auch seit 1995 ist ein volles Jurastudium nicht zwingend vorausgesetzt, sondern genügt bei Nachweis juristischer Fachkenntnisse gegebenenfalls ein sonstiger Hochschulabschluss. Weniger als 10% der chinesischen Richter haben ein Jurastudium absolviert. Selbst diejenigen, die ein solches Studium absolviert haben, sind dabei auf die sinnvolle und kritische Auslegung oder gar auf die richterliche Fortbildung des Gesetzes nicht vorbereitet worden. Vielmehr dominiert an den Universitäten noch der Frontalunterricht, bei dem die

kritiklose Wiedergabe auswendig gelernter Fakten im Vordergrund steht. Vordringliche Aufgabe für die nächsten Jahre und Jahrzehnte wird es sein, eine hinreichend breite Schicht hochqualifizierter junger Juristen und Juristinnen auszubilden, die dann nicht nur in der Wirtschaft, sondern vor allem in der Justiz und in der Verwaltung eingesetzt werden und dort einen Generationswechsel bewirken. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung war im März dieses Jahres die Einführung eines einheitlichen Staatsexamens für alle juristischen Berufe, das unter der Leitung des Justizministeriums mit Beteiligung des Höchsten Volksgerichts und der höchsten Staatsanwaltschaft durchgeführt wird und dessen Niveau wesentlich angehoben wurde. Der juristischen Ausbildung sollte auch im Rahmen der Rechtsstaatsdialoge, die China mit verschiedenen westlichen Staaten führt, eine hervorgehobene Rolle zukommen.

Recht lebt aber nicht nur durch die Menschen, die es in Justiz und Verwaltung anwenden. Es lebt vor allem durch die Menschen, die ihm unterworfen sind, die das Recht zu befolgen haben und die im eigenen Interesse auf seine Durchsetzung und Kontrolle dringen. Hier steht China vor einem weiteren, noch viel größeren Bildungsproblem, das nicht nur etwas mit der Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten, sondern mit der Vermittlung von Überzeugung zu tun hat. Solange es nicht gelingt, in breiten Bevölkerungsschichten ein neues Rechtsbewusstsein zu etablieren, werden sämtliche gesetzliche Reformen reines Papierwerk bleiben. Für dieses neue Rechtsbewusstsein ist es unabdingbar, dass die Menschen – egal ob Stadtbevölkerung oder Landbevölkerung – ihre subjektiven Rechte und die Möglichkeiten kennen, diese subjektiven Rechte durchzusetzen. Es ist weiterhin erforderlich, dass das Vertrauen in staatliches Recht und die Bedeutung des staatlichen Rechts im Vergleich zu anderen Verhaltensnormen gestärkt wird. Schließlich muss sich ein neues Moralbewusstsein in der Bevölkerung entwickeln, das an den geltenden Rechtsnormen anknüpft und deren Befolgung als Notwendigkeit und als Wert an sich begreift.

Diese dritte, wirklich fundamentale Strukturänderung beim Aufbau des Rechtsstaats gehört zu den größten Herausforderungen, denen sich die VR China in den nächsten Jahren zu stellen hat.

Fundamentale Strukturänderungen beim Aufbau des Rechtsstaats

- Hans-Holger Herrfeld -

Der im Jahre 1999 auf Initiative von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Ministerpräsident Zhu Rongji ins Leben gerufene deutsch-chinesische Rechtsstaatsdialog soll einen Beitrag zur Unterstützung rechtsstaatlicher Reformen in der Volksrepublik China leisten. Auf Grundlage der im Juni 2000 unterzeichneten Vereinbarung über den Austausch und die Zusammenarbeit im Rechtsbereich haben beide Koordinatoren des Rechtsstaatsdialogs ein Zweijahresprogramm ausgearbeitet, das insgesamt 18 Projekte der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit umfasst. Diese Projekte betreffen unterschiedliche Rechtsbereiche und dienen zumeist der Unterstützung der chinesischen Projektpartner bei ganz bestimmten Reformvorhaben im Bereich der Gesetzgebung oder der Justiz- und Verwaltungsorgane. Träger der Projekte sind neben dem Bundesministerium der Justiz insbesondere das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium des Innern und das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Auch unterschiedliche Institutionen der Zivilgesellschaft wirken an der Umsetzung der Projekte mit.

Tragendes Element und Leitlinie der Projekte sind der Ausbau des Rechtsstaats, der Schutz der Menschenrechte und die Stärkung des Individualrechtsschutzes. Sie leisten mithin einen Beitrag zu den fundamentalen Strukturveränderungen beim Aufbau des Rechtsstaats in der Volksrepublik China. Ich will im Folgenden anhand von einigen Beispielen erläutern, um welche unterschiedlichen Aspekte des Aufbaus des Rechtsstaats es dabei geht.

1. Rechtsstaatliche Aspekte im Vertikalverhältnis

(1) Gesetzesgebundenheit der Verwaltung

Im Verhältnis zwischen Bürger und Staat ist kennzeichnend für den Rechtsstaat, dass die Verwaltung dem Gesetz unterworfen ist. Insbesondere darf in Rechte des Einzelnen nur durch oder aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden, dabei ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel zu beachten. Die Behörden dürfen nicht willkürlich dem Bürger oder Unternehmen etwas verbieten oder eine begehrte Erlaubnis versagen. Die Beamten dürfen auch nicht ungesetzliche „Gebühren“ verlangen für eine Genehmigung, auf die der Bürger einen Anspruch hat.

Dieses formale Element eines Rechtsstaats ist außerordentlich wichtig und unsere chinesischen Gesprächspartner weisen immer wieder darauf hin, dass es in diesem Bereich in der VR China noch Probleme gibt – insbesondere auch, aber nicht nur bei Entscheidungen von Provinzbehörden.

Auch der deutsch-chinesische Rechtsstaatsdialog dient dazu, die chinesische Regierung bei ihren Bemühungen zu unterstützen, im Bereich des materiellen Verwaltungsrechts ebenso wie des Verwaltungsverfahrensrechts die notwendigen gesetzlichen Regelungen zu schaffen bzw. zu modernisieren und so auszugestalten, dass der Verwaltung ein gesetzlicher Handlungsrahmen vorgegeben wird, auf dessen Beachtung durch die Verwaltung sich Bürger und Unternehmen verlassen können. Ziel ist der Abbau von Bürokratie, die Beseitigung unnötiger Genehmigungserfordernisse oder anderer Verwaltungsentscheidungen sowie die Herstellung von mehr Rechtssicherheit. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich in Zusammenarbeit mit der CASS gerade in diesem Bereich besonders engagiert.

(2) Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes gegenüber der Verwaltung

Auch die Stärkung des Rechtsschutzes gegenüber der Verwaltung ist Gegenstand der Zusammenarbeit im deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialog. Mit dem Gesetz zur Überprüfung des Verwaltungshandelns – oder auch Verwaltungswiderspruchsgesetz – von 1999 und dem Verwaltungsprozessgesetz von 1989 hat die VR China bereits eine wichtige Grundlage dafür gelegt, dass Bürger und Unternehmen, Verwaltungsentscheidungen und andere Handlungen der Verwaltungsbehörden von einem Gericht daraufhin überprüfen lassen können, ob sie den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs ist vorgesehen, dass wir auch bei der in den kommenden Jahren anstehenden Reform des Verwaltungsprozessgesetzes von 1989 zusammenarbeiten.

Wichtig für einen effektiven Rechtsschutz gegenüber der Verwaltung ist dabei auch, dass die Prüfungskompetenz der Gerichte in einem angemessenen Verhältnis zu den der Verwaltungsbehörden eingeräumten Entscheidungsbefugnissen steht. Auch ein formal bestehendes Recht des Bürgers auf gerichtliche Überprüfung des Verwaltungshandelns nützt dem Bürger nichts, wenn die Gesetze so formuliert sind, der Verwaltung ein so großer Handlungsspielraum belassen wird, dass die gesetzlichen Vorschriften nicht als Maßstab für die Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns genutzt werden können.

Dazu muss ein solcher gesetzlicher Handlungsrahmen für die Verwaltung hinreichend genau und transparent sein. Er muss zugleich der Verwaltung notwendige Ermessensspielräume geben. Nicht alles kann von den gesetzgebenden Organen vorhergesehen und vorbestimmt werden. Durch geeignete Maßnahmen innerhalb der Verwaltung und durch Bereitstellung der notwendigen Institutionen und Verfahren zur Gewährleistung eines effektiven Rechtsschutzes muss aber gesichert sein, dass ein solches Ermessen von den Beamten nicht willkürlich oder nach Maßgabe gesetzlich nicht vorgesehener Zwecke ausgeübt wird.

(3) Bindung des Gesetzgebers an die Menschenrechte

So wie die Verwaltung im Rechtsstaat an die Gesetze gebunden ist, unterliegt nach unserer Vorstellung auch der Gesetzgeber einer Bindung. Zu unserem Verständnis des Rechtsstaats gehört neben den o.g. genannten formalen Aspekten auch und gerade eine materielle Bindung der Staatsgewalt, nämlich die Verpflichtung des Staates zur Achtung und Gewährleistung der grundsätzlich auch seiner Verfügungsgewalt entzogenen Menschenrechte. „Staatliche Achtung“ heißt dabei auch: Achtung durch den Gesetzgeber. Die Menschenrechte werden dem Menschen nicht erst durch den Gesetzgeber verliehen und dürfen ihm daher auch nicht durch den Gesetzgeber genommen werden. Er gewährt die Menschenrechte nicht; seine Aufgabe ist es, sie zu gewährleisten, d.h. sie zu schützen. Gerade dies macht den Staat zum Rechtsstaat.

Recht ist nämlich nach unserem Verständnis mehr als nur die äußere Form, in welcher die vom Parlament getroffenen Entscheidungen für allgemein verbindlich erklärt werden. Auch der Staat selbst, und das heißt eben auch der Gesetzgeber selbst, ist an ihm vorgegebene Rechte gebunden. Auch er unterliegt bestimmten, in den in-

ternational anerkannten Menschenrechten zum Ausdruck kommenden Grundprinzipien.

Und dabei geht es wohlgernekt jedenfalls nach unserem Verständnis nicht nur um die sogenannten „klassischen“ oder „bürgerlichen“ Freiheitsrechte, die in der Regel der Abwehr unzulässiger Eingriffe des Staates in die Rechte des Einzelnen dienen, sondern auch um die sozialen Aspekte des Rechtsstaats, namentlich den Auftrag an den Staat, an der Gestaltung der Sozialverhältnisse mitzuwirken, insbesondere im Interesse der sozial Schwächeren und der Förderung der Benachteiligten.

Die Volksrepublik China hat zwei wesentliche völkerrechtliche Instrumente des universellen Schutzes der Menschenrechte unterzeichnet, nämlich den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte („Zivilpakt“) sowie den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte („Sozialpakt“). Während der Sozialpakt von der VR China bereits ratifiziert und damit in der VR China in Kraft getreten ist, läuft das Ratifikationsverfahren für den wichtigen Zivilpakt noch und es ist zu wünschen, dass dieses Verfahren ebenfalls möglichst bald abgeschlossen werden kann.

Fragen des Menschenrechtsschutzes sind daher immer wieder auch Gegenstand von Gesprächen im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs. Besonders die Friedrich-Ebert-Stiftung hat diesem Themenkomplex ein eigenes Projekt gewidmet. Aber auch bei zahlreichen anderen Projekte des Rechtsstaatsdialogs spielt der Schutz der Menschenrechte eine wichtige Rolle.

2. Rechtsstaatliche Aspekte im Horizontalverhältnis

(1) Gesetzgeberischer Ordnungsrahmen für die soziale Marktwirtschaft

Rechtsstaatliche Reformen bringen auch erhebliche Änderungen im Horizontalverhältnis, also im Verhältnis zwischen den Bürgern und zwischen den – privaten – Unternehmen sowie im Verhältnis zwischen Unternehmen und Verbrauchern, mit sich. Eine Marktwirtschaft baut entscheidend auf der freien Entfaltungsmöglichkeit des Individuums, der am Markt teilnehmenden Bürger und Unternehmen. Dazu bedarf es eines geeigneten gesetzgeberischen Ordnungsrahmens im Bereich des Privatrechts, insbesondere des Vertragsrechts, des Sachenrechts, des Personen- und des Gesellschaftsrechts sowie des Urheberrechtsschutzes und des gewerblichen Rechtsschutzes.

Dieser gesetzliche Rahmen muss den Marktteilnehmern einerseits genügend Freiräume für ihre private und wirtschaftliche Betätigung geben und so die Privatautonomie gewährleisten. Er muss andererseits so gestaltet sein, dass Bürger und Unternehmen die notwendige Rechtssicherheit vorfinden und auf Grundlage gesicherter rechtlicher Rahmenbedingungen Entscheidungen treffen können. Dazu müssen die Privatrechtsnormen so formuliert sein, dass sie bestimmte und auch für die Betroffenen klar erkennbare Rechtsfolgen haben, dass die Privatrechtsordnung frei von Widersprüchen ist und ein möglichst hohes Maß an Stabilität der rechtlichen Rahmenbedingungen gewährleistet.

Auch die Reform des Zivil- und Wirtschaftsrechts ist daher wesentlicher Gegenstand der Projekte im deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialog. Hier leistet wiederum die Zusammenarbeit zwischen der KAS und der CASS einen wichtigen Beitrag. Auch

die GTZ ist im Bereich der Reform des Wirtschaftsrechts der VR China stark engagiert.

(2) Selbstorganisation der Wirtschaft – Rechtsaufsicht des Staates

Eine rechtsstaatliche Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Marktwirtschaft erfordert auch, eine vernünftige Balance zu finden zwischen notwendigen Freiräumen für die Selbstorganisation der Wirtschaft einerseits und staatlicher Aufsicht über die Wirtschaft andererseits. Das gilt ebenso für Industrie und Handel wie auch für den Dienstleistungssektor etwa im Bereich der Medien und der in Deutschland so bezeichneten „freien Berufe“, also etwa der Ärzte, der Rechtsanwälte und der Wirtschaftsprüfer.

Ein wichtiges Projekt im Rechtsstaatsdialog ist daher das vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag mit der Allchinesischen Vereinigung für Industrie und Handel sowie der Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel durchgeführte Projekt über Handelskammern und Berufs- und Fachverbände, das zum Aufbau eines Systems von Kammern und Verbänden der Wirtschaft in der VR China beitragen soll.

(3) Gewährleistung der Rechtsverfolgung durch eine effektive Zivilgerichtsbarkeit und Zwangsvollstreckung

Zur rechtsstaatlichen Ausgestaltung der Horizontalbeziehungen gehört auch, dass der Staat die notwendigen Institutionen und Verfahren für eine friedliche Beilegung zivilrechtlicher Streitigkeiten bereitstellt. Erforderlich dazu ist eine effektive Zivilgerichtsbarkeit und ein Zivilverfahrensrecht, das dem Grundsatz der Privatautonomie Rechnung trägt. In einem Rechtsstaat soll es grundsätzlich dem Bürger bzw. dem Unternehmen selbst überlassen bleiben, zu versuchen, seine privatrechtlichen Ansprüche gerichtlich geltend zu machen und durchzusetzen. So wie der Grundsatz der Privatautonomie im Bereich des materiellen Zivilrechts nach einer möglichst umfassenden Vertragsfreiheit der Marktbeteiligten verlangt, so gilt für das Verfahrensrecht, dass Kläger und Beklagte im Prozess ihre Rechte selbst wahrnehmen sollen und es nicht Aufgabe des Staates ist, den Bürger in der Wahrnehmung seiner Rechte zu bevormunden. In China sind mit der Reform des Zivilprozessgesetzes im Jahre 1991 jedenfalls im Bereich der gesetzlichen Vorgaben für die zivilgerichtlichen Verfahren bereits wesentliche Fortschritte gemacht worden, in dem die früher aktive Rolle des Richters bei der Tatsachenfeststellung und der Beweiserhebung zurückgenommen wurde zugunsten des Verhandlungsgrundsatzes und der Dispositionsmaxime, die die Rolle der am Prozess beteiligten Parteien in den Vordergrund stellen.

Die Möglichkeit für die Rechtsverfolgung vor den Zivilgerichten nützt dem Kläger aber nichts, wenn es ihm auch im Fall eines Obsiegens vor Gericht im Ergebnis nicht gelingt, den ihm zugestandenen Anspruch auch in einem rechtsförmlichen Verfahren durchzusetzen. Wesentlich für die rechtsstaatliche Ausgestaltung der Zivilrechtsbeziehungen ist daher auch ein funktionsfähiges System der Zwangsvollstreckung. Hier weisen unsere chinesischen Gesprächspartner immer wieder auf noch bestehende Probleme hin, nicht zuletzt solche mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbare Phänomene wie die der Korruption und des Lokalpatriotismus – hier der immer wieder anzutreffenden Verweigerung der Zwangsvollstreckung durch ortsfremde gegen ortsansässige Unternehmen.

Im Rahmen des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs bemühen wir uns, in Zusammenarbeit mit dem Obersten Volksgericht auch auf diesem Gebiet einen Beitrag zu den notwendigen Reformen zu leisten. Ein wichtiges Projekt, an dem wir z.Zt. gemeinsam arbeiten, ist die vorgesehene Reform des Zwangsvollstreckungsrechts in der VR China.

3. Institutionelle Aspekte beim Aufbau des Rechtsstaats

(1) Unabhängigkeit der Justiz

Unverzichtbar in einem Rechtsstaat erscheint aus unserer Sicht eine wirklich unabhängige Justiz sowie die Gewährleistung der Unabhängigkeit auch des einzelnen Richters. Der einzelne Richter muss in seiner Entscheidungspraxis ebenso unabhängig und von jeder Weisungsgebundenheit frei sein wie dies auch für jedes Gericht im Verhältnis zu dem nächsthöheren Instanzgericht und für die Justiz insgesamt im Verhältnis zur Exekutive und Legislative gelten muss. Jede gerichtliche Instanz muss unabhängig und für die jeweilige Instanzebene abschließend entscheiden können. Korrekturen der Entscheidung einer Instanzebene sollten grundsätzlich nur aufgrund Initiative einer der beteiligten Prozessparteien und nur im Wege eines förmlichen, von der Rechtsordnung vorgesehenen Rechtsmittels erfolgen.

Nicht zuletzt durch eine Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Richter sowie durch eine Reform der Verfahren zur Ernennung und Beförderung der Richter kann ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Justiz und der Unabhängigkeit der Richter geleistet werden. Denn ein gut ausgebildeter Richter benötigt keine Anleitung in seiner Entscheidungspraxis durch vorgesetzte Stellen; er kann aufgrund eigener Rechtskenntnis und Kenntnis der entscheidungserheblichen Tatsachen zu einem eigenen Urteil gelangen. Die Reform der Juristenausbildung ist daher eines der Themen, bei dem das Bundesministerium der Justiz mit dem Justizministerium der VR China zusammenarbeitet. Im Rahmen des Rechtsstaatsdialogs leistet die GTZ bereits vielfältige Unterstützung bei der Richterfortbildung.

(2) Unabhängige, starke Anwaltschaft

Auch die Stärkung und bessere Qualifizierung der Anwaltschaft, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des WTO Beitritts der VR China und einer sich zunehmend für den globalen Markt öffnenden Wirtschaft, ist für den Aufbau des Rechtsstaats in China unerlässlich. Denn in einem Rechtsstaat, der dadurch gekennzeichnet ist, dass Bürger und Unternehmen nicht vom Staat bevormundet werden, sondern ihre Rechte selbst wahrnehmen, brauchen Bürger und Unternehmen eine starke und unabhängige Anwaltschaft, die diese Aufgabe im besten Interesse der von ihnen vertretenen Partei wahrnehmen können.

Vorgesehen ist daher auch, dass wir in Zusammenarbeit zwischen dem Justizministerium der VR China und dem Bundesministerium der Justiz sowie den Kammern und Verbänden der Rechtsanwälte und Notare Fortbildungsmaßnahmen für chinesische Rechtsanwälte und Notare durchführen.

(3) Stärkung des Rechtsbewusstseins und des Rechtsvertrauens der Bürger

Beides, eine Sicherung der Unabhängigkeit und eine Verbesserung der Qualifikation der Richter und Rechtsanwälte, kann einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Rechtsbewusstseins und des Rechtsvertrauens der Bürger und Unternehmen leisten. Der Rechtsstaat funktioniert nur, wenn der Bürger in der Lage ist, von seinen Rechten und Pflichten Kenntnis zu nehmen und bereit ist, sie auch als für sein eigenes Handeln maßstäblich anzuerkennen.

Das ist zum einen eine Frage der notwendigen Information des Bürgers über seine Rechte und Pflichten im Rechtsstaat. Zum anderen muss aber auch gewährleistet sein, dass der Bürger und die Unternehmen das notwendige Vertrauen in die Rechtsordnung entwickeln können: Vertrauen in die Stabilität der rechtlichen Rahmenbedingungen, in die Qualität und Effizienz der Justizorgane und die Unabhängigkeit, Qualifikation und Unbestechlichkeit der Richter.

Sie sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass der Staat mit Aussicht auf Erfolg Bürger und Unternehmen für den Rechtsstaat gewinnen kann, ihnen überzeugend vermitteln kann, dass sie die von der Justiz gefällten Urteile als legitim und auch dann als für das eigene Verhalten maßgeblich ansehen sollten, wenn sie einmal nicht zu ihren Gunsten ausgefallen sind.

4. Fazit

Der deutsch-chinesische Rechtsstaatsdialog leistet in einer Vielzahl von Projekten Beiträge zu fundamentalen Strukturänderungen beim Aufbau des Rechtsstaats in der VR China. Die politische Verantwortung für den Reformprozess, die Gestaltung der einzelnen Reformschritte und das dabei gewählte Tempo liegt bei unseren chinesischen Partnern. Deutsche Experten können dazu vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen, die wir in Deutschland bei der Gestaltung unserer Rechtsordnung gemacht haben und machen, einen Beitrag leisten. Dabei gilt es stets zu bedenken, dass der Dialog auf Zusammenarbeit angelegt ist. Er soll unterstützen, aber nicht bevormunden. In diesem Sinne heißt es in der Deutsch-Chinesischen Vereinbarung von Juni 2000 über den Rechtsstaatsdialog: beide Seiten seien bereit, „ausgehend von den jeweiligen grundlegenden nationalen Besonderheiten und den tatsächlichen Bedürfnissen, durch den gegenseitigen Austausch die nützlichen Erfahrungen der anderen Seite zu studieren und sich diese zu Nutzen zu machen, um zu gewährleisten, dass das Volk umfangreiche Rechte und Freiheiten nach dem Gesetz genießt, dass die Menschenrechte respektiert und garantiert und alles staatliche Handeln gesetzmäßig durchgeführt werden“.

Verwirklichung gesellschaftlicher Fortschritte durch die Rechtsreform

- Xin Chunying -

Die umfassende Verwirklichung gesellschaftlicher Fortschritte Chinas seit 70er Jahren des 20. Jahrhunderts ist von zwei roten Linien durchzogen, die eine ist die Entwicklung und Prosperierung der Wirtschaft, die andere sind die Rechtsreform sowie der Aufbau der Rechtsstaatlichkeit. Diese zwei Linien setzen sich einerseits gegenseitig voraus, andererseits unterstützen sie sich zugleich, was eine Besonderheit der umfassenden Verwirklichung gesellschaftlicher Fortschritte Chinas markiert. Aus der Sicht einer Juristin möchte ich sagen, dass die Rechtsreform sowie der Aufbau der Rechtsstaatlichkeit für China bei der Bewahrung von Stabilität und Prosperität seit 20 Jahren von essenzieller Bedeutung sind.

Erstens, die Rechtsreform und der Aufbau der Rechtsstaatlichkeit gewähren der Wirtschaftsentwicklung und –transformation wirksame Garantie. Die chinesische Reform hatte ihren Anfang im Wirtschaftsbereich, und zwar wurde sie zunächst auf dem Lande durchgeführt. Sie ging ferner auf den eigenen Antrieb der Bauern zurück, die die Schranken des alten Systems und der alten Politik gesprungen haben, um ihre Subsistenz zu sichern. Also, es wurde auf das Volkskommunensystem verzichtet und das Verantwortlichkeitssystem zur Selbstbewirtschaftung der Felder versuchsweise eingeführt. Auf die ländliche Reform folgt dann die Wirtschaftsreform in den Städten, wo sich die Reformergebnisse besonders deutlich in der Entwicklung von städtischer Privatwirtschaft sowie Industrie und Handel sehen lassen.

Anders als die Reformen in ehemaligen Ostblockstaaten zielt die chinesische Reform darauf ab, das gültige sozialistische System zu vervollständigen, nicht aber es zu verwerfen. Die 30 Jahre lange Praktizierung des Sozialismus ist zwar von Fehlern und Problemen begleitet, aber nicht zu übersehen ist, dass auf den gemeinsamen politischen und ökonomischen Grundlagen gemeinsame Ideale und moralische Kriterien unter dem Volke entstanden sind. Im Vergleich zu Indien, ebenfalls einem Entwicklungsland, das jedoch das kapitalistische Entwicklungsmodell angenommen hat, weist der von uns praktizierte Sozialismus viele Vorzüge auf. Sie sind u.a. Gleichberechtigung in der Gesellschaft, Fürsorge für die in der Gesellschaft unterlegene Bevölkerungsgruppe, begünstigende politische Maßnahmen für arme und rückständige Gebiete sowie „Wohlstand für alle“ als Zielsetzung, die im Parteistatut festgeschrieben ist. Für das Volk eines Landes wie von China mit pro Kopf gesehen unzureichenden Ressourcen und der meisten Bevölkerung der Welt ist solche geistige Stütze äußerst bedeutungsvoll. Zugleich sind unter dem Einfluss des kapitalistischen Produktions- und Lebensstils auch das Jagen nach Gewinnen, die Gier nach Ausbeuten und Rauben, die Zerbröckelung von Moral und Idealen, Schwerverbrechen, Moralverfall und Verzweiflung der Menschen zu beobachten, solche Erscheinungen sind beim Reform- und Öffnungsprozess zu bekämpfen.

Bedingt durch die obengenannte Zielsetzung unserer Reform, so setzt sie sich nicht in Form von Konfrontationen oder Konflikten durch. Unter der Leitung der Kommunistischen Partei Chinas und im Rahmen von Gesetzen und Politik geht unsere Reform stattdessen schrittweise und ordnungsgemäß voran. Während die Reformen in der ehemaligen UdSSR und Ostblockstaaten zur Abschwächung der Autorität der Partei bis hin zu ihrem Zerfall führten, ist die chinesische Reformgeschichte zugleich auch die Geschichte dessen, wie die KP Chinas diese Reform leitet. Bei den beiden Systemreformierungen, sowohl politikbezogen als auch wirtschaftsbezogen, ist die KP Chinas diejenige, die als erste zu Reformen greift und sie dann auch organisiert und durchführt. Zu erwähnen ist noch, dass das Volk beim Reformprozess einen ungeheuren Schöpfungsgeist gezeigt hat, wie bei der ländlichen Reform, die in der Tat von den Bauern aus der eigenen Initiative zustande gebracht wurde. Solche Reformen von

unten wurden alle später vom Staat durch Politik und Gesetze abgesegnet, sodass alle Kräfte in der Gesellschaft an einem Strang ziehen können. Als die Parlamentarier von den Ostblockstaaten noch in den Parlamenten heftig über Demokratie debattierten, spielte die chinesische Legislative schon längst den Patron für die Wirtschaftsreform. Analysen zufolge ist ein großer Teil der Gesetzgebung Chinas mit der Wirtschaftsreform beschäftigt. Mal geht die Wirtschaftsgesetzgebung der Reformpraxis vor, so ebnet neue Gesetze Wege für die Wirtschaftsreform und schafft dafür Regeln. Mal wird der Reformpraxis dicht von der Wirtschaftsgesetzgebung gefolgt, die dann effektive Reformmaßnahmen in Form von Gesetzen verankert. Der Wirtschaftsentwicklung zu dienen ist nicht nur eine wesentliche Aufgabe der Legislative, sondern auch eine der Judikative. „Das Voranschreiten der Wirtschaftstransformation und die Entwicklung der Volkswirtschaft machen es erforderlich, dass mehr und mehr Wirtschaftsverhältnisse bzw. Regeln des Wirtschaftshandelns in Form von Gesetzen festgelegt werden sollen. Die Legislative hat die wirtschaftsbetroffene Gesetzgebung zu beschleunigen, die Gerichte sollen die Rechtsprechung für die wirtschaftlichen Rechtsfälle verstärkt durchführen, die Staatsanwaltschaft soll härter gegen die Wirtschaftsverbrechen vorgehen, die Justizorgane sollen dem Wirtschaftsaufbau mehr Rechtsservice anbieten.“¹

Verwirklichung der politischen Reform durch die Rechtsreform.

China hat eine lange Geschichte von „rule by man“. Die Herstellung der Autorität von Gesetzen sowie des Rechtssystems „rule of law“ an Stelle von „rule by man“ ist im gewissen Sinne die wichtigste Aufgabe der gesellschaftlichen Reform im gegenwärtigen China. In der 20 Jahre langen Reform und Öffnung ist es das Bedeutendste, die alten politischen und administrativen Systeme zu brechen, ein neuartiges Verwaltungssystem mit Marktwirtschaft als Basis und Aufbau eines modernen Rechtsstaatssystems als Ziel zu schaffen und zu vervollständigen. Grosse Errungenschaften sind in den folgenden Bereichen zu verzeichnen:

Erstens, die Autorität von Gesetzen wird im politischen Leben Chinas gestärkt. Anfang der 80er Jahre war eine bemerkenswerte öffentliche Debatte in China entfacht, diskutiert wurde damals, wer mächtiger ist, ein Magistrat von einer Kreisstadt oder die staatliche Verfassung. Der Hintergrund war, trotz des In-Kraft-Tretens der Verfassung im Jahr 1982 wurde sie immer noch von vielen lokalen Beamten als „ein Fetzen unnütziges Papier“ wahrgenommen. Auch wenn einer nur ein „Magistrat“ ist, also die unterste Stufe im chinesischen Beamtenwesen, verfügte er jedoch über mehr Macht als die Staatsverfassung. Diese aus der heutigen Sicht einem eher absurd erscheinende Debatte war gerade zu jener Zeit ein ernstes theoretisches Problem, dessen Lösung von höchster Nöte war. Im Artikel 5 der chinesischen Verfassung steht: „Der Staat bewahrt die Einheit und die Würde des sozialistischen Rechtssystems. Keine Gesetze, keine administrativen Verordnungen sowie keine lokalen Gesetzregelungen dürfen gegen die Verfassung verstoßen. Alle staatlichen Organe, militärische Macht, Parteien, Vereine, Unternehmen sowie Institutionen müssen sich an die Verfassung und Gesetze halten. Jegliche Verstöße gegen die Verfassung und Gesetze müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Keine Organisationen und keine einzelnen Personen dürfen sich über die Verfassung und Gesetze hinwegsetzen.“ Um diese Regelung der Verfassung zu unterstützen, wird auch Entsprechendes im Parteistatut der KP Chinas festgelegt: „Die Partei muss innerhalb des Verfassungs- und Gesetzrahmens Aktivitäten betreiben. Die Partei muss eine Garantie dafür leisten, dass die Legislative, Judikative und Administrative sowie die Wirtschaft, Kulturorganisationen und Volksvereine aktiv, selbständig, verantwortungsbewusst und gut koordiniert arbeiten können“.²

¹ „Beschluss des Zentralkomitees der KP Chinas über die Reform des Wirtschaftssystems“, verabschiedet am 20. Dez. 1984 auf der 3. Plenartagung des 12. Zentralkomitees der KP Chinas.

² „Statut der KP Chinas“, Allgemeines Programm

Zweitens, das Verhältnis zwischen administrativen Befugnissen und Gesetzen zu regulieren, und den Staat gesetzmäßig zu verwalten. Eine andere Herausforderung für die Autorität der Verfassung und Gesetze ist zurückzuführen auf administrative Befugnisse, ihre Vergrößerung ist in modernen Staaten eine allgemeine Tendenz. Angesichts dieser Situation ist gesetzmäßiges Verwalten ein wichtiger Weg, administrative Befugnisse zu zügeln. Bedingt durch spezifische historische Gegebenheiten wurde den Verwaltungsbefugnissen in China in langer Zeit keine gesetzliche Beschränkung ausgesetzt. Es wurden keine einheitlichen Standards und Kriterien für das Verwaltungshandeln vorgegeben. Gegen Gesetzeswidrigkeit, Disziplinlosigkeit, Pflichtversäumnisse und Pflichtverletzung der Beamten gab es auch damals keine entsprechende Kontrolle und Rechenschaftspflicht. So setzten sich die „Willen von Vorgesetzten“ und der freie Ermessen der Beamten in der Verwaltungspraxis ohne jegliche Beschränkungen durch. Die logische Folge war, was Vorgesetzte sagten, wurden eben Gesetze. Als Untergesetzter richtete man sich alleine nach Wortfetzen seiner Vorgesetzten, oder man erfüllte gar die ungesagten Wünsche, ja die von den Augen abgelesenen Wünsche der Vorgesetzten. Ab 1978 begann die chinesische Regierung, der Gesetzgebung zur Regulierung des Verwaltungshandelns mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Als erster Schritt hat man die Rechte und Verpflichtungen des höchsten administrativen Staatsorgans per Gesetze standardisiert. 1979 wurden „Organisationsgesetz des Staatsrates“ sowie „Organisationsgesetz für die Volkskongresse und Regierungen auf allen lokalen Ebenen“ neu erarbeitet. Darauf folgend war die Ausarbeitung einer Reihe von Gesetzen sowie Gesetzregelungen, die das Verwaltungshandeln regulieren. Das Prinzip sowie der Geist des „gesetzmäßigen Verwaltens“ finden in der 1982 erlassenen Verfassung ihren vollen Niederschlag. Es wurde drin u.a. unterstrichen, dass alle Verwaltungsgesetzregelungen, -satzungen und -handeln mit der Verfassung und Gesetzen im Einklang stehen müssen, keine Staatsbeamten sich über den Gesetzrahmen erheben dürfen, der Nationale Volkskongress und sein ständiger Ausschuss Kontrolle über die Administrative haben. Darüber hinaus wurden die Rechenschafts- und Effizienzprinzipien der Legislative sowie der Staatsbeamten in der Verfassung zur deutlichen Formulierung gebracht. So ist Anfang der 90er Jahren schon so weit, dass Bürger im Falle der Rechtsverletzung durch Verwaltungsorgane oder Beamten schon auf mehr als 130 Artikel von Gesetzen oder Gesetzregelungen zurückgreifen konnten. Zur Durchsetzung der gesetzmäßigen Rechten der Bürger trat 1991 „Verwaltungsprozessordnung der Volksrepublik China“ in Kraft. Damit ist es zum ersten Mal in der Geschichte Chinas, dass die Rechte der Bürger, „den Staat verklagen zu können“, in Form eines Verfahrensgesetzes sichergestellt werden. Es folgen später weitere Gesetze zur Standardisierung des Verwaltungshandelns wie „Staatsentschädigungsgesetz“, „Verordnung zur Überprüfung der Verwaltung“, „Verwaltungsstrafengesetz“ u.s.w..

Erfüllen des Versprechens gegenüber der internationalen Gesellschaft durch die Rechtsreform

Seit 80er Jahren engagiert sich China aktiv auf der Weltbühne. Politisch gesehen hat sich China an einer Reihe internationaler Menschenrechtskonventionen beteiligt, sie zum Teil auch schon ratifiziert. Wirtschaftlich spielt China eine aktive Rolle beim globalen Integrationsprozess. China hat ebenfalls an einer Reihe internationaler Wirtschaftskonventionen teilgenommen und sie teilweise ratifiziert. Als Beispiele sind u.a. „Konvention über internationalen Warenverkaufsvertrag“, „Pariser Konvention zum Schutz des industriellen Eigentumsrechts“ zu nennen. Als Mitglied der WTO hat China bereits das internationale Wirtschaftsregelwerk zu einem Teil des inländischen Gesetzsystems bzw. zu den eigenen Richtlinien gemacht.

Für jeden Bereich des Gesellschaftslebens setzen Gesetze Rahmenbedingungen

Schon Anfang der 80er Jahre hat sich die chinesische Legislative die Aufgabe klar gestellt, die Gesetzgebung zu beschleunigen, mehr Gesetze und Gesetzregelungen zu schaffen, damit jeder Bereich des Gesellschaftslebens Regeln finden kann. Durch 20 Jahre Bemühungen ist China gelungen, ein Rechtssystem aufgebaut zu haben. Es ist das Rechtssystem mit der Staatsverfassung als Grundlage, mit Verwaltungsrecht, Zivilrecht, Wirtschaftsrecht, Eherecht, Arbeitsrecht, Sozialrecht, Recht zum Schutz von Naturressourcen und Umwelt, Strafrecht, Verfahrensrecht, Militärrecht etc. als Inhalte. Da Regeln und gesetzliches Verfahren vorge-schrieben sind, verändert sich auch die Art und Weise, wie man Streitigkeiten beizulegen ver-sucht. Diese Veränderung gehört zu den wichtigen Veränderungen des Lebensstils der Chine-sen. Früher waren Konflikte und Streitigkeiten in der Gesellschaft nur rein auf administrative Weise zu lösen, heute werden sie mehr mittels Gesetze und Justizverfahren beigelegt. „Sich vor den Gericht zu stellen“ war einst ein unwillkommenes Wort. Einer, der einmal mit dem Gericht zu tun gehabt hat, wurde früher vielleicht von anderen Leuten verachtet. Heute aber werden diejenigen als Helden angesehen, die mit Hilfe von Gesetzen ihre Rechte zu schützen verstehen. Mit Regeln sind die Rechte der Bürger klarer definiert, das Zur-Geltung-Bringen ihrer Rechte stärkt wiederum das Bewusstsein der Bürger.

Auf dem XV. Parteikongress der KP Chinas wurde das Prinzip „gesetzmäßiges Verwalten, Aufbau eines sozialistischen Rechtsstaats“ im Rechenschaftsbericht der Partei festgeschrie-ben. Es lautet wie folgendes: „Gesetzmäßiges Verwalten bedeutet, dass das Volk, unter der Leitung der Partei und im Einklang mit der Verfassung und Gesetzregelungen, auf verschie-denartige Weisen und in unterschiedlichen Formen Staatsangelegenheiten, darunter wirt-schaftliche, kulturelle sowie gesellschaftliche Angelegenheiten verwaltet. Es ist zu garantie-ren, dass alle Arbeiten des Staates gesetzmäßig vorgehen. Schrittweise soll anhand von Sys-temen und Gesetzen die sozialistische Demokratie standardisiert werden, die von jedem Füh-rungswechsel oder jedweder persönlichen Ansichten oder Akzentsetzen unabhängig bleibt.“³Im Jahr 1999 wurde das Prinzip „rule of law“ durch eine Revision in der Verfassung veran-kert, und dadurch zum Teil der chinesischen Verfassung.

China im 21. Jahrhundert ist ein Land auf dem Wege zur Rechtsstaatlichkeit. In diesem Pro-zess sehen wir uns mit einigen Schwierigkeiten konfrontiert, sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Rechtsprechung. Aber eins steht für uns fest: China wird in Zukunft nicht nur als ein Wirtschaftsriese, sondern auch als ein Rechtsstaat auf der Welt emporragen.

³ Jiang Zemin: Rechenschaftsbericht auf dem XV. Parteikongress der KP Chinas. Sammlung der Berichte vom 15. Partei-kongress, Renmin Verlag, herausgegeben im Sep. 1997, Seite 31.

China in der Staatengemeinschaft: Rolle, Integration, Interessen und Prinzipien (I)

- Carl-Dieter Spranger -

I.

Dank an die Konrad-Adenauer-Stiftung für die Organisation dieses 1. Deutsch-Chinesischen Forums in Deutschland. Ähnliches hat sie seit 1996 unter Leitung von Herrn Wolff mit dem außen- und sicherheitspolitischen Dialog in zahlreichen Veranstaltungen ja schon außerordentlich erfolgreich mit deutschen und chinesischen Repräsentanten in Peking organisiert. Die Stiftung, Herr Wolf, aber auch die chinesischen Partner, haben sich damit große Verdienste um die deutsch-chinesische Verständigung, Freundschaft und Zusammenarbeit erworben. Ich danke Ihnen, Herr Botschafter Mei, auch stellvertretend für alle Repräsentanten Ihres Landes, die sich mit Ihnen um die Deutsch-Chinesische Freundschaft und Zusammenarbeit verdient gemacht haben.

II.

Es gibt kaum ein Land der Welt, das von unzähligen Experten und Politikern so unterschiedlich eingeschätzt wird wie China. Wir haben gestern ja einen Eindruck davon erhalten.

Mein Beitrag ist geprägt von den Erfahrungen und Eindrücken, die ich von 1982 bis 1998 als Mitglied der von Bundeskanzler Helmut Kohl geführten Bundesregierung und insbesondere als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung von Januar 1991 bis Oktober 1998 und seitdem als stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses gewinnen konnte. Diese Zeit der Bundesregierung Kohl von 82 - 98 war von einem besonders intensiven Interesse und Bemühen um enge Zusammenarbeit auf wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gebieten geprägt. Das lag nicht nur an dem Vertrauen, das Kohl und der 1988 verstorbene Ministerpräsident Franz Josef Strauß und ihre Regierungen im Laufe der Jahre in China erworben hatten.

Es lag auch an den erstaunlichen, positiven Entwicklungen und Fortschritten in China, die mit der Politik der Öffnung und Reformen durch Deng Xiaoping 1978 begonnen und mit Beharrlichkeit, abwägend, aber auch entscheidungs- und durchsetzungsfähig; austariert zwischen Stabilität und Reformen, Geschwindigkeit und Belastbarkeit, zügig aber nicht hektisch, geschweige denn chaotisch wie nach dem Ende der Sowjetunion z.T. in Rußland, sondern mit großen Erfolgen in China bis heute fortgesetzt wurden und sich in zwei bedeutsamen Ereignissen manifestierten: Im Zuschlag für die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2008 und die Aufnahme Chinas in die WTO. Diese Ereignisse zeigen den ungeheuren Wandel, der sich seit 1978 in China vollzogen hat und der anhält und auch das Vertrauen der Staatengemeinschaft in die weitere Entwicklung des Landes. Ich hoffe und wünsche, Shanghai möge Ende des Jahres auch den Zuschlag für die Weltausstellung 2010 erhalten.

Lassen Sie mich drei Thesen aufstellen und begründen:

1. Die VR China ist auf dem Weg zu einer ökonomischen Weltmacht, ist eine sich entwickelnde Großmacht. Der Weg begann 1978 mit vielen pragmatischen Schritten. Die Politik seit 1978 führte zu einer Art "Wirtschaftswunder" mit vielen Kennzeichen: Erweiterung der persönlichen Freiheitsspielräume und der privaten Meinungsvielfalt, Abbau der Staatskontrolle, ständige Zunahme privatwirtschaftlicher Aktivitäten, ausländischer Investitionen und Entwicklungszuwendungen, Einkommensverbesserungen, massiven und wirtschaftsstimulieren-

den Infrastrukturmaßnahmen und einem immer wichtigerem freien Spiel der Kräfte und von Märkten. China ist heute Wachstumsspitzenreiter in Asien. Ausländische Unternehmen setzen weiter auf China. Ihre Investitionen erreichen immer neue Rekordhöhen.

Die Reform- und Öffnungspolitik hat erhebliche Auswirkungen auf staatliche, politische und wirtschaftliche Strukturen. So ist Wirtschafts- und Unternehmensförderung zentrale Aufgabe aller staatlichen Ebenen. Eine umfassende Ökonomisierung des Denkens und Handelns hat im Lande Einzug gehalten. Auch die Art und Weise, wie Politik gemacht wird in China hat sich gewandelt. Fachleute, externe Politikberater, Dezentralisierung und internationale Zusammenarbeit, Einflüsse des privaten Unternehmenssektors und der Finanzwirtschaft prägen sie.

Vielfältige „Globalisierungsvorgänge“ beeinflussen sie: Aufweichungen national staatlicher Abgrenzungen, internationaler Regulierungswettbewerb, internationale Abstimmungs- und Anpassungszwänge. Das erhöht den Druck auf institutionelle Reformen im Bereich von Verwaltung, Recht und Justiz.

Diese Strukturreformen führten zu einer Reduzierung der Planungsbürokratie, zur Restrukturierung von Staatsunternehmen und Staatsbanken. Die zivile Kontrolle über die Armee und deren Wirtschaftsunternehmen wurde verstärkt eine moderne Wirtschaftsgesetzgebung eingeleitet, eine zunehmende Pluralisierung gesellschaftlicher Lebensverhältnisse zugelassen.

Auch in der KPCh werden die Kräfte für Reformen und Modernisierung stärker. Die von Staatspräsident Jiang Zemin durchgesetzte Öffnung der KPCh für Privatunternehmer ist auch ein Zeichen der Modernisierung. Die Stabilität im Land, im politischen System und beim Herrschaftsmonopol der Partei behält jedoch absoluten Vorrang. Gestern wurde dargestellt, wie wirtschaftliche Reformen auch politische, gesellschaftliche und kulturelle Reformen herbeiführt haben.

Wenn man Tempo, Ausmaß und Erfolg der Reformen vergleicht mit der strukturellen Stagnation, ja Reformunfähigkeit in Teilen Westeuropas, vor allem in Deutschland, dann kann man China nur bewundern. Wer sieht, was in 20 Jahren geleistet und aufgebaut wurde, ist sicher: die meisten auch die Zukunft.

2. Die **Rolle Chinas als werdende ökonomische Weltmacht** wird jedoch beeinträchtigt durch gewaltige Herausforderungen, die die politische Führung auch offen einräumt. China ist in den meisten Teilen Entwicklungsland. Doch die Probleme halte ich angesichts der letzten 20 Jahre in China für lösbar.

III.

These 2:

Chinas Rolle in der Region und der Welt wächst auch politisch. Als bevölkerungsreichstes Land der Erde, Nuklearmacht, eines der 5 ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder fordert es mehr Mitwirkungsrecht in allen bedeutenden weltpolitischen Fragen. China versteht sich als "global player" und wird immer mehr so verstanden.

Die Chinesische Außenpolitik beruht auf einem Kanon von sog. „fünf Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität“, die da sind:

- a) Gegenseitige Nichtaggression
- b) Nichteinmischung in innere Angelegenheiten
- c) Gleichberechtigung

- d) Gegenseitiger Nutzen
- e) Friedliche Koexistenz.

Diese Prinzipien finden grundsätzlich auf alle zwischenstaatlichen Beziehungen Anwendung, wobei im Konkreten die Außenpolitik keineswegs konfektioniert, sondern maßgeschneidert daher kommt und durchaus differenziert und flexibel auf die einzelnen Nationen eingeht. D.h., es gibt eine chinesische Politik für jedes einzelne Land.

Als bündnisfreies Land ist China entschiedener Verfechter der Multipolarität und Gegner des Unilateralismus. Als Mitglied des Weltsicherheitsrates beharrt es in der internationalen Politik auf der Rolle der UN. Seine Außen- und Sicherheitspolitik ist in entscheidendem Maße vom Verhältnis zu den USA bestimmt, mit denen sich China in strategischem Wettbewerb sieht - das ist ein eigenes Thema: das außen- und sicherheitspolitische Schlüsselthema für China - die USA als weltpolitischer Konkurrent, aber auch Wirtschaftspartner, Absatzmarkt und Investor.

Mit dem Beitritt zur WTO am 11. Dezember 2001 ist China dem Ziel einer gleichberechtigten Integration in das multilaterale Welthandelssystem ein großes Stück näher gekommen. China fordert eine Stärkung der Rolle und Verantwortung des UN-Sicherheitsrates im Bereich der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. Um weltweite Unterstützung für seine außenpolitischen Ziele zu erhalten, ist Peking entschlossen, auch in den Entwicklungsländern eine aktivere Rolle zu spielen. So fand im Oktober 2000 in Peking eine große Afrikakonferenz statt. Zugleich zeigen das ASEM-Außenministertreffen am 24.05.2001 in Peking, die Gründung der "Shanghai Cooperation Organisation" (China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan) am 15.06.2001 in Shanghai sowie der APEC-Gipfel (20.10.2001 in Shanghai) die zunehmende Bereitschaft Chinas, sich in multilateralen Gremien zu engagieren.

IV.

These 3

Die Integration Chinas in die internationale Gemeinschaft wird sich fortsetzen und verstärken.

In der chinesischen Außenpolitik lässt sich in der Regel ein äußerst pragmatisches und ergebnisorientiertes Handeln feststellen. Für die Politik der Öffnung und Modernisierung ab 1978 suchte man ein friedliches außenpolitisches Umfeld zur Begrenzung von Rüstungsausgaben und Integration in die Weltwirtschaft, um ausländisches Kapital und Technologie anzuziehen und für den Aufbau der Binnenwirtschaft zu nutzen.

Beides ist gelungen. Seit dem Krieg mit Vietnam 1978/79 war die Volksrepublik China in keine größeren militärischen Auseinandersetzungen mehr verwickelt, die Beziehungen zu allen Nachbarstaaten haben sich spätestens nach dem Ende des Ost/ West-Konflikts spürbar verbessert. Weitere Stärkung der internationalen Rolle Chinas nach dem 11.09.2001 mit der Unterstützung der Allianz gegen den Terrorismus.

Der Beitritt zur WTO wird nicht nur für China sondern für das globale ökonomische und politische Gefüge gewichtige Veränderungen mit sich bringen.

Er verlangt von China weitreichende, nicht einfache Anpassungsleistungen in Wirtschaft, Handel und Verwaltung. Zahlreiche Industriezweige und -unternehmen, die staatliche Interventionen und protektionistischen Schutz genießen, bekommen nun plötzlich Konkurrenz, die es gelernt hat, sich im globalen Wettbewerb zu behaupten. Staatsunternehmen in Schlüsselindustrien und die Landwirtschaft sind besonders betroffen.

Andererseits sind Hauptgewinner des WTO-Beitritts zunächst die chinesischen Konsumenten durch kostengünstigere, und qualitativ bessere Angebote, einige Unternehmen wie Textil- und Bekleidungsindustrie durch Abschaffung von Handelsbarrieren in WTO-Ländern.

Mittelfristig wird die WTO-Mitgliedschaft Chinas wirtschaftliche Entwicklungen deutlich stärken und beschleunigen.

Die Verbesserung der institutionellen und organisatorischen Zusammenarbeit durch intensivere internationale Arbeitsteilung und durch Produktivitätsgewinne infolge der Intensivierung des Wettbewerbs führt zu einer effizienteren Nutzung der verfügbaren Ressourcen und einer Verstärkung der Direktinvestitionszuflüsse gerade auch in den Binnenprovinzen.

Die Wirtschaftsbeziehungen der EU zu China werden sich deutlich verstärken, insbesondere bei Direktinvestitionen in China. Für die EU gilt der WTO-Beitritt als wichtiger Beitrag zur stetigen und stabilen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Das verbindliche multilaterale Regelwerk verstärkt in China die Rechtssicherheit für Handels- und Investitionspartner, verbessert die rechtliche und soziale Lage der Bevölkerung und stärkt die Reformkräfte in der chinesischen Führung. Im Verhältnis von China und Taiwan sind positive, stabilisierende Impulse für die weitere Annäherung zu erwarten.

Für Deutschland und die EU ist bzw. wird China bei der Bewältigung der anstehenden globalen Probleme zu einem unentbehrlichen Partner. Die Zeitenwende 89/90 brachte auf vielen Gebieten einen gewaltigen Schub für die EU und ihre Mitgliedstaaten in der Zusammenarbeit mit China.

1. Die EU-Kommission veröffentlichte 1995 eine „langfristige Strategie für die Beziehungen zwischen China und Europa“, in der die VR China nicht nur als aufstrebende Wirtschaftsmacht, sondern auch als internationaler politischer Akteur gewürdigt wurde, dessen „Rolle über das ganze Spektrum von Sicherheit für die Sicherheit der Welt und der Region gleichermaßen entscheidend ist“. Die „langfristige Strategie“ wurde nur 3 Jahre später durch eine „umfassende Partnerschaft“ ersetzt und dabei unterstellt, dass der chinesische Öffnungsprozess letztlich unumkehrbar sei.

2. Durch das EU-Strategiepapier von 1998 ließ sich die europäische Seite gegenüber China auf das Projekt einer „multipolaren Welt“ ein und gab der sehr ungleichen allgemeinen und Wirtschaftsdiplomatie der EU einen einheitlichen Anstrich. Die innenpolitische Situation in China, der Krieg im Kosovo, die Menschenrechtsproblematik, das europäische Außenhandelsdefizit mit China ändert nichts an dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen.

Die vorrangigen Ziele der EU sind die Förderung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums und einer nachhaltigen Entwicklung in China, die weitere Integration Chinas in die internationale Gemeinschaft sowie die Förderung des Rechtsstaates. Erreicht werden soll dies durch ein „konstruktives Engagement vor Ort und die Zusammenarbeit mit den chinesischen Behörden und der chinesischen Gesellschaft“.

3. Europa wurde und ist für China ein immer fruchtbarer Wirtschaftspartner geworden. In den vergangenen 30 Jahren betrug der Anteil des Handels zwischen EU und China zwischen 10 und 20 % des Gesamthandels Chinas. Für Peking ist Europa die ideale Alternative zu den USA oder Japan, da es China in eine gute Position versetzt, in der es gute Handelsbedingungen oder langfristige Kredite bekommt, die eher wie Entwicklungs- oder Wirtschaftshilfe wirken. Chinas Wirtschaft und die Nationalökonomie der EU sind zudem komplementär, so dass nicht eine so große Gefahr besteht, dass es zu Handelsstreitigkeiten kommt, wie zwischen Japan und Europa.

Deutschland ist mit Abstand Chinas größter europäischer Handelspartner, Investor und weltweit größter Geber. Für Deutschland ist China nach Japan zweitwichtigster Exportmarkt in Asien. Umfang, Bedeutung und Wert der europäischen, insbesondere der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für den Erfolg der chinesischen Reformen seit 1978 können nicht hoch genug eingeschätzt werden.

V. Zusammenfassung

Die Bedeutung Chinas auf der globalen Bühne von Politik und Wirtschaft wächst. China wird in Zukunft eine noch zentralere Rolle in den internationalen Beziehungen spielen. Mit einem guten Fünftel der Weltbevölkerung und mit seiner wirtschaftlich-technologischen Dynamik ist die VR ein Schlüsselakteur der internationalen Wirtschaft. Inwieweit soziale und politische Spannungen der Status Chinas als Großmacht gefährden, wird sich erweisen.

In der pragmatischen Vorgehensweise gerade in der Beilegung von Krisen erweist sich China jedenfalls als rational und zuverlässig. Ob sich der chinesische Markt allerdings so schnell und lukrativ entwickeln wird, insbesondere für europäische Unternehmen, wie manches Strategiepapier vermuten lässt, ist aber auch nicht sicher. Dabei sollte China weder überschätzt noch unterschätzt werden. Seine Entwicklung ist gekennzeichnet von großen Chancen, aber auch großen Risiken. Bei der Abwägung von Chancen und Risiken halte ich folgendes für entscheidend:

1. Fundament chinesischer Politik ist und bleibt der Stolz und das Selbstbewusstsein der Chinesen auf ihre Jahrtausende alte Kultur und Zivilisation und ihre Weltstellung als "Reich der Mitte", aber auch die Demütigungen durch europäische Großmächte, die nationale Zerschlagung seit Mitte des 19. Jahrhunderts, die Bürgerkriege bis Mitte des 20. Jahrhunderts und schließlich nach der Ausrufung der Volksrepublik China im Oktober 1949 die nationale Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und - im Wesentlichen - die staatliche Einheit. Dieses Geschichts-, National- und Kulturbewusstsein ist eine bedeutsame Kraft - im Gegensatz zum weitgehend gebrochenen und kranken Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte und zu ihrem Vaterland.

2. Mit der Entdeckung und Bejahung der Marktwirtschaft wurde ein Wandel in Gang gesetzt, der weit über wirtschaftliche Strukturen hinausreichte und alle Politikbereiche, Institutionen, Organisationen, Verwaltungen, die Wirtschaft und die Menschen und ihre Mentalität erfasste. Immer wieder beeindruckt der Wille, die Konsequenz und der Pragmatismus diese Strategie der Öffnung, des friedlichen Wettbewerbs, der internationalen Zusammenarbeit fortzusetzen, das Land, die eigene Zukunft sowie die Reformen dazu voran zu bringen.

3. Tempo und Ausmaß dieser Reformen sind in zentralen Orten wie Shanghai oder Sentchen bei Hongkong und anderen früheren Sonderzonen vielleicht eindrucksvoller zu besich-

tigen als in den Millionenstädten des Binnenlandes oder den ländlichen Räumen. Doch diese großen Zentren strahlen mit ihren Entwicklungen ins Land hinaus und werden auch das Land weiter entwickeln. Das braucht Zeit - aber diese Entwicklung findet statt. Westliche Ungeduld ist angesichts unserer Erfahrungen in unseren neuen Bundesländern unangebracht. Vor allem bei der Betrachtung von Aufwand und Ertrag!

4. Eine solche Entwicklung wäre ohne großen Fleiß, Intelligenz, Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit und relativer Bedürfnis- und Anspruchslosigkeit, Sparsamkeit großer Teile des Volkes nicht möglich. Das Humankapital, die menschlichen Ressourcen sind qualitativ und quantitativ ein Faktor, der mir bei vielen Analysen viel zu wenig Beachtung findet. Die heute gestaltende Generation ist willens und fähig, ihre Chancen im Land und in der Welt zu nutzen. Was Chinesen bei ordentlichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu leisten vermögen, haben sie nicht nur in Hongkong und in Taiwan, sondern auch in Singapur, Malaysia, den Philippinen, in den USA und vielen anderen Staaten der Welt bewiesen. Als Entwicklungsminister habe ich die Erfahrung gemacht: Im Vergleich zu den meisten anderen Partnerländern in Lateinamerika, Afrika oder Asien sind die praktischen Erfolge unserer Entwicklungszusammenarbeit in China mit am allerbesten. Ich bin nach vielen Erfahrungen überzeugt, dass China - trotz aller gewaltiger innenpolitischer Probleme und Herausforderungen - politisch und wirtschaftlich ein zentraler Machtfaktor in der Weltpolitik ist und als solcher weiter wachsen wird. Deutschland und Europa sind gut beraten, die Zusammenarbeit mit China weiter auszubauen. Gleichermäßen ist China gut beraten, die Chancen fairer Kooperation zu nutzen, die sich in der Zusammenarbeit mit Deutschland und der EU bieten.

China in der Staatengemeinschaft: Rolle, Integration, Interessen und Prinzipien (II)

- Yang Yanyi -

Mit der schnellen Entwicklung Chinas seit den letzten über 20 Jahren des 20. Jahrhunderts haben die internationale Stellung und Rolle Chinas auch neue Veränderungen erlebt: Immer tiefer ist China in den Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung und der politischen Multipolarisierung integriert, auf regionale wie internationale Angelegenheiten übt China eine immer größere Wirkungskraft aus und die Entwicklungsrichtung Chinas zieht in zunehmendem Maße die Aufmerksamkeit und Beachtung der internationalen Gemeinschaft auf sich. Das Hauptthema des diesmaligen Symposiums wird in der Weltöffentlichkeit heiß diskutiert.

Aus meiner persönlichen Beobachtung herrscht über den unaufhaltsamen Aufbruch Chinas bereits ein breiter Konsens. Hinsichtlich der Auswirkungen des Aufbruchs Chinas auf die Welt existieren jedoch unterschiedliche Auffassungen.

Nach der traditionellen Theorie der internationalen Beziehungen besteht die Gesetzmäßigkeit vom Gedeihen und Verfall der Großmächte darin, dass neue Großmächte die existierenden Großmächte zwangsläufig herausfordern und diese zu ersetzen versuchen, dass wirtschaftliche Großmächte notwendigerweise politische und militärische Großmächte werden und dann nach außen expandieren sowie nach der Hegemonialstellung und Interessensphären streben. Und diese "Gesetzmäßigkeit" wird nun einfach für China angewendet. Der Fokus der Aufmerksamkeit auf China besteht vielmehr darin, was für eine Rolle China eigentlich in internationalen Angelegenheiten spielen und welche Auswirkungen sein Aufbruch auf die internationale wirtschaftliche, politische und Sicherheitsordnung haben wird als in Chinas Erstarken selber.

In der Tat gab und gibt China weiter durch seine Politik und Praxis Antworten auf diese Fragen. Zu einer umfassenden Erläuterung dazu ist dieser Beitrag nicht imstande. Gerne aber möchte ich unter manchen Aspekten einige Ansichten äußern

Unter dem Entwicklungsaspekt bedingen die große Bevölkerungszahl, der Wirtschaftsumfang und das eigenartige Wirtschaftssystem Chinas, dass seine Entwicklung einen äußerst einzigartigen Einfluss von außerordentlicher Bedeutung auf die Welt ausübt

In den über 20 Jahren seit Reform und Öffnung entwickelt sich die chinesische Volkswirtschaft anhaltend, schnell und gesund. Im Jahre 2001 betrug das Bruttoinlandsprodukt Chinas 1,000 Milliarden US\$, während das Pro-Kopf-BIP von 250 US\$ im Jahre 1980 auf über 800 US\$ erhöht wurde. Gemessen am Welthandel ist es von Platz 16 im Jahre 1990 auf Platz 6 aufgerückt. Die Zahl der Armen konnte von 250 Mio. vor 23 Jahren auf 28 Mio. reduziert werden. Hinzu kam, dass das Ziel der Wesentlichen Popularisierung der neunjährigen Schulpflicht und der Wesentlichen Beseitigung der Analphabeten unter Jugendlichen und Mittelaltigen ansatzweise erreicht wurde. Sich warm kleiden und satt essen sind in China schon längst ein altmodisches Thema. Vielmehr sprechen die Chinesen über die Qualität des Lebens. Obwohl die Rückständigkeit der Produktivkräfte Chinas noch nicht von Grund auf verändert ist und es im Menschenrechtsbereich auch noch viele Unzulänglichkeiten und Probleme gibt, bedeutet es aber zweifelsohne einen enormen Beitrag zum Fortschritt der menschlichen Gesellschaft, dass das chinesische Volk, welches ein Fünftel der Weltbevölkerung ausmacht, Abschied von der wirtschaftlichen Not nahm, seine Existenzlage erheblich verbessert wurde, der Aufbau

der Demokratie sowie der Rechtsordnung Chinas verstärkt worden ist und die bürgerlichen und politischen Rechte erweitert wurden.

Der Übergang Chinas von Niedrig- zum Durchschnittseinkommensland, von der Planwirtschaft zur sozialistischen Marktwirtschaft und von der agrarbasierten zur industrie- und wissensbasierten Wirtschaft bringt anderen Ländern auch greifbare Vorteile. Wenn die Formulierung, dass China bereits die "Weltfabrik" sei, noch übertrieben ist, so ist es eine unumstrittene Tatsache, dass China gerade dabei ist, sich zum "neuen Riesenmarkt" mit weltweit dem größten Potenzial zu entwickeln. Von Jahr zu Jahr nehmen die Investitionen, die China aus aller Welt anzieht, zu. Nahezu 400 von den weltweit 500 größten multinationalen Unternehmen haben Büros in China gegründet. Nach dem Beitritt zur Welthandelsorganisation beteiligt sich China in einem noch größeren Umfang, auf noch mehr Gebieten und auf einer noch höheren Ebene an der internationalen wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit und das Niveau seiner Öffnung nach außen wird allseitig erhöht, was bedeutet, dass China der Welt noch mehr Geschäftschancen und Märkte bietet.

Zwar trifft es zu, dass die Erweiterung des Wirtschaftsumfangs Chinas und seiner Marktanteile neue Konkurrenz mit sich bringt. Dennoch kommt es nicht darauf an, ob es Konkurrenz gibt (Konkurrenz ist eine objektive Realität, kein Land könnte sich abgekapselt vom internationalen Wettbewerb entwickeln), sondern darauf, wie man mit der Konkurrenz umgeht. Chinas Haltung zur wirtschaftlichen Globalisierung mit ihren Vor- und Nachteilen lautet: sich aktiv daran zu beteiligen statt sie passiv zu umgehen, daran festzuhalten, in Übereinstimmung mit den eigenen Gegebenheiten die Reform und Öffnung voranzutreiben, mit der Steigerung der Marktkonkurrenzfähigkeit als Mittelpunkt der Aufmerksamkeit die Industriestruktur zu regulieren und den Wachstumsmodus der Wirtschaft zu verändern. Zugleich gilt es, sich gemäß den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Fairness, des gegenseitigen Nutzens und des beiderseitigen Vorteils an internationaler Konkurrenz und Zusammenarbeit zu beteiligen. Nehmen wir China und die ASEAN als Beispiel, so haben wir die Landwirtschaft, die Informationsindustrie, die Erschließung der menschlichen Ressourcen und die Erschließung des Einzugsgebiets des Mekong zu den Schwerpunkten der Zusammenarbeit gemacht und die Entscheidung getroffen, die Freihandelszone zwischen China und der ASEAN mit dem Ziel zu gründen, durch den Wettbewerb die gegenseitige Ergänzung mit den Stärken, die Koexistenz und den gemeinsamen Gewinn zu verwirklichen. Dass China auch während der asiatischen Finanzkrise an der Nicht-Abwertung des Renminbi festhielt, war auch der klassischste Ausdruck der Prinzipien, gemeinsam durch dick und dünn zu gehen und sich gemeinsam zu entwickeln. Noch etwas, als Mitglied der Welthandelsorganisation verpflichtet sich China zur Einhaltung internationaler Gepflogenheiten und kommt den von der WTO verliehenen Rechten und Pflichten nach. Zugleich tritt China auch dafür ein, ungerechte, ungleiche und unvernünftige Faktoren in der gegenwärtigen Weltordnung zu reformieren und das Nord-Süd-Gefälle abzubauen, damit das Wirtschaftswachstum und die gesellschaftliche Gerechtigkeit relativ ausgeglichen verlaufen und alle Länder der Welt an den Vorteilen der wirtschaftlichen Globalisierung teilhaben können.

Unter dem politischen Aspekt ist es ein positiver Faktor für die Förderung der gesunden Entwicklung internationaler Beziehungen, dass China daran festhält, auf der Grundlage der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz die freundschaftlichen Beziehungen mit allen Ländern der Welt zu entwickeln

Als ein sich entwickelndes großes Land und ein sozialistisches Land hält China daran fest, die unabhängige und selbständige Außenpolitik des Friedens zu verfolgen und daran, auf der Grundlage der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz freundschaftliche Kontakte mit allen

Ländern der Welt zu pflegen, wobei Differenzen und Gemeinsamkeiten in Bezug auf Gesellschaftssysteme und Ideologien überwunden werden.

Da Chinas Entwicklung seit jeher in engem Zusammenhang mit der Entwicklung Asiens steht, wird China vor allem die Gutnachbarschaft mit den asiatischen Nachbarländern anstreben, wenn es um die Pflege der Freundschaft zwischen China und den anderen Ländern geht. Politisch bemüht sich China um die Umsetzung der Rahmendokumente über die bilaterale Zusammenarbeit mit den umliegenden Ländern, die Intensivierung der Kontakte und die Vermehrung des gegenseitigen Vertrauens. In der Wirtschaft betrachtet es die Vertiefung der beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit als die Richtung des schwerpunktmäßigen Inputs. In der Gegenwart und einer gewissen Zeit in Zukunft werden wir uns auf die Errichtung der Freihandelszone zwischen China und der ASEAN sowie auf die ostasiatische Zusammenarbeit mit Formen wie 10+3 beziehungsweise 10+1 als Hauptkanälen konzentrieren. Was die Sicherheit anbelangt, so gilt es, bilaterale und multilaterale Dialoge und Zusammenarbeit zu verstärken sowie durch ein neues Denken und neue Modelle die regionale Stabilität aufrechtzuerhalten.

Angesichts der gewichtigen Rolle der Großmächte in Fragen wie Krieg und Frieden sowie Frieden und Entwicklung legt China Wert auf die Entwicklung gesunder und stabiler Beziehungen mit anderen Großmächten. Bedingt durch die nationalen Interessen Chinas streben wir statt nach den ursprünglichen Beziehungen, die vom Gesetz des Dschungels und der Dominanz einiger weniger Großmächte in internationalen Angelegenheiten geprägt sind, nach der Etablierung neotypischer, durch gegenseitigen Respekt, gleichberechtigte Behandlung, Konsultation und Zusammenarbeit und gegenseitige Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten gekennzeichneten Beziehungen mit anderen Großmächten. Was China anstrebt, ist der Dialog und nicht die Konfrontation mit anderen Großmächten, ist die Vermehrung von Zusammenarbeit, aber nicht von Konflikten. Es ist nicht Chinas Absicht, um Interessensphären zu ringen und die konstruktive Rolle anderer Großmächte in internationalen Angelegenheiten herauszufordern oder sie abzustoßen.

Ob sich die Beziehungen zwischen den Großmächten gesund entwickeln können, hängt auch davon ab, wie andere Länder diese Beziehungen erfassen. Wir hoffen, dass alle Großmächte nach dem Prinzip der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Respekts ihre Beziehungen zueinander behandeln, zur stabilen und gesunden Entwicklung der Beziehungen zwischen den Großmächten beitragen und es unterlassen, sich an das Denkmuster aus der Zeit des Kalten Krieges und an die Mentalität der Machtpolitik zu klammern sowie nach imaginären Gegnern zu suchen oder solche zu fabrizieren. Ebenfalls sind wir dagegen, mit einer pragmatischen Haltung die Kriterien der internationalen Beziehungen und die internationalen multilateralen Regimes zu betrachten, den Unilateralismus zu betreiben oder die Gewalt zu missbrauchen. Wir sind der Auffassung, dass die sogenannte Demokratie sich auch in der demokratischen Gestaltung der internationalen politischen Beziehungen ausdrücken sollte. Wenn ungebundene Macht innerhalb eines Landes schädlich ist, dann ist eine Macht in internationalen Beziehungen, die nicht an allgemein anerkannte Kriterien der internationalen Beziehungen und an das Völkerrecht gebunden ist, ebenfalls gefährlich.

Als eines der Ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrates hält sich China strikt an die Zielsetzungen und Prinzipien der „UNO-Charta“ und die allgemein anerkannten Kriterien der internationalen Beziehungen. China tritt dafür ein, dass die Angelegenheiten der Welt durch gleichberechtigte Konsultationen von den Regierungen und Völkern der jeweiligen Länder selber geregelt werden. Es besteht darauf, von der Förderung des Friedens und der Entwick-

lung der Welt ausgehend seine Rechte in internationalen Angelegenheiten auszuüben und seinen Pflichten nachzukommen.

Noch eine Ergänzung dazu. Als ein altes Kulturland der Welt plädiert China für die langfristige Koexistenz verschiedenartiger Zivilisationen und Gesellschaftssysteme in der Welt, den Ausgleich der eigenen Mängel durch die Übernahme der Stärken anderer in Konkurrenz und die gemeinsame Entwicklung durch die Suche nach Gemeinsamkeiten bei der Zurückstellung von Differenzen. Mit anderen Worten ausgedrückt hat China erstens die Errungenschaften fortschrittlicher Zivilisationen der Welt stets weitherzig betrachtet und diese nicht undifferenziert kategorisch verneint oder abgestoßen. Zweitens hält China daran fest, auf der Praxis der eigenen Nation zu fußen und entsprechend den Erfordernissen der Modernisierung und der Entwicklung der nationalen Kultur die Errungenschaften fortschrittlicher Zivilisationen der Welt aktiv als Beispiel heranzuziehen und aufzunehmen statt sie blind zu verehren und kritiklos zu kopieren. Drittens bildet die Vielfalt der Zivilisationen der Länder die Triebkraft für den Fortschritt der Menschheit, es gibt daher keinen Unterschied zwischen gut und schlecht. Aus diesem Grund sollten alle Länder unterschiedliche zivilisatorische Errungenschaften mit Wohlwollen betrachten, den Abstoß durch Toleranz ersetzen und Konflikte durch Integration ersetzen. Man sollte sich nicht für den Besten von allen halten und die Feindseligkeit und Konfrontation zwischen unterschiedlichen Zivilisationen provozieren.

Unter dem Aspekt der Sicherheit ist China eine wichtige Kraft für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Region und der ganzen Welt, da es an der Strategie der aktiven Defensive festhält und die Etablierung einer neotypischen Sicherheitsvorstellung des Dialoges und der Zusammenarbeit befürwortet

Was für eine Militärstrategie und eine Sicherheitspolitik gewählt werden, berührt nicht nur die Entwicklung Chinas selber, sondern auch die Stabilität der Region. Ganz offen hat China der Welt erklärt, eine Landesverteidigungspolitik defensiven Charakters zu verfolgen. Dies umfasst mindestens folgende Inhalte:

Erstens, die Entwicklung und die Stärkung Chinas tragen zur Kriegseindämmung bei. Die Geschichte Chinas hat gezeigt, dass ein relativ friedliches und stabiles Umfeld in der Umgebung ein einheitliches, stabiles und starkes China begleitet hat, während Invasionen fremder Kräfte und partielle Kriege oder Unruhen ein in innere Unruhen, Trennung und Verfall geratenes China begleitet haben. Zwar wird das Erstarben eines Landes nicht automatisch die Sicherheit nach sich bringen. Es bildet dennoch eine starke materielle Basis für die Sicherheit.

Zweitens sind die Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität und der territorialen Integrität sowie die Verwirklichung der staatlichen Wiedervereinigung der unbeirrbar Standpunkt und das Ziel des unermüdlichen Kampfes Chinas. Es gibt nur ein China in der Welt, das Festland und Taiwan gehören zum einen und selben China, die Souveränität und die territoriale Integrität Chinas dulden keine Aufteilung. China hält konsequent am Ein-China-Prinzip und an der Lösung der Taiwan-Frage gemäss der grundlegenden Richtlinie „friedliche Wiedervereinigung, ein Land, zwei Systeme“ fest. Diese Prinzipien und Richtlinie respektieren Geschichte und Realität und berücksichtigen gleichzeitig auch die tatsächlichen Interessen aller Seiten, sie entsprechen sowohl der Tradition und den grundlegenden Interessen der chinesischen Nation in Bezug auf die Wiedervereinigung des Landes als auch den gemeinsamen Interessen der asiatischen Länder, die sich nach Frieden und Stabilität sehnen. Die chinesische Regierung hat sich für die Förderung der Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten der Taiwan-Strasse in Wirtschaft und Handel und des Personalverkehrs ein und wird sich auch nach wie vor dafür einsetzen, nach Möglichkeiten strebt sie nach einer friedlichen Wiedervereini-

gung. Zugleich bekämpfen wir entschieden alle Aktivitäten „der Unabhängigkeit Taiwans“ und lassen es auf keinen Fall zu, dass irgendjemand in irgendeiner Form Taiwan von China abtrennt.

Drittens dient der Aufbau der chinesischen Landesverteidigung ausschließlich der Selbstverteidigung. China bemüht sich um die Vermeidung und Verhinderung von Kriegen. Was die Strategie anbelangt, befolgt es die Prinzipien der Defensive, der Selbstverteidigung und des Übergangs zum Angriff erst nach dem ersten Schuss des Feindes und fußt darauf, die Sicherheit des Staates dadurch zu gewährleisten, indem man sich auf die eigene Kraft stützt. China betreibt keine militärische Expansion, weder stationiert es Truppen noch unterhält es Militärbasen im Ausland. China ist gegen die Kriegs-, die Aggressions-, und die Expansionspolitik sowie den Rüstungswettlauf, es unterstützt die internationale Gemeinschaft bei ihren Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Friedens, der Sicherheit und der Stabilität der Welt.

Viertens plädiert China für die Etablierung einer neotypischen Sicherheitsvorstellung, die Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens durch Dialoge und die Förderung der gemeinsamen Sicherheit durch Kooperation. Angesichts der neuen Situation nach dem Kalten Krieg ist es bereits eine Strömung geworden, den Austausch und den Dialog zu verstärken und zu vermeiden, dass Missverständnisse zu Konflikten führen. Die Shanghaier Kooperationsorganisation und das ARF vertreten und spiegeln diese Strömung wider, da sie die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu ihrem Ziel machen, die gleichberechtigte Partizipation, die Suche nach Gemeinsamkeiten bei der Zurückstellung von Differenzen, die Konsensbildung durch Konsultationen und das schrittweise Vorwärtsgen als Formen betrachten, die Schaffung des Vertrauens als Kern verstehen und den Dialog und die Zusammenarbeit zu Instrumenten machen. Die Etablierung einer neotypischen Sicherheitsvorstellung mit gegenseitigem Vertrauen und Vorteil, der Gleichberechtigung und der Zusammenarbeit als Kern ist auch die Politik und Praxis Chinas.

Gerade im Geiste dieser neotypischen Sicherheitsvorstellung beteiligt sich China aktiv am Aufbau der Mechanismen der Dialoge und Zusammenarbeit im Rahmen der regionalen Sicherheit und unternimmt Anstrengungen, diesen voranzutreiben. China wird weiter in Bereichen der konventionellen wie nicht-konventionellen Sicherheit bilaterale und multilaterale Dialoge und Zusammenarbeit mit anderen Ländern aktiv entfalten, um wichtige sicherheitspolitische Fragen, mit denen die internationale Gemeinschaft gerade konfrontiert ist, gemeinsam zu lösen.

Der Standpunkt Chinas in der Frage der Bekämpfung des Terrorismus ist eindeutig. Wir plädieren dafür, die grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen bei der Bekämpfung des Terrorismus einzuhalten und die dominierende Rolle der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates zur Geltung zu bringen. Es gilt, mit einer umfassenden Sanierung anzufangen und die Wurzeln für die Entstehung des Terrorismus zu beseitigen. Man sollte es vermeiden, den Umfang der Bekämpfung nach Belieben zu erweitern, zugleich aber müssen alle terroristischen Kräfte, für die triftige Beweise vorliegen, entschieden bekämpft werden.

Fünftens sollten Grenz- und territoriale Streitigkeiten durch friedliche Konsultationen beigelegt werden. Bisher hat China im Wesentlichen die Streitigkeiten in Bezug auf die Grenzen zu Land mit einigen Nachbarländern beigelegt. Nach dem Inkrafttreten des Vertrags zwischen China und Vietnam über die Grenzen zu Land haben beide Länder im Dezember des vergangenen Jahres das Abkommen über die Festsetzung der Grenzlinie in der Beibu-Bucht und das Abkommen über die Zusammenarbeit im Bereich der Fischerei abgeschlossen. Obwohl China

das Opfer der Frage des südchinesischen Meeres ist, hat es von der Gesamtsituation der Erhaltung des regionalen Friedens und der regionalen Stabilität ausgehend daran festgehalten, im Geiste und nach den Prinzipien des Völkerrechts die Streitigkeiten friedlich beizulegen und die Zusammenarbeit zu entfalten, um Bedingungen für die endgültige Lösung der Streitigkeiten zu schaffen. Dass in den Konsultationen zwischen China und der ASEAN über „die Aktionsrichtschnur in der Region des Südchinesischen Meeres“ positive Fortschritte gemacht werden konnten, war auch darauf zurückzuführen, dass China eine aktive, flexible und konstruktive Haltung eingenommen hatte.

Zusammenfassend betrachtet die Außenpolitik Chinas stets die entschiedene Erhaltung der fundamentalen Interessen der überwiegenden Mehrheit des chinesischen Volks als ihren Ausgangs- und Zielpunkt, verbindet die Entwicklungsrichtung Chinas eng mit der Strömung des Vorwärtsschreitens der Geschichte der Menschheit und setzt die Interessen des chinesischen Volks in enge Verbindung mit den Interessen der Völker aller Länder. Die Geschichte, die Realität und die Zukunft haben es bereits bewiesen und werden es weiter beweisen, dass ein sich entwickelndes, aufblühendes, vorwärtsschreitendes und wiedervereinigtes China einen positiven Faktor und eine wichtige Kraft für die Förderung des Friedens und der Entwicklung der Welt darstellt.

China in der Staatengemeinschaft: Rolle, Integration, Interessen und Prinzipien (III)

- Volker Stanzel -

Wir können über China in der Staatengemeinschaft aus verschiedenen Blickwinkeln nachdenken; ausgehend von den Interessen und Prinzipien des Landes, wie Botschafter Yang das getan hat. Wir können vom Stand der multilateralen Integrationen ausgehen, wie Frau Yang das gemacht hat. Wir können die Konsequenzen der Wirtschaftsreform und der WTO-Mitgliedschaft als Ausgangspunkt nehmen, wie Minister Spranger das getan hat.

Ich möchte mich darauf beschränken, drei Faktoren zu beschreiben, die ich beobachte und von denen ich denke, dass sie Chinas Rolle in der Staatengemeinschaft wesentlich beeinflussen und noch mehr beeinflussen werden. Sie haben zu tun mit den Entwicklungen in der Welt um China, mit der Interaktion zwischen China und dem Ausland sowie mit China selbst.

Den ersten Faktor möchte ich den Effekt "11.September" nennen. Es gibt viele Erklärungsmodelle für Chinas Verhalten und Position nach dem 11. September. Auf einmal finden sich nicht nur östlich von Chinas Grenzen amerikanische Soldaten, sondern auch westlich davon in Zentralasien. Ist da nicht eine Art Einkreisung vonstatten gegangen? Ist das nicht unerträglich für China? Muss China dadurch nicht zum Gegner der USA werden? Oder, kann man aus amerikanischer Perspektive nicht unverändert sagen, dass China seinerseits für die USA weiterhin eine Bedrohung darstellt. Als Beispiel: Im amerikanischen Kongress hat eine Kommission am 15. Juli diesen Jahres ein Papier verabschiedet, in dem es unter anderem heißt, Chinas Führer seien der Meinung, dass die USA eine absteigende Macht sei, deren wichtige militärischen Defizite es zu nutzen gelte.

Ich bin der Meinung, dass sich qualitativ weit mehr verändert hat und zwar Entscheidendes im Hinblick auf die künftige Position Chinas. Nämlich, zum ersten Mal seit Jahrzehnten, findet sich China ohne Einschränkung auf der Seite der USA, und das in einer für beide Seiten lebenswichtigen Frage. Gab es so etwas in der Vergangenheit auch schon? Es gab in den frühen 70er Jahren eine gewisse, partielle Interessenüberlappung im Hinblick auf das Verhältnis zur Sowjetunion. Dann gab es ab Ende der 70er Jahre ein gemeinsames Interesse an der Wirtschaftsentwicklung und den daraus resultierenden Profiten, die sich beide Seiten erhofften. Aber auch das war nur eine teilweise Interessenidentität. Wir dachten, es könnte gemeinsames Interesse an der Einschränkung von Raketennexporten und nuklearer Abrüstung geben. Über Deklarationen ist man in diesem Bereich, wie Sie alle wissen, nie hinausgelangt. Aber dieses Mal haben wir die gleiche Bedrohungsperzeption in beiden Ländern. Über Ursprung der Bedrohung sind sich China und USA einig. Unterschiede gibt es bei der Einschätzung des möglicherweise gewaltigen Ausmaßes der Bedrohung und der Bekämpfung dieser Bedrohung. Auch unterscheidet sich die Fähigkeit zur Bekämpfung zwischen China und den USA. Dies erklärt auch das entsprechende Verhalten, z. B. bei den Verhandlungen im Sicherheitsrat. Der 11. September hat weltweit in vieler Hinsicht vieles bewirkt. Ich denke, seine Auswirkung auf das Verhältnis Chinas zu den USA kann man nicht hoch genug einschätzen.

Als zweiten Faktor sehe ich das Auslandsstudium der chinesischen Eliten. Ich hatte im Vorlauf zu der heutigen Veranstaltung versucht festzustellen, ob es Zahlen gibt, die besagen, wie viele chinesische Studenten es im Ausland seit 1978, seit Beginn der Wirtschaftsreform, der Öffnungspolitik gegeben hat. Man findet keine belastbaren Zahlen. Fest steht, wir haben jetzt über 10.000 chinesische Studenten allein in Deutschland. Und das ist nur ein Teil der Spitze des Eisbergs. Viel, viel mehr Studenten sind und waren in den Ländern Nordamerikas, den USA und Kanada. Zehntausende, Hunderttausende haben seit 1978 die unterschiedlichsten

Dinge im Westen studiert. Die Nobelpreisträger bleiben zumeist im Ausland. Aber viel wichtiger ist, dass die Masse derjenigen, die im Ausland studiert haben, zurückkehren und Positionen in der politischen, der wirtschaftlichen, der akademischen Elite besetzen. Wenn man sich vor Augen führt, welchen Einfluss 10 Jahre Ausbildung eines ganz, ganz kleinen Teils der chinesischen Elite in den 50er Jahren in der Sowjetunion noch heute auf die chinesische Politik hat, dann können Sie sich vorstellen, welche Auswirkungen mehr als 20 Jahre Ausbildung eines weitaus größeren Teils der chinesischen Elite in so vielen Ländern des Westens haben wird. Sie bringen nicht fertige Modelle nach Hause, nach denen sie China formen sollen oder wollen. Sie haben frei gelernt. Sie haben eine Vielzahl von Studiengängen gewählt. Aber sie alle bringen das Wichtigste mit zurück, das Verständnis für das Funktionieren, für die Prioritäten eines modernen Staatswesens, für die Mechanismen der Modernität. Erstmals ist - dank Deng Xiaoping - eine modern denkende Elite an den Schalthebeln der Macht. Vielleicht nicht an den Schalthebeln der Macht, aber zumindest im Maschinenraum der Macht in China.

Als dritten Faktor möchte ich die innerchinesischen Folgen der Wirtschaftsreform nennen. Wenn Sie heute in Peking oder Shanghai durch Buchhandlungen gehen, dann finden Sie eine Themenbreite, wie Sie noch vor 10 Jahren unvorstellbar war. Dies gilt auch für die Auslagen der Zeitungen und Zeitschriften an den Kiosken. Dies hätte man vor 10, erst recht vor 20 Jahren nicht zu träumen gewagt. Über den Effekt des Internets ist schon viel geschrieben worden, ich verweise dazu auf die jüngst veröffentlichte RAND-Studie.

Sie sehen, der traditionelle Überwachungsstaat ist auch in China nicht mehr das, was er einmal war. Das gilt auch für die Überwachung des Internets. Die Tatsache, dass 1999 über 10.000 Falun Gong Anhänger haben Zhongnanhai umstellen können, lässt sich nur auf diese fehlende Überwachungsfähigkeit zurück führen. Vielleicht aber auch auf den fehlenden Überwachungswillen, denn natürlich sieht die chinesische Führung die Vorteile des Internets, der Meinungsheterogenität, die sich entwickelt. Das dieses nicht immer alles im Sinne der Partei ist, dürfte klar sein. Wir haben auch beobachtet, dass sich aus dem Patriotismus der frühen 90er Jahre Xenophobie entwickelt hat, deutlich zum Ausdruck gekommen in der Reaktion auf die Botschaftsbombardierung in Belgrad sowie auf den Flugzeugzusammenstoß von Hainan, vermutlich auch nicht im Sinne der Partei. Aber als Teil der Individualisierung und der Pluralisierung der Gesellschaft ist das nicht nur Folge der Wirtschaftsreform und des wirtschaftlichen Fortschritts, sondern gleichzeitig auch die Voraussetzung deren Fortsetzung. Dieses hat die Führung erkannt und deswegen prägt heute in frappierendem Ausmaß Meinungsheterogenität das öffentliche Leben in China.

Alle diese drei Faktoren üben einen neuartigen, ungewohnten Einfluss auf Chinas Situation und Verhältnis zum Ausland aus. Die Interessenparallelität mit den USA (übrigens hätte ich auch sagen können, mit Deutschland; - wir sind ja in der gleichen Situation) führt zu einer gemeinsamen Politik. Frau Yang hat sie zum Teil beschrieben. Schauen Sie sich die neue Exportkontrollgesetzgebung in China an. Erst gestern, am 21.10., wurde Gesetzgebung zu den biologischen und chemischen Gütern, die als Waffen Verwendung finden können, erlassen. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen, die Irak-Diskussion im Sicherheitsrat, wo China im Grunde eine viel weniger antagonistische Politik den USA gegenüber einnimmt als z. B. Frankreich. Und wir werden sehen, wie sich das Verhältnis zu Nordkorea entwickelt, nachdem wir jetzt festgestellt haben, und Nordkorea auch eingestanden hat, dass es über ein Nuklearwaffenprogramm verfügt. Die modernen Eliten wissen, dass China als Mitspieler in der interdependenten, sich globalisierenden Welt unvergleichlich mehr profitiert, als Gegenspieler, als Antagonist anderer Staaten. Und diese Eliten verhalten sich entsprechend, nämlich als global player, wie Minister Spranger es vorhin genannt hat. Die Meinungsheterogenität macht China zum Mitsprecher in der globalen Diskussion. Inzwischen gibt es Ideen aus China dar-

über, wohin wir alle gehen, wohin wir gehen sollten. Vorbei ist also die Zeit, als das Konzept einer multipolaren Welt, gegen die unipolare Welt als anti-amerikanische Politik verstanden werden konnte. Man kann dies an dem konstruktiven Verhalten Chinas in den Sicherheitsratsdiskussionen feststellen. Vorbei ist die Zeit, als China dem Wort nach Sprecher der Dritten Welt gewesen ist, de facto aber seine Partikularinteressen vertreten hat. Schauen Sie sich das Verhalten Chinas in den ASEM-Konferenzen (Europäisch-Asiatische Konferenzen) an, die konstruktiven Beiträge, die aus Peking kommen. Vorbei ist auch die Zeit, als aus China die immer gleichen Deklarationen zu hören waren. Es lohnte kaum noch zu Veranstaltungen mit chinesischen Think-tanks zu gehen, weil man ohnehin wusste, was dort gesagt werden würde. Heute diskutieren Chinas Think-tanks, Politiker, Beamte in der internationalen Diskussion mit. Sie beeinflussen auch unsere Meinungsbildung, wie man heute hier sieht, deswegen besonderen Dank an die Konrad-Adenauer-Stiftung für diese Veranstaltung!

Wohin führt das alles? Das bisherige China hat zwar Mitspracherecht beansprucht, aber hat es kaum je umsetzen können, auch nicht im Kreis der P5, der ständigen Sicherheitsratsmitglieder. Dieses China wird zu einem China, das bereit ist, seiner Größe, seinem Einfluss, seiner Wirtschaftskraft entsprechend Verantwortung zu übernehmen und bei der Lösung internationaler Fragen konstruktiv mitzuwirken. Und erst damit ist China tatsächlich auf dem Weg zu der Weltmacht, zu der es unserer Einschätzung nach werden könnte. Dies ist für uns und die Staatengemeinschaft ein wichtiger Prozess.

Es ist vielleicht hier bei einer Konrad-Adenauer-Stiftungs-Veranstaltung politisch nicht ganz korrekt, den rot-grünen Koalitionsvertrag zu zitieren, aber über einen Punkt, glaube ich, sind wir uns auch hier einig, nämlich die große Bedeutung, die dieser Vertrag der Schaffung von Gerechtigkeit unter den Bedingungen der Globalisierung als wesentlicher außenpolitischer Aufgabe beimisst. Die neue Dimension des internationalen Terrorismus hat uns sehr deutlich gezeigt, dass nationale und politische Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Fortschritt, Aufschwung nur wirklich erreichbar und haltbar sind, vor dem Hintergrund von mehr globaler Gerechtigkeit und Wohlstand. Je wichtiger ein Staat ist, je mehr Einfluss ein Staat hat, desto größer muss sein Beitrag dazu sein. Das ist nicht nur erwünscht, es ist im Grunde unverzichtbar.

Die drei Faktoren, die ich genannt habe, die Chinas außenpolitisches Verhalten beeinflussen, werden dazu führen, dass China die Balance sucht zwischen der eigenen nationalen Interessenwahrnehmung/-durchsetzung und der Akzeptanz der Interessen und der Regeln des internationalen Miteinander. Das wünscht und erhofft sich die Staatengemeinschaft. Deutschland tut das auf jeden Fall und damit hätten wir vielleicht auch einen Anfang jenes "Jahrhunderts des Friedens", von dem Botschafter Yang vorhin gesprochen hat, erreicht.

Chinas Zukunft in der Weltgemeinschaft

- Volkmar Köhler -

Man wird auf die Ergebnisse der in wenigen Tagen bevorstehenden USA-Reise von Präsident Jiang Zemin gespannt sein dürfen, denn China steht in einer Phase der Neujustierung seiner Außenpolitik. Dementsprechend ist die Außenpolitik in einer Weise zum Gegenstand öffentlicher Berichterstattung und Diskussion geworden, wie man es in China seit langen Jahren nicht erlebt hat.

Alle außenpolitische Diskussion baut in China auf der Politik der Modernisierung, der Öffnung und des ökonomischen Wachstums auf. Für diese Zielsetzung benötigt China Frieden und eine offene Welt, ähnlich wie Deutschland in der Phase des Wiederaufbaus nach 1949. Auf der Grundlage der fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz und der Charta der Vereinten Nationen hat China auf friedlichem Weg die Lösung seiner zahlreichen, historisch bedingten Territorialkonflikte betrieben und beträchtliche Fortschritte erzielt. Ausnahmen und Sonderfälle sind Taiwan, die Tibetfrage und mit – Einschränkungen – das Problem der Inseln im südchinesischen Meer. Chinas Außenpolitik vermeidet konfrontative Blockbildungen. Ein gutes Beispiel ist die Umweltpolitik. China hat sich nicht an die Spitze der Entwicklungsländer gesetzt und gegenüber den Industriestaaten als den Verursachern der weltweiten ökologischen Problematik nicht eine fordernde Position eingenommen, sondern seine Verantwortung für dieses globale Problem akzeptiert, alle internationalen Konventionen unterzeichnet, ratifiziert und in chinesisches Recht übernommen. Auf den weltweiten Umweltkonferenzen war seine Haltung konstruktiv und stand den europäischen Positionen näher als z.B. der amerikanischen Haltung.

Chinas fortschreitende Integration in das internationale Netzwerk politischer Entscheidungsprozesse ist kürzlich durch den Beitritt zur WTO deutlich geworden und seither Gegenstand vieler Analysen. Diese Integration entspricht seit vielen Jahren der prinzipiellen Zielsetzung deutscher Chinapolitik. Freilich darf es dabei nicht verwundern, dass China sehr wohl eigene Strukturvorstellungen für die politische und ökonomische Weltordnung hat. Es ist ein erklärter Gegner jeglicher Hegemonie und sieht die gewünschten Freiräume am besten durch das Prinzip der Multipolarität gewahrt. Die Vorstellung von einer Sicherung des Friedens durch multipolare Strukturen ist eine Konstante des chinesischen außenpolitischen Denkens. Freilich wurde zunehmend deutlich, dass diese im Prinzip einleuchtende Vorstellung einer Friedensordnung nur auf einem langen Weg zu erreichen sein würde.

Die Folgen des 11. September 2001 für Chinas außenpolitische Situation waren schwerwiegend. China hat sofort und klar seine Sympathie für die USA erklärt. Die Grundstruktur des Verhältnisses beider Staaten, das man eine kooperative Rivalität nennen könnte, hat sich allerdings nicht geändert. Anders sieht es mit Chinas Umfeld aus. Russland hat sich sofort voll auf die Seite der USA gestellt und das Vordringen der USA in den zentralasiatischen Raum, also in ein in Jahrhunderten mühsam errungenes Herrschafts- und Einflussgebiet Russlands, widerspruchslos hingenommen. Erhalten hat Putin weitgehend freie Hand in Tschetschenien, das er zu einer Frage der Terroristenbekämpfung erklärt hat, und die Aufnahme in den vornehmen Kreis der G 8, also der führenden Wirtschaftsnationen der Welt, wofür es keine ausreichende ökonomische Begründung gibt. Der Begriff Multipolarität ist aus dem politischen Vokabular Russlands verschwunden. Heute erscheint Russland als strategischer Partner der USA, nicht aber Chinas, obwohl davon jahrelang geredet wurde.

China sieht nun auch im Westen amerikanische Truppen stehen und das in einem Gebiet, an dem China langfristige energiepolitische Interessen hat. Freie Hand hat China ausdrücklich weder in der Taiwan-Frage noch gegenüber den Uiguren und anderen Minderheiten in seinen Westprovinzen erhalten. In der Frage des Raketenabwehrschirms gibt es nichts mehr zu reden, zumal sich Russland und die USA in den Fragen von ABM und START arrangiert haben, was man in Peking lange nicht glauben wollte. Chinas klassischer Verbündeter Pakistan ist politisch und finanziell auf die Seite der USA getreten. In Südostasien – den Philippinen und Indonesien – haben die USA ihre Präsenz sichtbar verstärkt. Chinas Versuche, das Verhältnis zu Indien auszubauen, ist auf deutliche Grenzen gestoßen. Die von China ausgehende Gruppe der „Shanghai 6“, die der Stabilisierung Westchinas und Zentralasiens dienen sollte, besteht zwar weiter und zeigt auch einige Aktivitäten, hat aber an Bedeutung verloren, zumal das Mitglied Russland eigene Wege geht.

Die Frage, wie Chinas künftige Außenpolitik vor diesem Hintergrund aussehen wird, kann wohl erst nach dem bevorstehenden Führungswechsel in Peking klarer beantwortet werden. China bleibt die Großmacht, die es ist. Es wird seine starke Rolle im Weltsicherheitsrat weiter spielen. Ob es durch die Entwicklung des letzten Jahres mehr auf sich selbst zurückgefallen ist, sollte nicht ohne Weiteres unterstellt werden. Auffallend ist Chinas Bemühen, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Europäischen Union zu vertiefen. Das alte Spiel, ökonomische Rivalitäten der europäischen Staaten im Interesse Chinas zu nutzen, ist dahinter zurückgetreten. China betrachtet offenbar ein starkes Europa als wichtigen Pfeiler einer multipolaren Weltordnung. In Asien beginnt China seine ökonomische Stärke, die es während der Asienkrise durch die Verteidigung des Yuan gegen jeden Abwertungsdruck bewiesen hat, politisch zu nutzen. Der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit zehn Staaten Südostasiens, der bis 2012 zum Aufbau der weltgrößten Freihandelszone mit 1,7 Milliarden Menschen, einem gemeinsamen Bruttosozialprodukt von 2 Billionen Dollar und einem Handelsaufkommen von 1,23 Billionen Dollar führen kann, und der Abschluss einer Wirtschaftspartnerschaft mit Japan sind wichtige politische Signale. Dabei ist es eine nachgeordnete Frage, wie groß die Probleme der praktischen Umsetzung dieser Vertragswerke sein werden und wie klein zunächst die Volumina der von Zollsenkungen betroffenen Waren sein werden.

Was aber für China wirklich zählt, ist das Verhältnis zu den USA. Das beweist die Reise, die sein Staatspräsident als letzte seiner Amtszeit unternimmt. Chinas Ehrgeiz geht langfristig dahin, auf gleiche Augenhöhe mit den USA zu kommen. Dieses große Spiel strebt China mit Energie und Geduld an. Das wäre dann freilich keine multipolare, sondern eine bipolare Struktur. Wir tun gut daran, diese Tendenzen im eigenen Interesse sorgfältig zu beobachten und zu analysieren. Es geht auch um unsere Position in diesen Strukturen. Sie darf sich nicht darauf beschränken, als Infusion für das chinesische Wachstum zu dienen. Intensiver politischer Dialog mit Peking ist das Gebot der Stunde.

Autorenverzeichnis

Chen Jiagui, Prof., Vizepräsident der Chinese Academy of Social Sciences CASS, Peking, VR China

Herrnfeld, Hans-Holger, Dr., Bundesministerium der Justiz Berlin, Deutschland

Jarzembowski, Georg, MdEP Dr., Koordinator der EVP-ED, Fraktion für chinesische Angelegenheiten

Köhler, Volkmar, Dr., Parl. Staatssekretär a.D., Wolfsburg, Deutschland

Mei Zhaorong, Botschafter a.D., Präsident des Chinese People's Institute for Foreign Affairs CPIFA, Peking, VR China

Spranger, Carl-Dieter, Bundesminister a.D., Berlin, Deutschland

Schwarz, Kristina, Dipl. Verwaltungswissenschaftlerin, Universität Potsdam Deutschland

Stanzel, Volker, Dr., Leiter der Politischen Abteilung 3 des Auswärtigen Amtes, Berlin, Deutschland

Taube, Markus, Prof. Dr., Institut für Ostasienwissenschaften, Gerhard-Mercator-Universität Duisburg, Deutschland

Wendehorst, Christiane, Prof. Dr., Direktorin des Deutsch-Chinesischen Instituts für Rechtswissenschaft, Georg-August-Universität Göttingen, Deutschland

Xin Chunying, Prof., Direktorin des Rechtsinstituts der CASS, Peking, VR China

Yang Yani, Stellv. Leiterin der Politischen Abteilung des Außenministeriums, Peking, VR China